



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Der zapatistische Aufstand in der Zeitung:
Diskursanalytische Betrachtungen

verfasst von / submitted by

David Hochegger, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2023/ Vienna 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt/ UA 066 589
degree programme code as it appears on the student
record sheet:

Studienrichtung lt. Studienblatt/ degree programme Masterstudium Internationale Entwicklung
as it appears on the student record sheet:

Betreut von / Supervisor:

Mag.a Dr.in Sabine Prokop

1	EINLEITUNG.....	7
1.1	SAMPLE	8
1.2	LITERATURLAGE.....	9
1.3	RELEVANZ DER ARBEIT	10
1.4	PERSÖNLICHE VERORTUNG	11
2	METHODOLOGIE UND METHODEN.....	13
2.1	METHODOLOGISCHES GRUNDVERSTÄNDNIS	13
2.2	METHODISCHES VORGEHEN	14
2.2.1	<i>Die Diskursanalyse als Forschungsperspektive.....</i>	<i>14</i>
2.2.2	<i>Vorbereitung der Forschung</i>	<i>15</i>
2.2.3	<i>Generierung des Textmaterials</i>	<i>16</i>
2.2.4	<i>Analyse und Interpretation der Ergebnisse.....</i>	<i>16</i>
3	NACHRICHTENAGENTUREN UND DIE IDEOLOGIEPRODUKTION DER MASSEN MEDIEN.....	19
3.1	GENERELLE FUNKTION DER MASSEN MEDIEN	19
3.2	FUNKTION DER MEDIEN IN DEN REPRÄSENTATIVEN DEMOKRATIEN	23
3.3	STRUKTUR DER MASSEN MEDIEN.....	29
3.4	DIE ROLLE VON NACHRICHTENAGENTUREN IN DER INFORMATIONSSARCHITEKTUR	32
4	EIN PORTRAIT DER BEWEGUNG. WAS IST DER ZAPATISMUS UND WER SIND DIE ZAPATISTAS?	38
4.1	DIE ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES ZAPATISMUS.....	41
4.1.1	<i>1492, der Überfall der Kolonisator*innen.....</i>	<i>41</i>
4.1.2	<i>1910 Revolution</i>	<i>43</i>
4.1.3	<i>Die Wurzeln der Zapatistas (EZLN).....</i>	<i>47</i>
4.1.4	<i>1994 Der Aufstand der Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN)</i>	<i>49</i>
4.2	AB 1994: DER ANGEWANDTE ZAPATISMUS IM PORTRAIT	50
4.2.1	<i>Die ideologischen Grundsätze des Gesellschaftsmodells der Zapatistas</i>	<i>51</i>
4.2.2	<i>Die Ökonomie der Zapatistas.....</i>	<i>53</i>
4.2.3	<i>Produktionsweise der Zapatistas.....</i>	<i>54</i>
4.2.4	<i>Der Entwicklungsdiskurs im Zapatismus.....</i>	<i>55</i>
5	DISKURSANALYTISCHE AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM ZAPATISTISCHEN AUFSTAND IN AUSGEWÄHLTEN PRINT MEDIEN	59
5.1	ANALYSE DER ÄUßEREN KONTEXTDATEN (MAKROANALYSE).....	59
5.1.1	<i>Zugang zum Feld.....</i>	<i>60</i>
5.1.2	<i>Die Berichterstattung über die Zapatistas in deutschsprachigen Massenmedien.....</i>	<i>61</i>
5.2	FEINANALYSE DER BERICHTERSTATTUNG	68

5.2.1	<i>Leitfiguren: Emiliano Zapata und Subcomandante Marcos</i>	70
5.2.2	<i>Das Erscheinen der Zapatistas in der Printmedienberichterstattung</i>	74
5.2.3	<i>Bildsprache der Zapatistas</i>	78
5.3	NEOLIBERALE NARRATIVE IN DER BERICHTERSTATTUNG	83
5.3.1	<i>Verschleierte Quellen</i>	84
5.3.2	<i>Der Diskurs um NAFTA</i>	87
6	CONCLUSIO	98
6.1	DAS EREIGNIS UND SEINE PROTAGONIST*INNEN.....	99
7	QUELLENVERZEICHNIS	101
7.1	LITERATURVERZEICHNIS	101
7.2	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	116
7.3	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	117
8	ANHANG	118

Abstract

Im Forschungsfokus der vorliegenden Masterarbeit steht die Berichterstattung ausgewählter deutschsprachiger Printmedien über den Aufstand der Zapatistas in Chiapas, Mexiko im Jänner 1994. Die Forschung erfolgte mittels Diskursanalyse.

Der Aufstand der Zapatistas hat weltweit für Schlagzeilen gesorgt. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, wie der Aufstand der Zapatistas in den deutschsprachigen Printmedien insbesondere im Untersuchungszeitraum Jänner 1994 dargestellt und verhandelt wurde. Die Berichterstattung folgender Printmedien ist Teil der Diskursanalyse: „Die Zeit“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Der Standard“ und „taz“. Diese vier Printmedien wurden anhand der Diskursanalyse nach Anna Ranisek, Gabriele Rosenthal und Bettina Völter (2015) analysiert und untersucht. Im Fokus der Analyse stand einerseits der mediale Kontext — zum Beispiel, wer über wen sprechen durfte —, in dem die Berichterstattung stattgefunden hat und andererseits wurden Textstellen der Artikel der Printmedien (fein)analysiert. Ein Teil der Textanalyse setzt sich mit ökonomischen Argumenten der Berichterstattung auseinander, so wird der Diskurs um das Freihandelsabkommen North American Free Trade Agreement (NAFTA) angeschnitten. Die kritische Auseinandersetzung mit den autoritären Strukturen der Massenmedien und der Rolle von Nachrichtenagenturen ist Teil des Theoriekapitels, sowie die Fragestellung welche Ideologie die Massenmedien eigentlich (re)produzieren. Im Theoriekapitel wird auch der Aufstand der Zapatistas u.a. aus historischer Perspektive vorgestellt und das Gesellschaftsmodell der Zapatistas diskutiert.

Die Berichterstattung fiel in Anbetracht des bewaffneten Aufstands wohlwollend aus. Westliche Nachrichtenagenturen (AP, AFP, Reuters) bestimmten den Diskurs entscheidend mit, da viele Redaktionen die Nachrichten der Agenturen einfach übernahmen.

Abstract

The focus of the following master thesis is the reporting of selected print media in German about the uprising of the Zapatistas in Chiapas, Mexico in January 1994. Discourse analysis is the method used in this thesis.

The Zapatistas' uprising made headlines in the news all over the world. This thesis concentrates on how the uprising was reported and displayed in German and Austrian print media in January 1994. The following print media was selected for analysis: „Die Zeit“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Der Standard“ and „taz“. The model implemented by Anna Ranisek, Gabriele Rosenthal and Bettina Völter (2015) was utilised to analyse the generated data. The focus is put on the context of the reporting at that time, meaning who is reporting and about whom. Furthermore, selected parts of the articles were analysed in detail. In order to also touch on the discourse around the North American Free Trade Agreement (NAFTA), parts of the text analysis deals with economic arguments of the reporting. A critical approach with authoritarian structures in mass media and the role of news agencies is part of the theoretical chapter. This includes a discussion about (re)produced ideology in mass media. Furthermore an introduction of the Zapatistas' social model and their uprising from a historical perspective is touched on in the thesis.

The reporting was friendly in light of an armed uprising. Western news agencies (AP, AFP, Reuters) played a decisive role in shaping the discourse, as many editorial teams simply adopted the news from agencies.

Vorwort

Die Auseinandersetzung mit dem Zapatismus beschäftigt mich seit 2015, als ich im Studium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien ein Seminar zu dem Thema besuchte. Die Existenz eines egalitären, radikal-demokratischen und ökologischen Gesellschaftsmodells erweckte mein persönliches Interesse. Dem konnte ich in meinem Studium Raum geben, denn in einer Denkschule des Studiums, dem Postkolonialismus bzw. den Post-Development Ansätzen, werden die Zapatistas als empirisches Beispiel für alternative Entwicklungsmodelle behandelt. (Brand, Wissen, 2017, 166)

1 Einleitung

In der vorliegenden Thesis wird der Mediendiskurs über den Aufstand der Zapatistas am 1. Januar 1994 beforscht. Die Forschungsfrage lautet: Wie wurde der Aufstand der Zapatistas im Januar 1994 in der Hamburger „Die Zeit“, in der Hessischen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, in der Berliner „taz“ und im Wiener „Der Standard“ dargestellt?

Über den Aufstand der Zapatistas in Chiapas, dem südlichsten Bundesstaates Mexikos, wurde weltweit berichtet. Die Rebellion der Zapatistischen Armee der Nationale Befreiung, EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional), dauert seit dem 1. Januar 1994 an (Kerkeling, 2004, 9). Mitten in den 1990er Jahren, dem Jahrzehnt in dem Privatisierung, Deregulierung und Handelsabkommen den wirtschaftspolitischen Alltag weltweit bestimmten und der Neoliberalismus dominierte, erschienen die Zapatistas auf der politischen Bühne. Seit 1994 ist es ihnen gelungen, eine Gesellschaft zu organisieren, die sich außerhalb der klassischen Entwicklungsmodelle verortet, tatsächlich real existiert und sich weitgehend autonom verwaltet. In einer Welt von zunehmender Komplexität, in der die Politik immer seltener Antworten findet, versucht der Zapatismus alternative politische Rahmenbedingungen zu schaffen. (Kerkeling, 2012, 56) Deshalb ist der Umgang mit dem Aufstand 1994 von besonderer politischer Relevanz. Wie verhandelte die deutschsprachige Öffentlichkeit diesen Aufstand diskursiv? Die Antwort auf diese Frage wird der Mittelpunkt meiner Forschung, jedoch schlussendlich rudimentär und unvollkommen sein. Der Anspruch auf Vollständigkeit würde den Rahmen dieser Arbeit bei weitem sprengen.

Der Zapatismus ist die Ideologie des Gesellschaftsmodells der Zapatistas. Das Erscheinen der Zapatistas in der Öffentlichkeit löste einen Diskurs aus, der u.a. in den Massenmedien geführt wurde. Ein Ziel dieser Arbeit ist den Umgang der Massenmedien mit antikapitalistischen bzw. antietatistischen Bewegungen besser zu verstehen. Die Darstellung der Revolution der Zapatistas in der deutschsprachigen Öffentlichkeit im Jänner 1994 kann als Beispiel für die massenmediale Aufbereitung von revolutionären Ereignissen im globalen Süden herangezogen werden.

Ein jedes Massenmedium ist ökonomischen und strukturellen Mechanismen unterworfen, sowie vielen weiteren Dynamiken, die Einfluss auf die Berichterstattung

und die handelnden Akteur*innen haben. In der Forschung soll eine Annäherung an jene Prozesse stattfinden, die 1994 in der medialen Darstellung der Zapatistas zum Vorschein gekommen sind. Diese Masterarbeit diskutiert Mechanismen der massenmedialen Berichterstattung. Manche dieser Mechanismen erweisen sich, meiner Ansicht nach, als gängige Muster im öffentlichen diskursiven Raum.

1.1 Sample

Der Informationsmarkt gestaltete sich undurchsichtig. Die ökonomischen Abhängigkeiten der Medien haben Auswirkungen auf deren ideologische Ausrichtung. (Chomsky, 1997, 113; Mausfeld, 2017, 135) Die Recherche erwies sich als umfangreich, weil die Suche nach relevantem wissenschaftlichem Material viel Zeit beanspruchte und die Medienberichterstattung quantitativ üppig war.

Die Voraussetzungen für die Recherche im Archiv eines Printmediums war eine Mindestreichweite von 250. 000 Leser*innen, die Veröffentlichung im deutschsprachigen Raum sowie der redaktionelle Anspruch, ein Qualitätsmedium zu sein. Im Prozess kristallisierten sich vier Printmedien für die Stichprobe heraus: „Die Zeit“, „Die Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), „Der Standard“ und „taz“ sind Teil des Samples geworden. Die Berichterstattung in der „NZZ“, der „Süddeutschen Zeitung“, der „Die Welt“ und in der „Kleinen Zeitung“ waren zwar Teil der Recherche, aber sie wurden nicht Teil der Analyse. Im Zeitraum vom 1. bis 31. Jänner 1994 wurden in „taz“, „Der Standard“, „Die Zeit“ und „FAZ“ 74 Artikel über den Aufstand der Zapatistas in Chiapas verfasst. Von diesen 74 Artikeln wurden 34 von Nachrichtenagenturen übernommen. Der Zeitraum der Feinanalyse bezieht sich auf den Januar 1994. Alle in den Archiven auffindbaren Artikel der vier Printmedien wurden gelesen und eine spezifische Auswahl wurde feinanalysiert. In einzelnen Aspekten reicht die Analyse über den Januar 1994 hinaus.

Das Textmaterial stammt aus deutschsprachigen Massenmedien und Verlautbarungen der Zapatistas auf ihrer Plattform. Die Texte der Zapatistas wurden auf Websites veröffentlicht. Sie publizierten dort ihre in viele Sprachen übersetzten offiziellen Statements vollständig. (EZLN, 2023, 1)

1.2 Literaturlage

Das Gros der bis zum März 2021 auf Deutsch und Englisch publizierten wissenschaftlichen Literatur über den Zapatismus wurde recherchiert und integriert. Die Texte der Zapatistas werden auf diversen Websites veröffentlicht und auch über ihren E-Mail Verteiler publizieren sie ihre offiziellen Statements und Texte vollständig (EZLN, 2020a). Seit Dezember 2012 sind diese Texte in englischer und deutscher Übersetzung online zugänglich. Die Archivierung der originären Botschaften ermöglicht eine sehr gute Auseinandersetzung mit ihrer Gedankenwelt. Da die originalen Texte auf Spanisch veröffentlicht wurden, das ich nicht soweit beherrsche, wurde hier auf authentische deutsche und englische Übersetzungen zurückgegriffen.

Der deutsche Soziologe Luz Kerkeling publizierte im Jahr 2003 mit seinem Buch „!LA LUCHA SIGUE!!“ (Der Kampf geht weiter) ein Standardwerk mit geschichtlichem Fokus über den Zapatismus. Darin beschreibt er minutiös, wo die Ursprünge der zapatistischen Bewegung liegen und wieso sich die mexikanische Gesellschaft heute so konstituiert. Er widmet sich auch der Zeit, in der Emiliano Zapata (1879 – 1919), der Namensgeber der Zapatistas, den Widerstand gegen die reiche Elite im Süden Mexikos anführte. (Kerkeling, 2006, 13) Dieses Buch dient u.a. als Grundlage für die vorliegende Arbeit.

Die Berlinerin Anne Hufschmid verfasste elf der vierzehn Artikel, die im Untersuchungszeitraum Jänner 1994 in der „taz“ erschienen. 2004 publizierte sie ein Buch in dem sie sich mit den Zapatistas im Spiegel der mexikanischen und internationalen Öffentlichkeit beschäftigt. Dieses Buch – „Diskursguerilla: Wortergreifung und Widersinn. Die Zapatistas im Spiegel der mexikanischen und internationalen Öffentlichkeit“ – ist eine zentrale Quelle dieser Masterarbeit, abgesehen von den analysierten Artikeln. (Hufschmid, 2004)

Jens Wernicke gab einen Sammelband mit dem Titel „Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung“ heraus (Wernicke, 2017). Jens Wernicke ist deutscher Kulturwissenschaftler und Geschäftsführer des Onlinemediums „Rubikon“. In diesem Band sind Medienmacher*innen, Medientheoretiker*innen wie Noam Chomsky, Rainer Mausfeld und

zivilgesellschaftliche Akteur*innen mit kritischen Beiträgen vertreten. Ein Beitrag des Sammelbandes stammt von der „Forschungsgruppe Propaganda“ aus der Schweiz, die kritisch über den Einfluss von Nachrichtenagenturen forscht. Nachrichtenagenturen sind seit Mitte des 19. Jahrhunderts zentrale Akteur*innen im globalen Kommunikationssystem. Sie sind Schlüsselunternehmen und seit gut 150 Jahren liegt ihre Aufgabe unverändert in der Überwindung von Zeit und Raum durch die Übermittlung aktueller Nachrichten. (Segbers, 2007, 11) Wolfgang Vyslozil, der ehemalige Geschäftsführer der Austria Presse Agentur (APA), gab 2001 ein Buch über Nachrichtenagenturen heraus.

1.3 Relevanz der Arbeit

Die massenmediale Darstellung des zapatistischen Aufstands in Mexiko im Jänner 1994 ist Untersuchungsgegenstand dieser Masterarbeit. Massenmedien wie zum Beispiel Zeitungshäuser verfügen über enorme Deutungsmacht. Somit sind Diskursanalysen ein nützliches Tool, um Medien zu beforschen. Dabei werden strukturelle Produktionsbedingungen in der massenmedialen Berichterstattung im deutschsprachigen Raum und auch darüber hinaus sichtbar gemacht. Die Revolution 1994 in Mexiko hat global viel Aufmerksamkeit erregt. Die weltweite Anhänger*innenschaft ist sehr gut vernetzt und agiert auf allen Kontinenten. 30 Jahre nach der Revolte der indigenen Landbevölkerung im mexikanischen Bundesstaat Chiapas existiert der angewandte Zapatismus weiterhin als gesellschaftspolitisches Projekt. Der Zapatismus kann als realpolitisches Modell und damit als empirisches Beispiel eines radikaldemokratischen bzw. sozialökologischen Gesellschaftsmodells gedacht werden. (Gilgenbacher, Moser, 2012, 17)

Der Zapatismus hat sich aus der Tradition der Mayavölker und des Marxismus heraus entwickelt. Das holistische Weltbild, das die Lebensweise der Pueblos originarios¹ geprägt hat, fließt in die Ideologie des Zapatismus ein. Die internationalistisch orientierte Idee basiert darauf, das vorherrschende System zu transformieren. Der Zapatismus hat sich in den letzten 30 Jahren stetig verändert und weiterentwickelt,

¹ Pueblos originarios ist die Selbstbezeichnung der Zapatistas. wörtlich übersetzt: »originäre/ursprüngliche Gemeinschaften/Völker/Gemeinden«. In dieser Arbeit wird durchgehend die spanische Bezeichnung verwendet.

aber das ambitionierte Ziel, ein solidarisches Gesellschaftsmodell zu entwerfen, blieb konstant aufrecht. So ist zum Beispiel die Frage der Geschlechtergerechtigkeit innerhalb der zapatistischen Gemeinden ein zentrales politisches Anliegen. Die Anzahl der Mitglieder der Zapatistas in Chiapas wird auf mehrere hunderttausende Menschen geschätzt, exakte Zahlen existieren nicht. (Kerkeling, 2004, 9; Cusset, 2018, 6)

1.4 Persönliche Verortung

Meine Persönlichkeit und somit meine aktive Wahrnehmung der Realität und mein Unbewusstes bzw. meine tradierte Wissensordnung (Foucault, 1973) sind geprägt von meiner Sozialisierung. Ich bin in Graz als österreichischer Staatsbürger geboren und fühle mich meinem biologischen Geschlecht zugehörig. Ich werde von anderen als weiß* und männlich* gelesen. Meine Sozialisierung war geprägt von der katholischen Befreiungstheologie, einem humanistischen Menschenbild und sozial-ökologischen Herangehensweisen. Meine politische Sozialisierung würde ich als sozialkritisch - linksliberal beschreiben. Ich verstehe mich als Feminist. Ich trete für Gleichberechtigung und Achtung der Menschenwürde aller ein.

Meine Profession ist die Soziale Arbeit. Es ist mir ein Anliegen, Menschen dabei zu unterstützen, ein gutes Leben führen zu können. Mit der Ausbildung des psychotherapeutischen Propädeutikums konnte ich mein Wissen über die menschliche Psyche vertiefen. Ich bin Student der Internationalen Entwicklung an der UNI Wien.

Das Machtgefälle zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden ist eine Forschungsrealität. Viele der klassischen Methoden der Sozialforschung sind durch hierarchische Beziehungen zwischen Forscher*innen und Beforschten gekennzeichnet. Diese Forschungsdynamik läuft Gefahr, im Rahmen der Masterarbeit aufgrund der kolonialen Geschichte Mexikos und meiner Sozialisierung in Europa verstärkt zu werden. Daher gilt es diese Machtverhältnisse stets zu hinterfragen und im Forschungsprozess mit zu bedenken. Die Sensibilisierung diesbezüglich wird durch die fortlaufende Reflexion der Selbstpositionierung gewährleistet. (Englert, Dannecker, 2014, 242)

1.5. Aufbau der Arbeit

Nach diesem einleitenden Kapitel 1 werden im zweiten Kapitel das methodologische Grundverständnis und das methodische Vorgehen diskutiert. Die strukturelle Einbettung von Medien, die Produktionsbedingungen der Berichterstattung sowie die Bedeutung von Medien in Demokratien werden Inhalt des 3. Kapitels sein. Die Zapatistas und der Zapatismus werden in Kapitel 4 vorgestellt. Die Diskursanalyse folgt in Kapitel 5, strukturiert nach Anna Ransiek, Gabriele Rosenthal und Bettina Völter (2015). Den Lesenden soll dabei zuerst zu einem Überblick über den Gesamtkontext verholfen werden. Im Anschluss werden ausgewählte Textstellen der Artikel im Untersuchungszeitraum feinanalysiert. Das 6. Kapitel ist die Conclusio der vorliegenden Arbeit. Nach dem Quellenverzeichnis (Kap.7.) sind im Anhang (Kap. 8) die Medienartikel und die Texte der Zapatistas zu finden.

2 Methodologie und Methoden

In Folgendem werde ich mein methodologisches Grundverständnis (Kapitel 2.1) und das methodische Vorgehen (Kapitel 2.2) schildern.

2.1 Methodologisches Grundverständnis

Als Student eines transdisziplinären sozialwissenschaftlichen Studiums ist es mir wichtig, unterschiedliche Denkschulen und Themenfelder in die Forschung miteinfließen zu lassen. Ich glaube, dass sich dadurch die soziale Realität der Beforscht*en umfassender abbilden lässt. Die vorliegende Arbeit bezieht sich auf einen historischen Kontext, aber umkreist – eben transdisziplinär – ökonomische, soziologische, medienpolitische und entwicklungsspezifische Parameter. Die Zapatistas sind ein entwicklungspolitisches Beispiel für gelebte Autonomie. Meine Forschung ist ein Versuch, aus dem Mediendiskurs Erkenntnisse über den Aufstand zu gewinnen. Ein Ziel ist es, auf bestimmte massenmediale Phänomene aufmerksam zu machen, um so zu einem reflektierten Umgang mit diesen anzuregen. Ein weiteres persönliches Anliegen ist es, das Gesellschaftsmodell der Zapatistas zu untersuchen, um davon zu lernen.

Das wissenschaftliche Kriterium der Objektivität ist der Maßstab, den ich in dieser Arbeit anstrebe. Nichtsdestotrotz bin ich über die Unerreichbarkeit einer gänzlich objektiven Einschätzung durch menschliche Wahrnehmung und somit auch von Sozialforschung im Bilde. Ich versuche mich am Konzept der ‚Situated Knowledges‘ von Donna Haraway (1988), einer US-amerikanischen Naturwissenschaftshistorikerin und Frauenforscherin, zu orientieren. Sie geht von einer grundsätzlichen Bedingtheit allen wissenschaftlichen Wissens aus. Nach diesem Konzept werden die sozialen Verortungen und die kontextbedingten Vorteile der forschenden Person mit in den Forschungsprozess einbezogen und zusätzlich wird die Einbettung derselben in ein wissenschaftliches Feld sowie mögliche blinde Flecken analysiert. (Haraway, 1988, 575) Eine Grundannahme dieses Konzepts ist, dass das Wissen immer lokal und begrenzt ist und niemand für alle Menschen gleich sprechen kann. Der Fokus wird auf die Verknüpfungen von verschiedenen transdisziplinären Perspektiven gelegt. Ein zentraler Aspekt ist dabei, das Wissen als Akteur*in und Agent*in zu betrachten und nicht als Projektionsfläche für Machtinteressen. (Haraway, 1988, 577)

2.2 Methodisches Vorgehen

Um eine Antwort auf die Forschungsfrage „Wie wurde der Aufstand der Zapatistas im Jänner 1994 in der Zeitung verhandelt?“ zu finden, wählte ich die Methode der Diskursanalyse nach den deutschen Soziologinnen Anna Ransiek, Gabriele Rosenthal und Bettina Völter (2015) für meine Forschung.

2.2.1 Die Diskursanalyse als Forschungsperspektive

Die Diskursanalyse wird seit den 1960er Jahren in verschiedenen Disziplinen der Forschung angewandt. Da es sich bei ihr jedoch per se noch nicht um eine konkrete Methode handelt, findet sie in der Praxis mit unterschiedlichen theoretischen Bezügen und Datenerhebungen sowie -auswertungen ihre Anwendung. Grundsätzlich geht die Diskursanalyse auf die Idee des französischen Philosophen Michael Foucault zurück, dass Wissen Macht ist und Wissen durch Diskurse und diskursive Praktiken, unter anderem in Form von Sprache, produziert wird. Gleichzeitig legitimieren und reproduzieren sich die vorherrschenden Diskurse dadurch stetig selbst. Somit produzieren sie gesellschaftliche Wirklichkeiten bzw. gesellschaftliches Wissen. (Rosenthal, 2015, 247)

Foucault (1981) stellt fest, dass Sprache und Symbolen Wissensordnungen innewohnen. Diskurse sprechen nämlich nicht nur über Inhalte, sondern bilden diese auch während des Sprechens, wodurch die Darstellungen zum Politikum werden. Sie gestalten Gesellschaften mit und haben als institutionalisiertes Wissen materielle Existenz. Diskurse haben klare Regeln und ermächtigen Subjekte entweder an den Diskursen teilzunehmen oder schließen diese aus. Sie unterliegen sehr klaren Regeln wer wann über wen bzw. was spricht oder bewusst nicht spricht bzw. sprechen lässt. Bei der Diskursanalyse geht es also vor allem darum, institutionalisierte Darstellungsweisen zu erkennen und unter dem Aspekt der Macht zu betrachten. (Rosenthal, 2015, 248)

Diskurse umfassen nicht nur Sprache in Wort und Schrift, sondern jegliche Form der Kommunikation wie auch Bilder, Symbole und andere Objekte. Sie sind allgegenwärtig und beeinflussen auf unterschiedlichen Ebenen die menschliche Wahrnehmung.

Gleichzeit schaffen sie dabei auch Wissen. Macht und Diskurs sind untrennbar miteinander verbunden. Nicht nur schaffen sie Wissen, sondern konstruieren soziale Praktiken und Ordnungen, wodurch ihr Wissen und ihre Macht wiederum wirksam werden. (Rosenthal, 2015, 248)

Dadurch erscheint die Diskursanalyse als geeignete Methode, um in den Printmedien machtpolitische Aspekte und Machtkonstruktionen aufzeigen zu können. Sie kann dabei helfen, soziale Praktiken offenzulegen und zu dekonstruieren, wie Diskurse ihre Subjekte erschaffen und sich auf unser aller reales Handeln auswirken. (Clarke, 2012, 168) Eine detailliertere Auseinandersetzung mit der Diskursanalyse würde an dieser Stelle weit über den Umfang der Arbeit hinausgehen. Sie ist daher eher als Forschungsperspektive zu verstehen und wird in der Analyse auch als solche genutzt. (Keller, 2007, 74)

Das methodische Vorgehen kann in drei Phasen gegliedert werden:

Erstens Vorbereitung der Forschung, zweitens Generierung von Textmaterial und drittens der Analyse und Interpretation der Ergebnisse. Bevor es zu der Vorbereitung der Forschung kam, hatte ich schon Texte in Seminaren zu den Zapatistas geschrieben. Ich hatte bereits einen Überblick über den Literaturstand der meisten deutsch- und englischsprachigen Publikationen über den Zapatismus und in meiner Abschlussarbeit für ein Forschungsseminar schrieb ich über die Zapatistas als empirisches Beispiel von Wiederaneignung. Zusätzlich konnte ich im Februar 2018 bei einem Besuch bei den Zapatistas im Caracol Oventik in Chiapas vor Ort einen Einblick in ihre dörflichen Strukturen gewinnen. Als sie 2021 in Europa waren, nahm ich an Diskussionsveranstaltungen mit ihnen teil und half dabei mit, ihren Aufenthalt zu organisieren.

2.2.2 Vorbereitung der Forschung

In erster Linie braucht es in der Vorbereitung Orientierung bezüglich des methodologischen Grundverständnisses. Es galt Klarheit und Sicherheit im Umgang mit den Methoden zu gewinnen und zu reflektieren, wo die eigenen Grenzen sind. Wie schon erwähnt wird die qualitative Sozialforschungsmethode Diskursanalyse, die in Gabriele Rosenthals Klassiker der Sozialforschung „Interpretative Sozialforschung.

Eine Einführung“ (2015) vorgestellt wird, als Methode genutzt. Die Weiterentwicklung der Diskursanalyse, im Sinne einer interpretativen Sozialforschung, wurde durch Reiner Kellers wissenssoziologischer Diskursanalyse vollzogen. (Keller, 2005) Reiner Keller ist deutscher Soziologe und hat einen Lehrstuhl an der Universität Augsburg inne. Laut Keller wird unter dem Begriff Diskursanalyse keine einzelne Methode, sondern eher eine „Forschungsperspektive“ verstanden (Keller, 2004). (Ransiek, Rosenthal, Völter, 2015, 18) Bei der vorliegenden Forschung handelt es sich um eine qualitative Auseinandersetzung mit ausgewählten Texten, bei der es weniger darum geht, bereits festgelegte Hypothesen zu überprüfen, als vielmehr den Inhalt und Sinn der Daten zu erfassen, und zu versuchen, Erkenntnisse aus ihnen und ihren Zusammenhängen zu gewinnen. Ein gewisses Vorwissen ist bei der Auseinandersetzung jedoch dahingehend hilfreich, dass die Aufmerksamkeit bereits auf bestimmte Fragestellungen und Inhalte im Forschungsprozess gelegt werden kann. (Ransiek, Rosenthal, Völter, 2015, 19)

2.2.3 Generierung des Textmaterials

Die zweite Phase, die Generierung von Textmaterial fand anhand einer systematischen Literaturrecherche statt. Zu Beginn war noch nicht klar, wie groß das Sample der Printmedien wirklich sein wird. Die Quantität und Qualität des Textmaterials war ausschlaggebend für die Begrenzung der Printmedien und der Auswahl des konkreten Zeitraums der Diskursanalyse. Die Überlegung den Diskurs über den Zapatismus über die letzten 28 Jahre zu analysieren wurde verworfen, da es den Rahmen einer Masterarbeit gesprengt hätte. Die Konzentration auf den Diskurs über den Aufstand der Zapatistas im Jänner 1994 erschien sinnvoller und diskursanalytisch besser zu beforschen. Durch die Konzentration auf ein konkretes Diskursereignis und seine unterschiedlichen Darstellungen in den Printmedien, können strukturelle Mechanismen und Wissensdeutungsmodelle besser sichtbar gemacht werden. Die Berichterstattung der Printmedien war direkt im Jänner 1994 am umfangreichsten.

2.2.4 Analyse und Interpretation der Ergebnisse

Die dritte Phase der Diskursanalyse ist die Analyse und Interpretation der Ergebnisse. Nach der Generierung des Textmaterials wurde der Zeitraum der Stichprobe mit

Jänner 1994 bestimmt und die Größe des Printmedien Samples – „Die Zeit“, „Die Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Der Standard“, und „taz“ – festgelegt.

Zuerst wurden, wie von Anna Ransiek, Gabriele Rosenthal und Bettina Völter (2015, 256) vorgesehen, die äußeren Kontextdaten der Printmedien und die der Berichterstattung dargestellt. Dadurch sollte eine überblicksmäßige Einschätzung des Umfangs des medialen Diskurses gelingen sowie ein Bild für die Darstellung der Rahmenbedingungen entstehen. (Siehe Kapitel 5.1)

Nach den Kontextdaten folgte eine chronologische Analyse der Artikel, um die ersten vermittelten Narrative beleuchten und vergleichen zu können. Spezifische Textstellen der Artikel der Printmedien wurden feinanalysiert. (Siehe Kapitel 5.2) Die Rolle der Nachrichtenagenturen in der Berichterstattung rückte vermehrt in den Fokus, da sie die schnellsten waren und die ersten Berichte auf den Informationsmarkt brachten.

Danach wurden die Texte hinsichtlich ökonomischer Narrative (u.a. dem Freihandelsabkommen North American Free Trade Agreement), die kontinuierlich in der Berichterstattung vorkamen, untersucht und verglichen. (Siehe Kapitel 5.3)

Im gewählten Beobachtungszeitraum Jänner 1994 wurde jeder Artikel der ausgewählten Printmedien analysiert. Forschungsfragen für dieses Kapitel lauteten: Wer durfte sprechen? Über wen wurde gesprochen?

Ein Ziel ist es die Diskrepanz in der Darstellung gewisser Narrative der Printmedien aufzuzeigen und diese anschließend kritisch zu diskutieren. Markante, sich inhaltlich wiederholende Textstellen der Artikel wurden im nächsten Schritt feinanalysiert und mit anderen Texten verglichen. Die Fragestellungen für die Feinanalyse sind von folgenden Überlegungen inspiriert:

In welchem Kontext und an welchem Ort, in welcher sachlichen (inhaltlichen), räumlichen und sozialen Umgebung wurde das Diskursfragment erzeugt? Welche Ereignisse gingen der Produktion dieses Diskursfragments voraus? Was waren die Rahmenbedingungen für die Erzeugung? In welche Debatten ist es eingebettet? Welche Text- und Bildgestaltung war am gegebenen Ort möglich oder wie wurde das Sprechen über einen bestimmten Inhalt z.B. in der

Situation eines Interviews zugelassen, gefördert oder verhindert? (Ransiek, Rosenthal, Völter, 2015, 256)

3 Nachrichtenagenturen und die Ideologieproduktion der Massenmedien

Im folgenden Kapitel wird eine theoretische Annäherung an die Rahmenbedingungen der Massenmedien unternommen. Diese wird aus einer machtkritischen Perspektive erfolgen und die systemischen Rahmenbedingungen in die Analyse miteinbeziehen. Massenmedien spielen eine unverzichtbare Rolle im Alltag vieler Menschen. Über die Hintergründe dieser Medien weiß jedoch kaum jemand Bescheid. Die folgende Annäherung adressiert eine politische Dimension der Massenmedien.

Das vorliegende Kapitel untersucht die Hintergründe ausgewählter Massenmedien und verdeutlicht die Dringlichkeit der Gestaltung und Steuerung jener. In Kapitel 3.4 werden globale und nationale Nachrichtenagenturen unter die Lupe genommen, denn die Texte der Nachrichtenagenturen sind in der massenmedialen Berichterstattung über den Aufstand der Zapatistas im Jahr 1994 von zentraler Bedeutung. Im „Der Standard“ und in der „FAZ“ wurden ein Drittel der Texte über den Aufstand direkt von den Nachrichtenagenturen übernommen. In Kapitel 3.3 rückt die Struktur der Massenmedien in den Fokus. Die Forschungsfrage lautet, unter welchen Bedingungen machen Journalist*innen Massenmedien? Zu Beginn wird in Kapitel 3 jedoch die generelle Funktion der Massenmedien thematisiert und anschließend daran wird in Kapitel 3.2 die Funktion von Massenmedien in westlichen Demokratien untersucht.

3.1 Generelle Funktion der Massenmedien

In Folgendem wird der Frage nachgegangen welche Funktion die Ausgestaltung der Struktur der Massenmedien in einem politischen Diskurs haben könnte und wer vom Diskurs profitieren könnte.

Der deutsche Kognitionsforscher Rainer Mausfeld kritisiert das Mediensystem ob seiner herrschaftsstabilisierenden Struktur und spricht den Medien entscheidenden Einfluss in der Gestaltung von Öffentlichkeit in einer Demokratie zu. Es bedarf keiner gezielten personellen Steuerung einzelner Akteur*innen, weil das gesamte Mediensystem in seiner ökonomischen und organisatorischen Struktur eine Eigendynamik entwickelt hat. Die strukturellen ökonomischen Machtbeziehungen in

die die Massenmedien eingebettet sind, führen zur deren herrschaftsfreundlicher Agenda. (Mausfeld, 2017, 139) Dieser These folgend hat das Mediensystem eine herrschaftsstabilisierende Wirkung. Vor diesem Hintergrund drängen sich Fragen nach der Funktion der Massenmedien auf. Wer profitiert von ihnen?

Einen Annäherungsversuch liefert einer der berühmtesten lebenden Medienforscher weltweit. Noam Chomsky ist emeritierter Professor für Linguistik am Massachusetts Institute of Technology (MIT) und einer der bekanntesten amerikanischen Intellektuellen. Noam Chomsky schilderte bei einem Z Media Vortrag im Jahr 1997 seine Eindrücke über die Funktion der Massenmedien. (Chomsky, 1997, 107-122)

Die Funktion der Massenmedien besteht laut Chomsky darin, die Menschen im wesentlichsten Sinn zu beschäftigen. Die Medien sind ein Instrument, um die Menschen abzulenken, denn sie sollen davon abgehalten werden, sich mit den relevanten gesellschaftspolitischen Fragen zu beschäftigen. Als Sozialarbeiter und Psychotherapeut in Ausbildung würde ich diese Kritik dahingehend erweitern, dass Menschen auch davon abgehalten werden sollen, sich anderen Menschen gegenüber solidarisch zu verhalten, oder sich für die Anderen verantwortlich zu fühlen. Das neoliberale Phantasma, dass jede*r seines*ihres Glückes Schmied*in sei, ist in den Medien omnipräsent. Dieses verleitet das Individuum, den persönlichen Fokus auf sich selbst zu legen. Der Hauptzweck soll darin bestehen, dass die wichtigen entscheidenden Angelegenheiten und die maßgeblichen Entscheidungen den mächtigen Eliten vorbehalten bleiben. (Chomsky, 1997, 109)

Ein kritisches Gegenargument könnte lauten, dass im Westen immerhin Wahlen stattfinden, und dadurch tatsächlich demokratisch legitimierte Repräsentant*innen die politischen Entscheidungen treffen. Dies ist ohne Zweifel eine Errungenschaft. Dass Wahlen bzw. Wahlkämpfe vermehrt zum Medienspektakel verkommen und zum Entertainment des Medienpublikums dienen, zeigt den oberflächlichen Charakter politischer Auseinandersetzungen. Politische Inhalte werden in den Wahlkämpfen kaum mehr diskutiert und die individuelle Sympathie für die Spitzenkandidat*in der Parteien ist für die meisten Wähler*innen das dominierende Wahlmotiv. Den Menschen wird über die Massenmedien ein Narrativ der politischen Wahlfreiheit verkauft. Aber wieviel Spielraum haben die gewählten Repräsentant*innen in den

westlichen Demokratien bei gewissen Fragen wirklich? Diese Frage führt allerdings vom Fokus dieser Masterarbeit weg.

Noam Chomsky argumentiert, dass die demokratisch gewählten Repräsentant*innen und die Medien sich viele Tätigkeitsbereiche teilen und somit viele gemeinsame Aufgabengebiete haben. Er kritisiert die elitäre Verwobenheit des politischen Systems mit dem Mediensystem. Massenmedien sind konkurrierende Unternehmen, deswegen müssen sie sich als Akteur*innen am Markt behaupten, sofern sie nicht gänzlich vom Staat finanziert werden. Massenmedien sind den Marktmechanismen unterworfen und streben im Normalfall nach Profitmaximierung. Die Medienunternehmen sind gezwungen, zu konkurrieren und Profit und Wachstum anzustreben. Noam Chomsky spricht von der internen Beschaffenheit der Massenmedienunternehmen und greift damit eine grundlegende Problematik auf, indem er kritisiert, dass Unternehmen wie die „New York Times“ und „Columbia Broadcasting System“ (CBS) hierarchische Gebilde seien, die von der Spitze aus kontrolliert werden. Einerseits seien sie selbst schon äußerst profitable Unternehmen und andererseits seien viele mit noch größeren Konzernen verbunden oder würden diesen gar gehören. Im Grunde stünden sie somit bereits an der Spitze der Machtstruktur der Privatwirtschaft. (Chomsky, 1997, 109)

Wer wird in so einem strengen hierarchischen System den Nutzen auf seiner Seite haben? Nach welchen wirtschaftsideologischen Grundsätzen wird ein Börsen notiertes Unternehmen über ökonomischen Themen berichten?

Noam Chomsky versucht zu schildern, wie sich der Einfluss der Macht und Geldeliten auf die Medien auswirkt. Die Sozialwissenschaft hat seiner Ansicht nach diese Mechanismen reichlich beforscht und kommt zu einem klaren, wenn auch nicht stark unterstütztem Ergebnis: Inhalte und Produkte von verschiedenen Medien spiegeln immer die Interessen von Verkäufer*innen, Käufer*innen und den umgebenden Machtsystemen wider. Auch was aus welchem Blickwinkel dargestellt wird, unterliegt streng den Wirkkräften dieser Mächte. (Chomsky, 1997, 112)

Chomsky meint, dass die derzeitige Konstituierung der Medien nicht nur die Interessen der Reichen und der Eliten widerspiegle, sondern diese auch begünstige. Das sieht auch Rainer Mausfeld so, der die tatsächliche Funktionsweise der Massenmedien

dadurch gegeben sieht, dass sie den gesellschaftlichen und ökonomischen Status derer stabilisieren, in deren Besitz sie sind oder von denen sie ökonomisch abhängig sind. Es ist nur den wirklich sehr Vermögenden vorbehalten, ein privates großes Medienunternehmen zu führen. (Chomsky, 1997, 107) Zum Beispiel war Servus TV im Besitz des Red Bull Media House und der Geschäftsführer war der österreichische Milliardär Dietrich Mateschitz, der im Oktober 2022 verstorben ist. Der österreichische Fernsehsender ist ein schillerndes Beispiel dafür, wie Supereiche Massenmedien bespielen, um gesellschaftlichen Einfluss zu generieren. Das österreichische Medienunternehmen hat etwa weitgehend anti-demokratische Unternehmensstrukturen: 2016 wollten die Mitarbeiter*innen von Servus TV einen Betriebsrat gründen. Dietrich Mateschitz Reaktion darauf war, dass er den Fernsehsender zusperren ließ und alle Mitarbeiter*innen kündigte. Erst als die Belegschaft beteuerte, das Vorhaben ad acta zu legen entschied sich Dietrich Mateschitz um. Servus TV hat bis heute keinen Betriebsrat. (Bakir, 2016)

Fakt ist, dass kein breiter zivilgesellschaftlicher Diskurs über die Rolle der Massenmedien in Demokratien stattfindet und auch in den Bildungsinstitutionen ist das Thema unterrepräsentiert. Noam Chomsky sprach von einer strukturellen Tabuisierung selbst in Studien wie Journalistik, Kommunikations- oder Politikwissenschaften auf renommierten Universitäten. Weder würde das Thema, die Thesen, noch deren Beweismaterial diskutiert werden. (Chomsky, 1997, 113)

Dies schrieb Chomsky 1997, also drei Jahre nach dem Aufstand der Zapatistas. Seither hat sich einiges verändert. Sowohl an den Bildungsinstitutionen als auch in der Medienlandschaft hat sich die Struktur weiterentwickelt. Die Auseinandersetzung mit der Berichterstattung der Medien im globalen Norden über politische Ereignisse im globalen Süden kann bestimmte Mechanismen aufzeigen. Generell ist die Strukturierung der Medienlandschaft in den öffentlichen politischen Diskursen kaum ein Thema. Medien sind ein Ort, an dem viele öffentliche Diskurse ihren Ausgangspunkt finden. Eine ausgewogene Medienöffentlichkeit ist Voraussetzung für ein politisches System, das die Bürger*innen beteiligen und über politische Inhalte informieren will. Nicht nur sondern auch deshalb kommt den Medien eine absolut zentrale Funktion in Demokratien zu. Diese Funktion wird im nächsten Abschnitt diskutiert.

3.2 Funktion der Medien in den repräsentativen Demokratien

Rainer Mausfeld, ein 2016 emeritierter deutscher Professor für allgemeine Psychologie an der Universität Kiel, bestätigt Noam Chomskys eingangs dargestellte Kritik und erweitert das Bild mit essentieller Demokratiekritik. Seiner Meinung nach war „die Etablierung einer repräsentativen Demokratie [...] explizit dazu gedacht, eine wirkliche Demokratie im Sinne der Ermöglichung einer angemessenen Teilhabe, also Partizipation, der Bürger am Gemeinwesen und einer Volkssouveränität zu verhindern.“ (Mausfeld, 2017, 137) Rainer Mausfeld stellt in Frage, warum Machteliten ein Interesse an wirklicher Demokratie haben sollen, denn eine solche würde doch ihren eigenen Status gefährden.² (Mausfeld, 2017, 137)

Eine weitverbreitete Annahme ist, dass die Medienlandschaft die vierte Säule in einer Demokratie ist und eine wesentliche Voraussetzung für politische Teilhabe darstellt. Sie ist sozusagen die vierte Gewalt neben Exekutive, Judikative und Legislative. Rainer Mausfeld vertritt den Ansatz, dass freie Medien für eine Demokratie absolute Voraussetzung sind. Er kritisiert die derzeitige Beschaffenheit der Massenmedien und ihre Auswirkungen auf gesellschaftspolitische Dynamiken. Seiner Theorie nach werden Medien zunehmend selbst zu politischen Akteur*innen. Sie spiegeln bestehende Machtstrukturen wider und stabilisieren bzw. erweitern diese. (Mausfeld, 2017, 138) Aufgrund ihrer politischen und ökonomischen Verflechtungen mit den Eliten, können sie keine Kontrollfunktion gegenüber politischen Zentren einnehmen. Ihre Selbstidealisierung als ‚vierte Gewalt‘ sei durch ihre schützende Funktion der Machtzentren schlichtweg nicht gegeben. Vielmehr könne man sie aufgrund der Nachrichtenselektion und -interpretation als ‚Weichensteller*in‘ für die Formung des öffentlichen Bewusstseins bezeichnen. (Mausfeld, 2017, 138)

Rainer Mausfeld attestiert den Massenmedien also eine strukturell bedingte herrschaftsfreundliche Agenda und zweifelt an ihrer Demokratietauglichkeit. Die Kontrollfunktion gegenüber der herrschenden Elite wäre eine zentrale Aufgabe der Medien. Für ihn blenden die Medien jedoch mehr aus, als dass sie aufklären. Die

² Folgend diesem Erklärungsmodell von Rainer Mausfeld müsste die Frage nach der tatsächlichen Funktion der Massenmedien in unseren europäischen Demokratien gestellt werden. Dieser Frage vertiefend nachzugehen sprengt jedoch den Rahmen dieser Arbeit.

steigende Skepsis gegenüber Medien wurde 2016 auch durch eine Umfrage der Universität Mainz wie folgt belegt: 2008 waren noch neun Prozent der Befragten der Meinung, dass man den Medien eher oder überhaupt nicht trauen könne. 2016 war der Anteil bei den Befragten bereits auf 25 Prozent gestiegen. Daraus schließt Mausfeld, dass die Bevölkerung misstrauischer wird und den Indoktrinationscharakter der Medien bewusster wahrnimmt. (Mausfeld, 2017, 135)

Die Skepsis in der Zivilgesellschaft gegenüber den Massenmedien nimmt ganz generell zu. Laut dem Vertrauensbarometer der amerikanischen Kommunikationsfirma Edelman ist das Vertrauen in die Medien in den westlichen Industriestaaten in den letzten Jahren gesunken. (Edelman Trust Barometer, 2022, 5) Der Vertrauensindex sank innerhalb von zwei Jahren um sechs Punkte von 56 auf 50. Das ist ein Abfall von über 10% in zwei Jahren. Knapp eine*r von zwei der Studienteilnehmer*innen gab an, dass sie die Regierung und die Medien als spaltende Kraft in der Gesellschaft wahrnehmen. (Edelman Trust Barometer, 2022, 6) Die Spaltung der Gesellschaft in den USA zeigt sich im Medienkonsumverhalten der wahlberechtigten Bevölkerung. (Pewresearch, 2020, 1) Laut einer Studie von YouGov ist „Cable News Network“ (CNN) etwa das Medienunternehmen, das am meisten polarisiert. 66% der Wähler*innen der Demokrat*innen sind der Meinung, dass „CNN“ vertrauenswürdig ist. Im Vergleich dazu geben nur elf Prozent der Wähler*innen der Republikaner*innen an, dass „CNN“ vertrauenswürdig ist. (YouGov, 2022, 1)

Das Vertrauen der Bevölkerungen in die Medien in der EU ist am Sinken. Vertrauen ist jedoch eine der Grundvoraussetzungen für viele Systeme, so auch für die Demokratie. Wie kann eine Demokratie ihr Mediensystem reformieren und das Vertrauen zurückgewinnen? Es stellt sich die Frage, wer die Wortführer*innen sein sollten. Die Gegenwart zeigt, dass der Diskurs in der Öffentlichkeit kaum Beachtung findet. In der realpolitischen Auseinandersetzung mit öffentlich formulierter Medienkritik wird sichtbar, dass die Kritik am lautesten von rechter bis rechtsextremer Seite zu vernehmen ist. Die ‚Fake News‘-Kritik von Donald Trump ist ein prominentes Beispiel dafür. Es ist ein gefährliches Gewässer, in das sich Akteur*innen des öffentlichen Diskurses wagen, wenn sie öffentlich Medienkritik üben. Grund dafür ist, dass Medien Macht besitzen und bestimmen, wer Gehör finden kann. Dadurch laufen

Akteur*innen des öffentlichen Diskurses Gefahr mit Exklusionsmechanismen konfrontiert zu werden.

Dennoch stellt sich die Frage, welche der in der Öffentlichkeit Agierenden haben in den letzten Jahren konstruktive Kritik am Mediensystem geäußert? Es gibt hier offensichtlich eine Leerstelle in der progressiven repräsentativen Politik, aber auch in der Zivilgesellschaft. Kaum jemand bemängelt, dass die Medien strukturell so eingebettet sind, dass sie, wie Noah Chomsky und Rainer Mausfeld es nennen, herrschaftsstabilisierend berichten müssen. Wieso traut sich kein*e Repräsentant*in, undogmatische Medienkritik zu formulieren? Kann ein*e Politiker*in überhaupt ein hohes politisches Amt innehaben und in der Öffentlichkeit kritisch über Medien sprechen oder schließt das eine das andere aus?

Problematisch sei dies auch dahingehend, dass Medien für die Herstellung eines kollektiven Erfahrungsraums benötigt werden, in dem wiederum ein bewusstes Erleben und Verstehen von Gesellschaft überhaupt erst möglich wird. Durch die Inhalte, die über Medien vermittelt werden, wird also auch gesellschaftliche und politische Realität erzeugt und geformt. (Mausfeld, 2017, 136) Rainer Mausfeld betont in diesem Zusammenhang die Verantwortung der Medien in einem demokratischen politischen System. Er zeichnet ein utopisches Bild und beschreibt die Aufgaben, die Medien in Demokratien seiner Meinung nach innehaben. Im Zentrum steht der kollektive Erfahrungsraum, welchen es braucht, um politische Teilhabe erfahrbar zu machen. (Mausfeld, 2017, 136) Da wirkliche Demokratie mündige Bürger*innen voraussetzt, kommt auch den Medien in dieser Staatsform eine besondere normative Funktion zu. Sie haben die Aufgabe, Individuen zu informieren und dadurch zu einer aktiven Teilhabe am Gemeinwesen zu befähigen. Sie haben Bürger*innen dabei in einer Form zu informieren, dass diese sich ein eigenständiges und sozial verantwortliches Urteil bilden können. (Mausfeld, 2017, 136)

Die Weiterentwicklung der Demokratie steht in einem Abhängigkeitsverhältnis zu dem kollektiven Erfahrungsraum, der von den Medien mitgestaltet wird. (Mausfeld, 2017, 130) Politiker*innen sind auf mediale Plattformen angewiesen. In der Beziehung von Politiker*innen zu Journalist*innen kommt es ebenso zu einem Abhängigkeitsverhältnis. In Österreich zeigt sich dieser Zusammenhang gut in der

Geschichte der meistgelesenen Boulevard Zeitung des Landes, der „Kronen Zeitung“, und den politischen Parteien. Die „Kronen Zeitung“ hatte in der Geschichte der zweiten Republik gehörigen Einfluss auf die Politik. (Weissenburger, 2019, 1)

Um einen inklusiven und offenen Diskussionsraum zu schaffen, müssten Medien allen gesellschaftlichen Gruppen ein Sprachrohr bieten, und ihnen dadurch die Möglichkeit geben, den Diskurs tatsächlich mitzugestalten. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn medial vermittelte Bilder nicht zum Vorteil einzelner Interessensgruppen verzerrt werden und betrifft hier auch speziell die Darstellung politischer Realitäten. (Mausfeld, 2017, 136)

Rainer Mausfeld attestiert dem derzeitigen Zustand des in Europa vorherrschenden politischen Systems massive Defizite. Er ist der Meinung, dass es sich nicht um wirkliche Demokratien handle. Ein essentieller Faktor, warum die Demokratien scheitern, ist in seiner Analyse das vorherrschende Mediensystem. Ein entscheidender Grund dafür ist, dass es von kapitalstarken Interessensgruppen gelenkt wird. Die gegenwärtigen repräsentativen Demokratien befinden sich in einem medienpolitisch und demokratiepolitischen problematischen Zustand.³ (Mausfeld, 2017, 137)

Rainer Mausfeld stellt die Frage, inwieweit Volkssouveränität und Partizipation am Gemeinwesen unter diesen strukturell-ökonomischen Bedingungen überhaupt möglich sind. Er zitiert den amerikanischen Philosophen und Pädagogen John Dewey mit seinem 1961 erschienen Artikel „Our unfree press“. Die zentrale Botschaft des Textes ist ein Aufruf an die Wissenschaft, die notwendige Wirkung des vorliegenden Wirtschaftssystems auf das gesamte System der Öffentlichkeit zu untersuchen. (Dewey, 1, 1961)

³ Nach Rainer Mausfeld sollte man gegenwärtig auch eher von Elitedemokratie als von repräsentativer Demokratie sprechen. Repräsentative Demokratie sei mit der Absicht entwickelt worden, ‚das Volk‘, also die Bürger*innen des Gemeinwesens, von politischer Macht und Einfluss fernzuhalten. Sie war also ein Mittel um wirkliche Demokratie, im Sinne von Volkssouveränität und aktiver Teilhabe der Bürger*innen, zu verhindern. Es liege auf der Hand, dass Eliten kein Interesse an wirklicher Demokratie haben können, da diese ihren Status gefährden würden. Somit sei Elitedemokratie die heute passendere Bezeichnung. (Mausfeld, 2017, 137)

In der vorliegenden Arbeit wird versucht, die Wirkung des derzeitigen kapitalistischen Wirtschaftssystems auf Mechanismen der Öffentlichkeit zu untersuchen und strukturelle Bedingungen zu beleuchten. Denn unter den gegenwärtigen Bedingungen arbeiten private Massenmedien zwangsläufig gegen den Prozess einer Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse. (Mausfeld, 2017, 137). Medienunternehmen sind mächtige Player im vorpolitischen Raum. Die Einbindung in ökonomische Machtstrukturen ist schon durch die Besitzverhältnisse gegeben. Dies führt dazu, dass Medien nahezu zwangsläufig zu einem wirksamen Instrument mächtiger ökonomischer Akteur*innen werden. Diese Akteur*innen können sich auf diese Weise mehr oder weniger verdeckt in den öffentlichen Diskussionsraum einbringen. Somit sind sie im Besitz eines mächtigen Werkzeuges, welches vermag, das Meinungsklima im Sinne ihrer Interessen zu lenken und zu manipulieren. (Mausfeld, 2017, 137f)

Wie schwerwiegend wirkt sich diese mediale Deutungs- und Diskursmacht auf politökonomische Bedingungen aus? Die neoliberale Wirtschaftstheorie ist weltweit dominant. Sie ist in den Wirtschaftswissenschaften unumgänglich und wird dort als alternativlos dargestellt. Dies führt zu einer sehr verengten Perspektive, wie Ökonomie gestaltet werden kann und schließt Wissenschaftler*innen aus, die versuchen, kritische Theorien in den wissenschaftlichen Mainstreamdiskurs einzuführen. Es mangelt nicht an ökonomischen Perspektiven (wie z.B. im Zapatismus, Gemeinwohlökonomie, Politische Ökonomie), ganz im Gegenteil, aber sie werden strukturell aus dem Ökonomiediskurs ausgeschlossen. Wissenschaftler*innen, die vom Konzept der orthodoxen Neoklassik abweichen, sind in der Öffentlichkeit zudem unterrepräsentiert. Dies führt auch zu einem Ungleichgewicht in der Lehre an Instituten für Wirtschaftswissenschaften. Das zeigt sich auch durch die Expert*innen, die medial wirtschaftliche Themen aufbereiten. Das Groß dieser Wirtschaftsexpert*innen sind in Organisationen oder Think Tanks zuhause, die dem neoliberalen Spektrum zugewiesen werden können wie u.a. Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Econwatch, Wilhelm Röpke Institut, Familienunternehmer, Deutsches Institut für Wirtschaft, Carnegie. (Niederhauser, 2019, 113)

Wie kann es sein, dass etwas derart Komplexes wie Ökonomie medial so monoton betrachtet wird? Für Rainer Mausfeld ist diese maßgebliche Entwicklung eng

verbunden mit der Medienpolitik. Seiner Meinung nach sind die Medien dabei in einer außergewöhnlich tragenden Rolle. (Mausfeld, 2017, 143) Die Medien konstruieren ein Bild eines gesellschaftlichen Zustandes, welcher vermittelt, dass bei individueller Not keine strukturellen Ursachen mehr zu Grunde liegen. Das Individuum ist selbstverantwortlich für die eigene Lebensqualität. (Mausfeld, 2017, 143) Die Verantwortung für das Wohlbefinden eines Einzelnen wird nicht auf kollektiv-gemeinschaftlicher Ebene, sondern auf individueller Ebene verhandelt. In dieser Erzählung hat jede*r Chancen auf individuellen gesellschaftlichen Aufstieg, wenn das Individuum die notwendige Leistung aufbringt. Im Grunde liegt hier auch der ideologische Kern der neoliberalen Indoktrination. Denn durch diese Annahme ließ sich die Umverteilung von unten nach oben vollziehen. Ein wesentliches und unterstützendes Instrument hierbei waren und sind die Medien, welche sich in den Dienst der ökonomischen Eliten stellten und somit zur Zerstörung sozialstaatlicher Errungenschaften beitrugen. (Mausfeld, 2017, 143)

Die Medien gehören also zu den wirkungsmächtigsten Instrumenten der neoliberalen Revolution und sie werden nach wie vor anhaltend in ihrem Einfluss unterschätzt. Sie bereiten den Diskursraum vor und sie gestalten die Nachrichten nach dem Wohle einiger ökonomischer Eliten. Hier gibt es eine Parallele zwischen dem Zapatismus in der vorliegenden Masterarbeit und Rainer Mausfeld Überlegungen. Beide vertreten die Logik, dass dieser Zustand nicht durch Wahlen in den derzeitigen repräsentativen Demokratien veränderbar ist, denn deren Argumentation folgend sind Marktkräfte nicht abwählbar. (Mausfeld, 2017, 146)

Nach Mausfelds Argumentation kann gegenwärtig auch durch Wahlen kein Veränderungswille der Armen mehr politisch wirksam werden. Dies liege daran, dass in der repräsentativen Demokratie bereits eine hochgradige (Vor-)Selektierung stattfinden würde. Diese würde im Interesse der ökonomischen Eliten stehen und habe das Ziel Besitz und Macht vor den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung zu schützen. Politische Entscheidungen seien somit immer durch die Interessen der Reichen bestimmt. Daraus ergebe sich wiederum, dass ein neoliberales Programm sich nicht einfach abwählen lasse, da es tief in die Strukturen der repräsentativen Demokratie verflochten ist. (Mausfeld, 2017, 146)

Das neoliberale Programm präpariert außerdem mit der Hilfe der Massenmedien den diskursiven Raum in seiner Deutungslogik. Damit werden entscheidende Anker gesetzt um im Kampf um die Deutungshoheit am stabilsten dazustehen und damit im Diskurs das dominante Framing zu setzen. Die Nachrichtenagenturen, die im Folgenden thematisiert werden, setzen oft die ersten Anker und auch deswegen ist ihre Bedeutung im Kontext der massenmedialen Berichterstattung beachtlich. Die Massenmedien sind durch strukturelle Gegebenheiten der Unternehmenslogik der Marktwirtschaft unterworfen. Dies führt zu einer Berichterstattung, die den diskursiven Raum zu Gunsten der ökonomischen Eliten aufbereitet. Deren Agenden dann in weiterer Folge leichter durchgesetzt werden können.

Wenige Nachrichtenagenturen dominieren den weltweiten Informationsmarkt und verfügen über die enorme Reichweite von mehr als der Hälfte der Weltbevölkerung. Deren demokratische Kontrolle ist beschränkt, und sie agieren weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die Nachrichtenagenturen sind sich in politökonomischen Fragen einig, denn die neoklassische Wirtschaftstheorie ist alternativlos. Das Fundament des Neoliberalismus wird ideologisch untermauert. Das US Militär gibt jährlich viele Milliarden Dollar für PR Agenden aus. Das Pentagon hat 27.000 Angestellte für diesen Bereich. Im globalen „Westen“ sind die Aufwendungen für die Steuerung von Nachrichten noch um ein Vielfaches höher. In Anbetracht der Bedeutung von Propaganda in kriegesischen Auseinandersetzungen, wie es zur Zeit des Verfassens der vorliegenden Arbeit im russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zu beobachten ist, ist dies nicht sehr verwunderlich. Insgesamt verlieren klassische Massenmedien, wie z.B. TV oder Printzeitung, dennoch an Reichweite und an Glaubwürdigkeit im globalen Westen. Das führt zu einem gefährlichen Zustand für den diskursiven vorpolitischen Raum, da dieser nicht vor Beeinflussung durch mächtige Akteur*innen geschützt ist und die moderne Kommunikationstechnologie viele Möglichkeiten bietet.

3.3 Struktur der Massenmedien

In folgendem Abschnitt wird nach der Funktion der Massenmedien ein anderer Aspekt der massenmedialen Berichterstattung beleuchtet und der Fokus auf die Struktur gelegt. Welche Prozesse finden in der massenmedialen Berichterstattung innerhalb

des Terrains der Medienschaffenden statt? Oder anders gefragt, was sind die Produktionsbedingungen der Massenmedien und wie wirken sie sich auf die Berichterstattung über den Aufstand der Zapatistas aus?

Bei der Berichterstattung über den Aufstand der Zapatistas im Jänner 1994 haben die großen Nachrichtenagenturen die frühesten Informationen auf den Nachrichtenmarkt gebracht. Damit hatten sie die Möglichkeit, zu steuern und den Rahmen vorzugeben, in dem der Diskurs stattfinden soll, weil sie die ersten Anker setzen konnten. Dieser Vorgang wird in der Medientheorie Framing genannt. (Mehr dazu in Kapitel 6)

Nachrichtenagenturen zählen zu den Institutionen, die als ‚primary definers‘ angesehen werden können. Menschen die in der Öffentlichkeit sprechen, können nach dem auf Jamaika geborenen britischen Soziologen und Begründer der Cultural Studies Stuart Hall (1978) in ‚primary definers‘ und ‚secondary definers‘ eingeteilt werden. Dies soll ein Werkzeug dafür sein, die asymmetrische Verteilung von Definitionsmacht im massenmedialen Diskurs zu adressieren. (Niederhauser, 2019, 95) Die ‚primary definers‘ setzten ein Thema und geben damit das diskursive Terrain vor. Die ‚secondary definers‘ hingegen bewegen sich auf diesem vorgegebenen Terrain. Um wen handelt es sich bei diesen Akteur*innen?

„Bei ‚primary definers‘ handelt es sich gewöhnlich um Institutionen, die durch ihre anerkannte Machtposition legitimiert sind, relevante Ereignisse zu benennen und zu kommentieren.“ (Niederhauser, 2019, 95) Für die Öffentlichkeit gelten sie als verlässlich und sie werden regelmäßig nach ihrer Meinung gefragt. Darunter fallen insbesondere Vertreter*innen staatlicher Apparate, „aber in geringerem Ausmaß [...] auch führende oppositionelle Stimmen sowie anerkannte Expert*innen, die ihre Legitimation aus der ihnen zugeschriebenen Fachkenntnis beziehen. Diesen offiziellen Instanzen wird eine Hoheit über die primäre Interpretation von Ereignissen und die Relevanz von Themen eingeräumt.“ (Niederhauser, 2019, 95)

Als ‚secondary definers‘ werden andere Akteur*innen der Öffentlichkeit verstanden. Sie bestehen vor allem aus Journalist*innen, aber häufig auch aus oppositionellen Politiker*innen oder Expert*innen, sowie anderen öffentlichkeitswirksamen Akteur*innen. Im Unterschied zu den ‚primary definers‘ befinden sie sich in einer

Position struktureller Unterordnung (Niederhauser, 2019, 95). Die ‚secondary definers‘ sind dadurch gekennzeichnet, dass sie sich auf einem vorgegebenen diskursiven Terrain bewegen und mit dem Kommentieren begnügen. (Niederhauser, 2019, 95)

Was bedeutet dies in der Praxis für das konkrete Medienprodukt und wie ist der Informationsfluss strukturiert? Informationsfluss ist somit immer hierarchisch strukturiert. ‚Primary definers‘ wird Objektivität zugeschrieben und dies legitimiert sie dazu, diskursive Ereignisse zu benennen. ‚Secondary definers‘ kommentieren und transformieren die primären Deutungen höchstens. (Niederhauser, 2019, 98)

Massenmedien sind streng hierarchisch organisiert und der Nachrichtenproduktionsprozess ist ebenso hierarchisch strukturiert. Was für ein Medienprodukt wird in diesem Umfeld entstehen? Welche Menschen können sich an einem solchen Arbeitsplatz durchsetzen und welches Wissen und welche Erfahrungen bringen diese Menschen mit? Um das beantworten zu können, ist nach den Produktionsbedingungen eines Textes zu fragen und die massenmediale Kommunikation als vielschichtiger gesellschaftlicher Prozess zu verstehen, der ein komplexes Muster an sozialen Beziehungen voraussetzt und eine Vielzahl an oft konfliktreichen Interaktionen umfasst. (Niederhauser, 2019, 92) Da wir rund um die Uhr mit Nachrichten versorgt werden, gilt es, sich deren Produktion als routinemäßiges Unterfangen vorzustellen, das auf mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen beruht. (Niederhauser, 2019, 92)

Um über die Ebene des Textes hinauszugehen ist es also unerlässlich, nach seinen Produktionsbedingungen zu fragen. Es gilt das Produkt in seine Einzelteile zu zerlegen, die unterschiedlichen Rohmaterialien und Fertigungsschritte zu benennen und die Vielzahl an damit verbundenen Praxen ans Tageslicht zu bringen – all dies im Spannungsfeld der ökonomischen, ideologischen und politischen Kräfteverhältnisse. (Niederhauser, 2019, 92)

Die strukturellen Gegebenheiten, wie zum Beispiel Eigentumsverhältnisse oder die interne Hierarchie des Mediensystems haben großen Einfluss auf den Inhalt und die ideologische Ausrichtung der Nachrichten. Ein Beitrag in einer Printzeitung, auf einem Online-Portal oder in den Fernsehnachrichten ist nicht zufällig dort gelandet, sondern

ist Ergebnis eines komplex-strukturierten Prozesses, an dem eine große Zahl an Akteur*innen beteiligt ist. (Niederhauser, 2019, 92)

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Entstehung einer Nachricht oder einer Information ein komplexes Unterfangen ist. Der Inhalt der Nachricht ist durch strukturelle Einbettung mitbestimmt und ist kein Zufall, denn jede Nachricht hat immer einen ideologischen Kern. Die Struktur der Massenmedien ist geprägt von den jeweiligen Eigentumsverhältnissen und der internen Hierarchie. Laut Konzept von Stuart Hall gibt es ‚primary definers‘ und ‚secondary definers‘. Nachrichtenagenturen sind häufig ‚primary definers‘, u.a., weil sie in vielen Fällen die Schnellsten im Veröffentlichen von Informationen sind.

3.4 Die Rolle von Nachrichtenagenturen in der Informationsarchitektur

Wenige Medien können auf ein fundiertes Netzwerk von Korrespondent*innen zurückgreifen, denn diese sind teuer und wenig produktiv. Vor Ort im globalen Süden sind die Korrespondent*innennetzwerke der Massenmedien besonders dünn. Wollen Massenmedien über diese Räume berichten, dann sind sie abhängig von Information aus anderen Quellen, wie zum Beispiel Nachrichtenagenturen. Erstaunlicherweise ist fundierte Literatur und sozialwissenschaftliche Forschung zu westlichen Nachrichtenagenturen rar. Meine Vorannahme, dass ich auf viel wissenschaftlich valides Material stoßen werde, stellte sich als Trugschluss heraus. Der Einfluss- und Tätigkeitsbereich von Nachrichtenagenturen ist bisher wenig erforscht. Der ehemalige Geschäftsführer der „Deutschen Presse Agentur“ Micheal Segbers zitiert den Publizisten und Politikwissenschaftler Wolfgang Vyslozil, in seinem Buch „Die Ware Nachricht“ (2007). Wolfgang Vyslozil war 26 Jahre Geschäftsführer der österreichischen Nachrichtenagentur und beschrieb 2005 auf einer Veranstaltung der Deutschen Presse Agentur Nachrichtenagenturen als eine der einflussreichsten Mediengattungen, die jedoch nur selten im öffentlichen Interesse stehen. Sie sind Schlüsselinstitutionen mit maßgeblicher Bedeutung für alle Mediensysteme. Die Nachrichtenagenturen können als das verbindende Nervenzentrum des gesamten Mediensystems beschrieben werden. (Segbers, 2007,10)

Nachrichtenagenturen arbeiten heutzutage weitgehend außerhalb der Reichweite der öffentlichen Aufmerksamkeit. Sie sind die Informant*innen vieler Medien weltweit und sie verbreiten ihre Informationen anonym. Sie arbeiten ohne demokratisch legitimates Regulativ.



Abbildung 1: „Logos der Nachrichtenagenturen“ (pressenza 2020)

Die Zentren, in und aus denen die Nachrichtenagenturen wirken und welche den westlichen Markt bedienen, sind alle im globalen Norden verortet. Sie dominieren die Bereitstellung des Nachrichten-Ausgangsmaterials und sind kommerzielle Unternehmen mit enormen finanziellen Mitteln. Die Medien bedienen sich aus dem Repertoire an Informationen, das die Nachrichtenagenturen bereitstellen. Alleine durch diese Filterung kann die öffentliche Aufmerksamkeit deutlich gelenkt werden. (Mausfeld, 2017, 139) Die Diskursmacht der Nachrichtenagenturen determiniert sich unter anderem durch die Bereitstellung von Nachrichten-Ausgangsmaterial. Diese erste Filterung steckt das diskursive Terrain ab und lenkt, wie erwähnt, die öffentliche Aufmerksamkeit bereits in eine bestimmte Richtung. (Mausfeld, 2017, 132)

Unabhängige Berichterstattung u.a. von Nachrichtenagenturen ist eine Voraussetzung für ein freies Medienwesen. (Dörfler et al., 2001, 12) In Realität ist jedoch ungefähr die Hälfte aller Nachrichtenagenturen und -büros staatlich oder amtlich. Bei den nationalen Agenturen könne sogar nur ein Drittel als unabhängig beschrieben werden (siehe unten). Nichtsdestotrotz dominiert dieser Agenturtyp neben den drei Weltagenturen Reuters, AP und AFP das globale Nachrichtensystem. Beinahe alle unabhängigen nationalen Agenturen sind jedoch nach dem amerikanischen Vorbild der Associated

Press genossenschaftsähnlich strukturiert und Eigentum der Medien des jeweiligen Landes. Einzige Ausnahme ist hierbei Reuters, die an der Börse gelistet ist. (Dörfler et al., 2001, 12)

Die Schweiz, Österreich und Deutschland haben jeweils eine nationale Nachrichtenagentur. Im Jahr 1995 hatte die westliche Welt vier globale Nachrichtenagenturen: Reuters, Agence France Presse (AFP), Associated Press (AP) und United Press International (UPI). Die amerikanische Nachrichtenagentur UPI hat ihren Sitz in Washington, D.C und sie spielt für diese Masterarbeit im Vergleich zu den anderen eine untergeordnete Rolle, denn keine einzige Nachricht wurde von der UPI bereitgestellt.⁴ Im Jahre 1995 liefen 80% aller Auslandsnachrichten über die Zentren in Paris, London und New York und bestimmten somit gravierend den internationalen Informationsfluss. (Blum et al., 1995, 21)

Nationale Agenturen könnten ein Gegengewicht zu den Global Playern sein. Aber nationale Nachrichtenagenturen kleinerer Staaten sind meist in nur wenigen Ländern mit eigenen Korrespondent*innen vertreten. Wie schon erwähnt sind in den Ländern des Globalen Südens die Korrespondent*innen – Netzwerke rar und somit sind diese Räume medial auch deutlich weniger repräsentiert. Die Abhängigkeit der Medien, beispielsweise Tageszeitungen, von den Informationen der großen Nachrichtenagenturen erzeugt eine enorme Diskursmacht eben dieser Agenturen.

Reuters, AFP und AP haben die Berichterstattung über den Aufstand der Zapatistas 1994 entscheidend mitgeprägt. Die Agentur mit den meisten Ressourcen ist die AP. (AP, 2022) Sie ist die weltweit größte amerikanische Presseagentur mit über 4000 Mitarbeiter*innen. Auf der AP-Homepage steht, dass sie mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung mit ihren Nachrichten erreichen und dass sie weltweit an 250 Standorten operieren. (AP, 2022) Die AP ist im Eigentum von US-Medienunternehmen. Sie hat ihre Hauptredaktion in New York und AP Nachrichten werden von rund 12.000 Medien genutzt. (AP, 2022)

⁴ UPI wurde im Jahr 2000 vom damaligen südkoreanischen Anführer der Vereinigungskirche gekauft. Die Vereinigungskirche, die auch als Moon-Bewegung bekannt ist, ist besonders in Südkorea und Japan aktiv. (Redaktion, 2000)

Eine Einschätzung des Ausmaßes der Einflussnahme der im westlichen Raum verorteten Nachrichtenagenturen, zeigt sich in folgender Statistik. Zum Thema des Aufstandes der Zapatistas erschienen im Jänner 1994 29 Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ). Davon sind 17, fast 60%, direkt von Nachrichtenagenturen übernommen worden. Es kann demnach von einem deutlichen Überhang in Richtung der Darstellung der Nachrichtenagenturen gesprochen werden. Fünf Artikel stammen von der Nachrichtenagentur AP. Acht weitere sind von der quasi-staatlichen französischen AFP mit Sitz in Paris. Im „Der Standard“ sind im selben Zeitraum vierzehn Texte zum Thema veröffentlicht worden. Acht der vierzehn Texte wurden von den Nachrichtenagenturen kopiert und veröffentlicht. Drei ausführliche Berichte wurden von hauseigenen Redakteur*innen verfasst. Ein Korrespondent des „Der Standard“, Ralf Leohard, reiste für die Reportage nach San Christobal de las Casas, um sich vor Ort ein Stimmungsbild zu machen. Die AP ist mit fünf übernommenen Artikeln die Hauptquelle des „Der Standard“. In der „taz“ wurden neun von 24 Zeitungsartikeln mehr oder weniger von den Nachrichtenagenturen übernommen. Bei manchen Artikeln hat die „taz“ Redaktion Veränderungen oder Ergänzungen vorgenommen.

Die AFP versendet pro Tag über 3.000 Meldungen und 2.500 Fotos an Medien in aller Welt. (AFP, 2022) Laut Homepage hat sie 2.400 Mitarbeiter*innen und sie ist in 260 Städten in 151 Ländern vertreten. Die Eigentümerin der AFP ist der französische Staat und mit dem Gründungsjahr 1835 ist sie die älteste Agentur überhaupt. (AFP, 2022)

Die britische Reuters in London ist privatwirtschaftlich organisiert und ein börsennotiertes Unternehmen. Die Aktien werden an der Börse in New York und in Toronto gehandelt. (Reuters, 2022, 1) Reuters hatte etwas über 3.000 Mitarbeiter*innen beschäftigt und heißt seit der Übernahme durch ein kanadisches Medienunternehmen 2008 Thomson-Reuters. (Reuters, 2022) Der Vorsitzende David Thomson gehört laut Forbes Liste zu den 25 reichsten Menschen der Welt. (Forbes, 2022) Laut Forbes Einschätzungen wuchs David Thomson Vermögen im Kalenderjahr 2020 um ca. 25% oder in absoluten Zahlen ausgedrückt, um mehr als zehn Milliarden US Dollar. (Forbes, 2022)

Die AP, AFP und Reuters sind die dominierenden Agenturen in der westlichen Nachrichtenwelt. Diese drei Nachrichtenagenturen versorgen die globalen Massenmedien mit Informationen. Viele kleinere Agenturen können sich keine eigenen Auslandskorrespondenzen leisten und bedienen sich am Informationsmarkt bei den großen Playern am Markt. Dies bringt Abhängigkeiten mit sich und bündelt enorme Deutungsmacht bei diesen Agenturen.

In den deutschsprachigen Ländern existieren kleinere, im nationalstaatlichen Rahmen agierende Nachrichtenagenturen. Die Deutsche Presse Agentur (dpa) verfügt über 1.000 Journalist*innen weltweit und gilt als semi-globale Agentur, die in circa hundert Ländern vertreten ist. (dpa, 2022, 1) Die dpa ist eine GmbH mit 174 Gesellschafter*innen. Zeitungs- und Zeitschriftenverlage, Rundfunkanstalten und Rundfunkgesellschaften halten die Anteile. Der Umsatz der dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH lag 2020 bei 93,9 Mio. Euro. Die dpa hat ihre Hauptredaktion seit 2010 im Axel-Springer-Haus in Berlin und 100% der deutschen Tageszeitungen beziehen von ihr ihren Content. (dpa, 2022, 1)

Die Austria Presse Agentur (APA) verfügt über rund 503 Mitarbeiter*innen. Die APA ist im Besitz von österreichischen Tageszeitungen und dem öffentlich-rechtlichem Rundfunk (ORF). (APA, 2022)

Die Schweizerische Depeschenagentur (SDA) mit rund 150 Mitarbeiter*innen ist im Besitz von Schweizer Medienverlagen, darunter die „Tamedia“ und „Neue Zürcher Zeitung-Gruppe“ (NZZ) sowie die „Schweizerische Radio und TV Gesellschaft“. (Forschungsgruppe Propaganda, 2017, 155-156)

Über kein eigenes Korrespondent*innen Netzwerk im Ausland verfügen die österreichische APA und die Schweizer SDA. „Stattdessen kooperieren sie mit der DPA und den globalen Agenturen, um Zugang zu den internationalen Nachrichten zu erhalten und damit ihre nationalen Medien über das Weltgeschehen zu informieren.“ (Forschungsgruppe Propaganda, 2017, 149) Der Einfluss der Nachrichtenagenturen ist bedeutend in Anbetracht der Entstehung der Nachrichtenberichterstattung. Die Nachrichtenagenturen sind in ein ökonomisches Umfeld eingebettet, dieses produziert Ideologie.

Die Ideologieproduktion ausgewählter deutschsprachigen Massenmedien ist Untersuchungsgegenstand dieser Masterarbeit. Information hat immer einen ideologischen Kern, denn unpolitische Kommunikation ist nicht möglich. (Watzlawick, 2015) Anhand des Beispiels des Aufstandes der Zapatistas im Jänner 1994 wird aufgezeigt, wie ausgewählte Massenmedien bei einer drohenden Revolution reagierten. Der Aufstand der Zapatistas hat 1994 für einen Monat lang enorme Aufmerksamkeit der westlichen Medien auf sich gezogen. Danach ebte das mediale Interesse stetig ab. Die globale Medienpolitik schafft eine Aufmerksamkeitsstruktur, die sich dahingehend darstellt, dass sie gewissen geografischen Räumen viel mehr Beachtung schenkt als anderen. Es ist kein Zufall, dass viele weltweit agierende Nachrichtenagenturen des Westens in den Finanzzentren dieser Staaten ihren Hauptsitz haben. Somit spiegelt sich die massive Ungleichheit im monetären Akkumulationsprozess in der massenmedialen Aufmerksamkeitsarchitektur wider. Diese Ungleichheit an Aufmerksamkeit zeigt sich u.a. daran, dass Korrespondent*innenetzwerke im globalen Süden viel undichter sind, als im globalen Norden oder in anderen Weltregionen. Die Machthaber*innen haben Interesse daran die öffentliche Meinung zu steuern und zu kontrollieren. Im nächsten Kapitel wird der Zapatismus vorgestellt und erläutert.

4 Ein Portrait der Bewegung. Was ist der Zapatismus und wer sind die Zapatistas?

Dieses Kapitel setzt sich mit den Zapatistas und deren gesellschaftspolitischer Vision auseinander. Die Entstehungsgeschichte (4.1) wird anhand von drei wichtigen historischen Ereignissen grob skizziert. Danach wird die Autonomie der Zapatistas (4.2) erläutert und deren Vision kritisch diskutiert.

Der Zapatismus ist die größte, lang anhaltende Strömung der mexikanischen Revolution von 1910, die als sozialrevolutionär bezeichnet werden kann und von unten gewachsen ist. (Kerkeling, 2012, 17)



Abbildung 2: „Zapatistas 2016“. Die Gesichtsmasken sind Teil ihres öffentlichen Auftritts – dies auch außerhalb pandemischer Zeiten. Sie helfen ihnen, sich vor Verfolgung zu schützen. (chiapassolidarity, 2016)

Zapatistas ist der Sammelbegriff für alle Anhänger*innen einer über Jahrzehnte gewachsenen Gruppe hauptsächlich indigener Kleinbäuer*innen im mexikanischen Bundesstaat Chiapas. Die Pasamontañas (Sturmhauben), wie in der Abb.1 zu sehen, sind bis heute ein Markenzeichen der Zapatistas. Die Kleinbäuer*innen wählen die Selbstbezeichnung Pueblos originarios und sind den Völkern der Tzotzil, Tzeltal, Chol, Tojolabal, Zoque und Mames zugehörig. Ihre Vorfahren waren unter anderem die

Maya Völker. (Kerkeling, 2012, 110)



Abbildung 3: „Landkarte Mexiko“. Die Hauptstadt Mexiko City ist durch den schwarzen Punkt markiert. (Mexiko, 2014)



Abbildung 4: „Landkarte Mexikos 2022“. Rot markiert ist der Bundesstaat Chiapas. (Chiapas, 2022)

Das Territorium von Mexiko umfasst insgesamt 1,98 Millionen Quadratkilometer und ist nach Brasilien und Argentinien das drittgrößte Land Lateinamerikas. Laut Schätzungen hat Mexiko ca. 125 Millionen Einwohner*innen. Neun bis 15% der Bevölkerung können der Gruppe der Pueblos originarios zugeschrieben werden. (Kerkeling, 2012, 109)

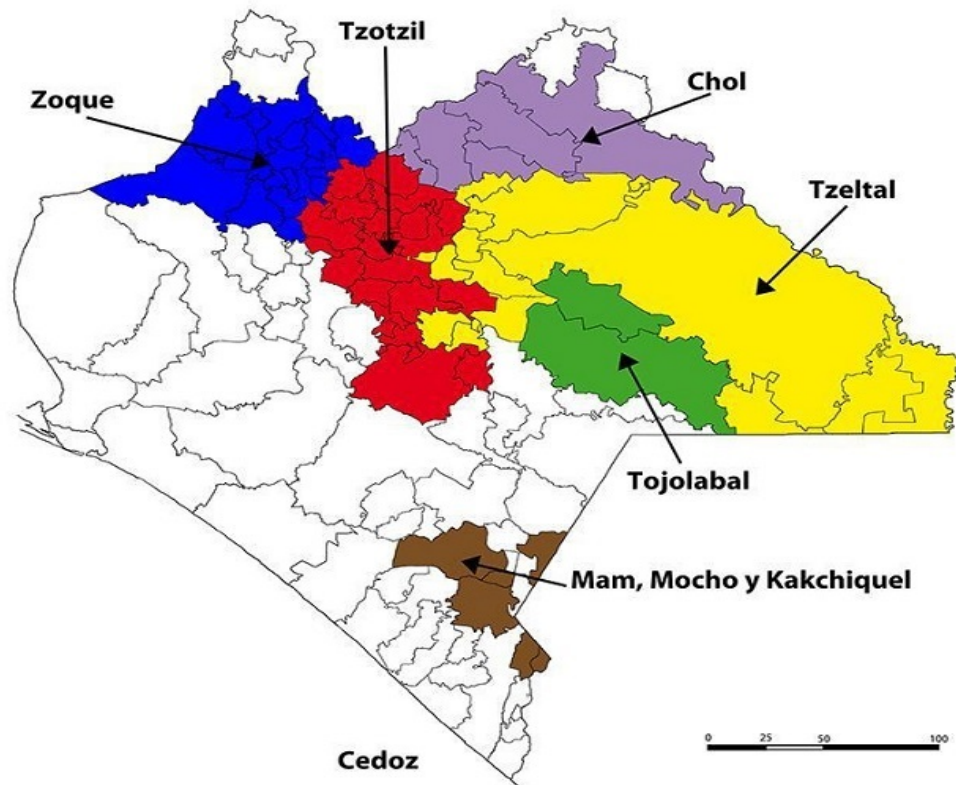


Abbildung 5: „Landkarte Chiapas Pueblos originarios“. Farblich markiert sind die Gebiete, welche mehrheitlich von Pueblos originarios bewohnt werden. In diesen Gebieten leben die meisten Zapatistas. (zapatistastruggle, 2016)

Chiapas ist einer von 32 Bundesstaaten Mexikos und ist derjenige mit der achtgrößten Fläche. Chiapas liegt am äußersten Südosten des Landes und grenzt an Guatemala. Innerhalb Chiapas, dessen Hauptstadt Tuxtla Gutiérrez ist, gibt es seit 2017 124 verschiedene Regionen. Laut einer Zählung im Jahr 2015 hat Chiapas in etwa 5,2 Millionen Einwohner*innen. Die geografische Lage Chiapas befindet sich am Rande des mexikanischen Zentralstaats und somit an einer Außengrenze des Landes.

4.1 Die Entstehungsgeschichte des Zapatismus

Im folgenden geschichtlichen Abriss skizziere ich für den Zapatismus prägende historische Ereignisse, um verständlicher zu machen, wie sich der Widerstand im Süden Mexikos organisiert und zu einer komplexen und autonom agierenden Gesellschaftsstruktur herangewachsen ist. Drei geschichtliche Ereignisse werden dafür in diesem Unterkapitel im Fokus sein.

Erstens (4.1.1): Die Kolonialisierung der Spanier*innen, welche eine Klassen- und Gesellschaftsstruktur schuf, die bis heute die Hierarchie in der mexikanischen Gesellschaft bestimmt. Zweitens (4.1.2): Die mexikanische Revolution 1910, welche eine demokratische Wende einläutete. Drittens (4.1.3): Die 1994 aus dem zapatistische Aufstand entstandene Autonomie mit eigenem Territorium, Gesetzen und sozialen Normen.

4.1.1 1492, der Überfall der Kolonisator*innen

Die Ankunft der Europäer*innen brachte gravierende Umwälzungen in Amerika. Die europäische Erzählung der Geschichte besagt, dass Christoph Kolumbus 1492 auf einer Expedition nach Indien zufällig die Karibik entdeckte. Im 16. Jahrhundert folgten unerbittliche Kriege gegen die autochthone Bevölkerung Amerikas. Der Eroberungsfeldzug der Europäer*innen endete schlussendlich 1521 mit der Beherrschung und in weiterer Folge Kolonialisierung des amerikanischen Kontinents. In Mexiko folgte eine konfliktreiche Zeit, die in besonderem Ausmaß von den kriegerischen Auseinandersetzungen in Mittelamerika gezeichnet war. Das Leben der Pueblos originarios war von Vertreibung, Versklavung, Mord und der Zerstörung ihrer Lebensweise geprägt. (Epple, 2014, 79) Die Basis der Probleme, mit denen die Pueblos originarios im heutigen Chiapas zu kämpfen haben, resultiert aus dieser Unterdrückung. Durch den gewaltsamen Raub der Ländereien und der Besitztümer sowie durch die Zerstörung ihrer tradierten Lebensweise wurde der Grundstein für die Armut der Pueblos originarios und damit auch für den zapatistischen Aufstand gelegt.

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts waren die Aztek*innen die Herrschenden in Lateinamerika. Sie waren ein kriegerisches Volk, das andere Völker unterdrückte und

ihr Land eroberte. Sie lebten vor allem im südlichen Teil des heutigen Mexikos. Chiapas stellte die Grenze im Süden dar. Die Nordgrenze war in etwa dort, wo heute Mexiko-Stadt liegt. Die europäischen Kolonisator*innen eroberten das Aztek*innenreich innerhalb von zehn Jahren. Sie kamen im April des Jahres 1519 an Land und eroberten im August 1528 die aztekische Hauptstadt Tenochtitlán. Die spanischen Konquistadoren*innen wurden von anderen indigenen Völkern, die von den Azteken*innen unterdrückt wurden und hohe Abgaben an diese leisten mussten, unterstützt. (Eple, 2014, 79) Die Maya hatten ihre wichtigsten Zentren im Süden des Landes. Die heutigen Bundesstaaten Chiapas, Yucatán, Tabasco, Campeche und Quintana Roo waren ihre Kerngebiete.

Viele der Pueblos originarios, Anhänger*innen des Zapatismo, haben Vorfahren welche in den damaligen Mayagebieten lebten. Die Eroberung der Mayagebiete, die im heutigen Guatemala und der Halbinsel Yucatán lagen, dauerte über 20 Jahre. Der hartnäckige Widerstand der Maya lässt sich auf eine defensive Verteidigungsstrategie der Maya zurückführen. Die Maya nutzten ihr ausgeprägtes Wissen über die geografische Beschaffenheit ihrer Territorien, die den Spaniern*innen sehr zu schaffen machte. Dies führte trotz der technologischen Überlegenheit der Spanier*innen zu langanhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen. (Kerkeling, 2012, 61)

Nach ihrem Sieg implementierte die spanische Krone eine offen rassistische Gesellschaftsstruktur nach ihrem Sieg. In dieser Gesellschaftsstruktur waren die Pueblos originarios die Gruppe mit den wenigsten Rechten. Die Zerstörung und die Abwertung der indigenen Lebensweise war allgegenwärtig. Die christliche Missionierung der verschiedenen indigenen Völker, ihre geistige Eroberung, begann 1524 mit der Ankunft von zwölf Franziskanermönchen. Nach den Franziskanern wurden Jesuiten, Augustiner und Dominikaner in die spanische Kolonie entsandt. (Eple, 2014, 79) Die katholische Kirche gewann insgesamt im Machtgefüge der Kolonialgeschichte an Bedeutung.

Das Gebiet des heutigen mexikanischen Bundestaates Chiapas gehörte drei Jahrhunderte lang zum Generalkapitanat Guatemalas und wurde von der spanischen bzw. guatemalteken Verwaltung kaum beachtet. 1824 wurde es offiziell dem Nationalstaat Mexiko angegliedert. An den Gebietsnamen, wie zum Beispiel

Villaflores, lässt sich erkennen, dass sich einige Familienclans den Großteil des Grundes in Chiapas aneigneten. Jene Gebiete sind nach den mächtigen Familienclans benannt. In den 50 Jahren nach dem Anschluss an Mexiko konsolidierte sich eine machtvolle Oligarchie von regionalen Großgrundbesitzer*innen in Chiapas. (Kerkeling, 2012, 100) Einerseits raubten sie das Land der Pueblos originarios oder der Kirche, andererseits brachten sie den Grund auch durch Einkauf auf legale Art in ihren Besitz. Schon damals spielten paramilitärische Einheiten eine entscheidende Rolle, wenn es darum ging, mit Gewalt die Interessen der Großgrundbesitzer*innen durchzusetzen. Während der Zeit der Herrschaft des General Porfirio Díaz von 1876 bis 1910 wurde indigener Grundbesitz in keiner Weise anerkannt. Die ländliche und indigene Bevölkerung wurde im rassistisch-darwinistischen Weltbild als minderwertig und rückständig betrachtet. Obwohl es später noch zu Veränderungen kam, beeinflusst die damals gewachsene ökonomische Struktur und Landverteilung bis heute die Besitzverhältnisse in Chiapas. (Kerkeling, 2012, 101)

Mexiko war im Zeitraum des Jahrhundertwechsels 1900 durch die strenge Wirtschafts- und Ordnungspolitik unter Porfirio Díaz (1876–1876, 1877–1880, 1884–1911)⁵ das am stärksten industrialisierte Land Lateinamerikas. Der ökonomische Fortschritt wurde u.a. durch die Zerstörung der kollektiven indigenen Landformen, die Kolonisierung des indigenen Grundes durch exportorientierte Plantagen und Haciendas sowie durch die Ansiedelung von Investor*innen aus dem globalen Norden ermöglicht. (Kerkeling, 2012, 101) Den Preis des Fortschritts zahlte im besonderen Ausmaß die autochthone Bevölkerung. Bis zum heutigen Tag werden in Chiapas die politischen und sozialen Verhältnisse von einer Großgrundbesitzer*innenmentalität und weltmarktorientierten Agrarkapitalist*innen dominiert (ebd. 104).

4.1.2 1910 Revolution

Eine weitere Umwälzung begann 1910, dem Jahr der mexikanischen Revolution. Sie beendete die Herrschaft von General Porfirio Díaz (geb. 1830 – gest. 1915), der den mexikanischen Staat 31 Jahre – mit Ausnahme einer machtpolitisch unerheblichen Unterbrechung von vier Jahren – autokratisch regiert hatte. 1877 wurde Porfirio Díaz

⁵ Porfirio Díaz war in diesen Perioden an der Macht.

vom Kongress zum Präsidenten gewählt. Im Vorjahr hatte er seine politischen Gegner mit seiner Armee geschlagen und dadurch den bisherigen Präsidenten gezwungen, ins Exil zu gehen. Diese Periode war die erste in der Geschichte des Nationalstaates Mexiko, in der die Macht exklusiv der Kontrolle eines autoritären Führers unterlag. Gemäß dem Motto Ordnung und Fortschritt transformierte Porfirio Díaz Mexiko zu einer Entwicklungsdiktatur, welche sich der Modernisierung und Industrialisierung verschrieben hatte. (Kerkeling, 2012, 13)

Der verarmten Landbevölkerung erging es jedoch weitaus schlechter als noch ein Jahrhundert zuvor. Aus diesem Grund entstanden nach und nach militaristische Gruppen, welche sich gegen die Grundbesitzer*innen zu Wehr setzten. Zusätzlich organisierten sich in den Industriegebieten erste gewerkschaftliche Gruppen, welche von demokratischen, sozialistischen und anarchistischen Ideen inspiriert waren. Sie wurden mit brutaler Repression bekämpft. Unterschiedliche gesellschaftliche Kollektive und Akteur*innen hatten das Ziel, Porfirio Díaz zu stürzen. Das liberale Bürger*innentum, Mitglieder der mexikanischen Oberschicht sowie die verarmte Landbevölkerung im südlichen Teil des Landes waren aktiv an der politischen Umwälzung beteiligt. Vor diesem Hintergrund wirkten sie gemeinsam als Opposition und forderten freie Wahlen und eine neue demokratischere Verfassung. (Kerkeling, 2012, 15)

Das erfolgreiche Aufbegehren gegen die Diktatur des Porfirio Díaz kann als die Summe zahlreicher Revolutionen und Aufständen unter der direkten sowie indirekten Beteiligung verschiedener Akteur*innengruppe angesehen werden. Maßgeblich beteiligt am Sturz des Diktators Porfirio Díaz war Emiliano Zapata mit seinen aus dem bäuerlich-indigenen Milieu stammenden Truppen. Über Emiliano Zapata wird berichtet, dass er, 1879 geboren in Morelos, ein überzeugter, regional orientierter Sozialrevolutionär war, welcher seinen Idealen von Land und Freiheit und seiner Basis gegenüber solidarisch geblieben ist. Am 10.04.1919 wurde er aus einem Hinterhalt in der Hacienda de Chinameca im Bundesstaat Morelos erschossen. Nach seinem Tod wurde seine Geschichte zum Mythos in Mexiko, der wiederum von verschiedenen Seiten vereinnahmt wurde. So wurde u.a. bis in die 1990er ein Abbild Zapatas auf dem

zehn Peso Schein verwendet. Nach dem Aufstand der EZLN⁶ wurde ein anderes Design für den Geldschein gewählt. (Kerkeling, 2012, 15) 1911 war es dann soweit: Am 25.5.1911 erklärte Porfirio Díaz seinen Rücktritt. Mit 80 Jahren floh er ins Exil nach Europa. Im selben Jahr noch fanden Wahlen in Mexiko statt, bei denen Francisco Madero (geb.1873 – gest.1913) zum Präsidenten gewählt wurde.

Nach der Machtübernahme durch Francisco Madero im Jahr 1911 entwickelten sich an verschiedenen Orten Mexikos bürger*innenkriegsähnliche Zustände. Weil die Landreform von Francisco Madero nicht vorangetrieben wurde, sah Zapata ihn als Verräter an. Dies gipfelte in bewaffneten Konflikten zwischen den Guerillas von Zapata und der Armee von Francisco Madero. Die Wiederaneignung von Land und Freiheit war weiterhin ihre zentrale Forderung. (Kerkeling, 2012, 16)

1913 putschte General Victoriano Huerta (geb. 1850 – gest .1916) mit amerikanischer Unterstützung gegen die Regierung Francisco Maderos, der ermordet wurde. Das Land geriet daraufhin abermals in einen Bürger*innenkrieg. Victoriano Huerta musste nach kurzer Präsidentschaft 1914 das Land verlassen. Emiliano Zapata kämpfte dann auch gegen Venustiano Carranzas (geb. 1859 – gest. 1920), Victoriano Huertas Nachfolger, als dieser die Forderungen seiner Guerilla nicht umsetzte. (Kerkeling, 2012, 16) Venustiano Carranza war ein mexikanischer Politiker und Staatsmann, der von 1917 bis 1920 als Präsident Mexikos amtierte. Er wurde in Cuatro Ciénegas, Coahuila, Mexiko geboren.

Emiliano Zapata strebte für die Bevölkerung eine umfassende Agrar- und Landreform an. Die Verhandlungen über eine Fusion zwischen den Lagern von Emiliano Zapata und Venustiano Carranzas scheiterten. Ein Krieg zwischen den beiden Lagern war deshalb vorauszusehen. Venustiano Carranzas setzte sich dabei durch und wurde 1917 offiziell zum Präsidenten gewählt. Auf seinen Befehl erfolgte 1919 das Attentat auf Emiliano Zapata, der in einen Hinterhalt gelockt und ermordet wurde.

⁶ Ejército Zapatista de Liberación Nacional



Abbildung 6: „Leiche Zapatas“ (mediateca, o.J.)

Am 5. Februar 1917 wurde die teilweise heute noch gültige Verfassung Mexikos verabschiedet. Sie manifestierte das Recht auf freie Wahlen, die Zulassung von Gewerkschaften, Rechte für Arbeiter*innen, den 8-Stunden-Arbeitstag, die Aufhebung der Privilegien der katholischen Kirche, die Nationalisierung der Bodenschätze und die Aufteilung großer Ländereien zugunsten kleinbäuerlichen Bevölkerungsschichten. Allerdings stellte sich die tatsächliche Umsetzung der Verfassung in der Geschichte Mexikos als höchst problematisch heraus, weil sie bis heute nicht entschlossen genug vorangetrieben worden ist. (Kerkeling, 2012, 17)

Die mexikanische Revolution von 1910 hatte sich als Spielfläche für die Interessen vieler Akteur*innen mit unterschiedlichen Prioritäten gestaltet. Es dauerte viele Jahre, bis sich unter den verschiedenen Flügeln der mexikanischen Revolution eine Einheit gebildet hatte, die sich als gemäßigt progressive Elite konstituierte und die später zur jahrzehntelang bestimmenden Partei, der Partido Revolucionario Institucional (PRI) wurde. Die ideologischen Wurzeln des Zapatismus sind in dieser Zeit zu finden. Das ideologische Fundament hat sich in dieser Zeit entwickelt und wurde zur bestimmenden sozialrevolutionären Strömung des Zapatismus. (Kerkeling, 2012, 17)

Der Aufstand der Zapatistas im Jänner 1994 war die jüngste Revolution in der Geschichte Mexikos und bis heute sind einige der damals von den Zapatistas

eroberten Territorien nicht wieder unter staatliche Kontrolle gebracht worden. Im folgenden Abschnitt wird näher auf die Strukturen innerhalb der zapatistischen Bewegung eingegangen.

4.1.3 Die Wurzeln der Zapatistas (EZLN)



Abbildung 7: „EZLN“ Militärparade zur Feier des 25. Jahrestag des Aufstandes. (Martha Durán de Huerta, 2019)

In der EZLN ist die bewaffnete Einheit der Zapatistas organisiert hier gibt es große Überschneidungen mit der Guerilla, aus deren Mitgliedern die Zapatistas früher hauptsächlich bestanden. Mittlerweile setzen sie sich aus einer zivilen Basis sowie der militärischen Einheit EZLN zusammen. (Cusset, 2018, 6) Die EZLN organisiert die Selbstverwaltung der autonomen Regionen in Chiapas. Sie verfügt über ein gewisses Arsenal an militärischen Mitteln. Ihre Mitglieder stammen mit überwiegender Mehrheit aus den Pueblos originarios. Die kollektive Erfahrung einer jahrhundertelangen Fremdherrschaft einhergehend mit einer andauernden Unterdrückung und Ausgrenzung sind die Hauptursachen dafür, dass die Pueblos originarios seit den 1980er Jahren versuchten, sich mehrmals mit Aufständen von den Abhängigkeiten zu befreien, diese wurden jedoch meist blutig niedergeschlagen. (Haberland, 2006, 108)

Im Nachbarland Guatemala herrschte zwischen 1960 und 1996 ein brutaler Bürgerkrieg, welcher unter dem Diktator Rios Montt (1982 – 1983) seinen Höhepunkt hatte. Chiapas teilt sich eine lange Landgrenze mit Guatemala. Das Militär vernichtete während des Krieges von 1960 bis 1996 vor allem im Norden des Landes systematisch Dörfer und ermordete deren Einwohner*innen. Rund 200.000 Menschen sind dem Militär und der Massenvernichtung in dieser Zeit zum Opfer gefallen. Zwischen 500.000 und 1,5 Millionen Menschen flüchteten nach Mexiko. Rund eine Million Guatemalte*innen wurden intern vertrieben. Laut der offiziellen Wahrheitskommission sind 93% der Fälle von Ermordungen und Folterungen von Angehörigen der nationalen Sicherheitskräfte verübt worden. Die Auswirkungen des verheerenden Bürgerkrieges wurden als Völkermord eingestuft. (Bechle, 2018, 4)

Der Großteil der Opfer des Krieges in Guatemala waren Menschen, die, wie die Zapatistas, den Mayavölkern zugerechnet werden können. Der Verdacht, dass die Kriegshandlungen Guatemalas und die daraus resultierenden Fluchtbewegungen nach Chiapas die Entwicklung der EZLN beeinflusst haben, ist naheliegend. In den 1980ern und 1990ern gelang es Befreiungstheolog*innen wie zum Beispiel dem Bischof Samuel Ruiz García politische Führer*innen auszubilden und die Kommunikation zwischen den Dörfern zu verbessern. Die Bewohner*innen der unterschiedlichen Dörfer erkannten gemeinsame Problemlagen. Dies setzte wiederum enorme Synergien unter den Pueblos originarios frei. Marius Haberland, ein deutscher Soziologe, der mehrere Feldforschungen in Chiapas durchführte, zeigt auf, wie die Zuwendung der Diözese San Cristóbal in Chiapas zur Theologie der Befreiung einen Bewusstseinswandel unter den geistlichen Akteur*innen auslöste. Dies führte zu einem erhöhten Selbstbewusstsein und Empowerment der Pueblos originarios. (Haberland, 2006, 108f)

Die Vorgängerorganisation der EZLN organisierte sich ab 1983 in den lakandonischen Wäldern in Chiapas und begann die politische und militärische Vorbereitung des Aufstandes 1994. Die ursprünglich ideologische Ausrichtung der EZLN war vom Maoismus geprägt. Erst nachdem die EZLN den Maoismus abstreifte und sich für die Gedankenwelt der Pueblos originarios öffnete, entwickelte sich die EZLN zu einer tatsächlich indigenen Guerillaorganisation. (Haberland, 2006, 109)

4.1.4 1994 Der Aufstand der Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN)

Am 1. Januar 1994 übernahmen mehrere Tausende bewaffnete Guerilleros der EZLN die Kontrolle über sieben Gemeindebezirke in Chiapas und erklärten der mexikanischen Regierung und dem Staat den Krieg. Große Teile der mexikanischen Bevölkerung und der internationalen Zivilgesellschaft solidarisierten sich schnell und massenweise mit den Aufständischen und forderten die Einstellung der Kämpfe. Nach zwölf Tagen Kampf mit über 400 Toten kam es schließlich zum Waffenstillstand. (Cusset, 2018, 6; Kerkeling, 2012, 159) Nach dem Niederlegen der Waffen versuchte die katholische Kirche zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln und lud in die Kathedrale von San Cristóbal zu Friedensverhandlungen. Diese Verhandlungen wurden im Februar 1995 wegen des Vorrückens der mexikanischen Armee unterbrochen. Die Militäroffensive führte in einen langen Krieg niedriger Intensität zwischen der EZLN und Paramilitärs, die von der Regierung finanziert wurden. 2002 waren in Chiapas immer noch ein Drittel aller staatlichen militärischen Einheiten Mexikos stationiert. (Kerkeling, 2012, 112)

„Chiapas wurde zum Epizentrum der sozialen Bewegungen, hier fanden der nationale demokratische Konvent von 1994 und verschiedene internationale Treffen statt.“ (Cusset, 2018, 6) Zugleich gab es zahlreiche politische Morde durch Paramilitärs. Ende 1997 fand etwa ein verheerendes Massaker an 45 Pueblos originarios, vor allem Frauen und Kinder, im Lager Acteal statt. (Cusset, 2018, 6) Wenig später zerrissen die letzten Bänder zur parlamentarischen Linken, namentlich der Partei der Demokratischen Revolution (PRD) unter der Führung von Andrés Manuel López Obrador, auch Amlo genannt,⁷ Die Verträge von San Andrés aus dem Jahr 1996, in denen die Rechte und Kultur der Pueblos originarios zur gemeinschaftlichen Selbstverwaltung und autonomen Entwicklung festgeschrieben wurden, blieben wirkungslos und wurden nicht wie vorgesehen in die Verfassung aufgenommen. Auch der sogenannte große Marsch der Farbe der Erde der Zapatistas von 2001, bei der Comandanta Esther vor dem Parlament eine Rede hielt, blieb ohne Folgen. (Comandanta Esther, 2001)

⁷ Nun seit 2018 gewählter Präsident Mexikos

Im Jahr 2003 riefen die Zapatistas schließlich zum totalen Bruch mit der nationalen mexikanischen Regierung auf und begannen im August desselben Jahres mit dem Aufbau der basisdemokratischen Selbstverwaltung. Die EZLN, der militärische Arm der Zapatistas, wurde vollständig unter die Kontrolle der basisdemokratisch gewählten Räte gebracht. (Cusset, 2018, 7)

Die Strategie der Zapatistas in der Außendarstellung war geprägt durch die Sprecherfigur, die von Subcomandante Marcos inszeniert wurde. Subcomandante Marcos wurde im Jänner 1994 in der Öffentlichkeit als der Sprecher der EZLN wahrgenommen und damit auch zu ihrem Führer stilisiert. Er betonte jedoch, wann immer er konnte, dass er einem Kollektiv zugehörig sei und dass er nicht der Anführer in dessen Hierarchie sei. (EZLN, 1994e, 1) Seit dem Aufstand im Jänner 1994 war er derjenige, der am meisten mit den Medien sprach. Subcomandante Marcos war eine Kunstfigur. Zwischen 2009 und 2012 kursierten Gerüchte über eine wachsende Politikverdrossenheit in Chiapas und Gerüchte über den angeblichen Tod von Subcomandante Marcos machten die Runde.

Am 21. Dezember 2012, dem Ende eines Zyklus des traditionellen Mayakalenders, zogen die Zapatistas mit 40 000 Anhänger*innen in Schweigemärschen durch alle Städte, die sie 1994 besetzt hatten. (Cusset, 2018, 7) Das informelle Sexta-Netzwerk wurde gegründet, welches bis heute allen sozialen Bewegungen weltweit eine Plattform bietet. Im Mai 2014 trat Subcomandante Moisés die Nachfolge von Marcos an der Spitze der EZLN an. Marcos nennt sich seither Galeano. (Cusset, 2018, 5) Per Beschluss entschied die EZLN, dass die Kunstfigur Subcomandante Marcos verschwinden muss. Ein Anschlag von Paramilitärs kostete dem Zapatist José Luis Solís Lopez am 2. Mai 2014, genannt Galeano, das Leben. Die EZLN entschied sich dafür, zu Ehren des Getöteten, den Sprecher Subcomandante Marcos von diesem Zeitpunkt an Subcomandante Galeano zu nennen. Die Funktion des Sprechers Subcomandante Marcos wird im empirischen Teil genauer untersucht werden. (siehe Kapitel 6)

4.2 Ab 1994: Der angewandte Zapatismus im Portrait

Bis heute existiert das Gesellschaftsmodell der Zapatistas in Form von verwirklichter Autonomie auf ihrem Territorium in Chiapas. Die Zapatistas kreierten ihre Gesellschaft u.a. mit ihren eigenen Bildungsinstitutionen und Gerichten. Mit diesen Institutionen wirkten sie weit über ihr Territorium hinaus. 28 Jahre nach dem Aufstand hat der mexikanische Staat trotz des Krieges niedriger Intensität die Ursprungsordnung nicht wiederherstellen können. Der Armeeflügel der EZLN ist nach wie vor bewaffnet und keinesfalls bereit die Waffen niederzulegen.

Im Folgenden wird auf die ideologischen Grundsätze der Zapatistas eingegangen. Das Unterkapitel setzt sich mit der Ökonomie, der Produktionsweise und dem Entwicklungsdiskurs der Zapatistas auseinander.

4.2.1 Die ideologischen Grundsätze des Gesellschaftsmodells der Zapatistas

Das Selbstverständnis der Zapatistas ist ein Produkt aus 500 Jahren andauernden Kämpfen, stellvertretend für die Pueblos originarios, um die Anerkennung von Menschenrechten für alle. Sie berufen sich in diesem Kampf auf Artikel 39 der mexikanischen Verfassung, der dem österreichischen Pendant Artikel 1: Alles Recht geht vom Volke aus, entspricht. (EZLN, 1994e, 1; Bundesverfassung, 1918, 1) Der Kampf der Zapatistas ist explizit nicht nur auf Chiapas und die dort ansässigen Pueblos originarios beschränkt, sondern richtet sich schon seit seiner Entstehung an die gesamte globale Zivilgesellschaft (Krause-Solberg, 2018, 56). In diesem Sinne repräsentieren die Zapatistas nicht nur Pueblos originarios, sondern all jene Mexikaner*innen und all jene Sympathisant*innen, die für ein demokratischeres Mexiko, beziehungsweise für eine lebenswertere Welt kämpfen. Die mexikanische Zivilgesellschaft umfasst im zapatistischen Verständnis „alle ehrlichen Mexikaner mit guter Absicht“ (EZLN, 1994a, 1) sowie „den sozialen Block der Unterdrückten“ (EZLN, 1994a, 1) und denjenigen Teil der Gesellschaft, der erstens nicht an der Regierung beteiligt ist und zweitens dieser oppositionell gegenübersteht. Ein besonderer Fokus liegt auf Menschen, die in sozialen Bewegungen organisiert sind. (Krause-Solberg, 2018, 56; Kerkeling, 2012, 237)

Die Zapatistas verstehen sich als globale Bewegung, die für die Würde und Rechte aller Menschen im Sinne der drei Prämissen Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit

kämpft, und als stellvertretende Sprecherin aller Unterdrückten auf dem Globus. (Krause-Solberg, 2018, 56)

Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit sind die elementaren Grundwerte der zapatistischen Ideologie. Demokratie bedeutet in dem Zusammenhang, dass die Gedanken des einzelnen Menschen ernst genommen werden und nicht etwa, dass alle Menschen gleich denken sollen. Es soll vielmehr ein Konsens gefunden werden, der für die Mehrheit gut ist, ohne jedoch gleichzeitig die Minderheit zu übergehen. (Krause-Solberg, 2018, 56)

Als Voraussetzung, um Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit herstellen zu können, gilt Würde. Sie bedeutet, Menschen zu Subjekten zu machen, Brücken zu anderen Ausgegrenzten zu schlagen und sich selbst zu vergegenwärtigen und zu erkennen. (Kerkeling, 2012, 248) Die Forderung nach Würde wird damit zu einer universellen Forderung nach der Kontrolle über das eigene Leben und zu einem zentralen Element im zapatistischen Diskurs.

Lea Krause-Solberg, eine deutsche Politikwissenschaftlerin mit den Forschungsschwerpunkten soziale Bewegungen und Menschenrechtsfragen, sieht einen weiteren wichtigen ideologischen Grundsatz in der Autonomieforderung der Zapatistas. Die Autorin meint darüber hinaus, dass bei den Zapatistas mit der Wiederaneignung der verlorenen Gebiete 1994 der Anspruch auf Territorium, Selbstregieren und Autonomie überhaupt erst ermöglicht wurde. Das übergeordnete Ziel ist aber die Erschaffung eines pluralistischen Staates, der auch ein Ende der indigenen Assimilation auf kultureller und politischer Ebene bedeuten würde und der zudem die Forderung einschließt, Identität und Würde zuzugestehen. (Krause-Solberg, 2018, 60) Die Zapatistas setzen sich für eine Neudefinierung und Ausweitung des Nationsbegriffs ein. Was sie auf keinen Fall anstreben, ist die territoriale Abspaltung von Mexiko. Ihr Bezugsrahmen ist die Nation Mexiko und sie wollen ein Teil der mexikanischen Nation sein. Dieser Wandel soll sich mit der Zivilgesellschaft als Hauptprotagonistin vollziehen. (Krause-Solberg, 2018, 60)

Die Zapatistas erheben keinen Absolutheitsanspruch, sondern sind der Auffassung, dass jeder soziale Raum eigene Anforderungen stellt und dass die dort gewachsenen

sozialen Strukturen eigene autonome Handlungsformen entwickeln müssen, um sich der Logik des Marktes zu entziehen. Lea Krause-Solberg sieht den zapatistischen Kampf als übergeordneten Kampf gegen „hierarchische Beziehungen zwischen den Geschlechtern, den Generationen, den Ethnien, Kulturen und Nationen“ (Krause-Solberg, 2018, 56). Zusätzlich führt die Autorin aus, dass die Zapatistas in der sozialwissenschaftlichen Forschung vor dem Hintergrund ihrer Gründung als marxistisch-sozialistisch geprägte Guerilla gelten. Als postkommunistische Bewegung versuchen sie marxistisch-sozialistische Denkmuster wie Verteilungsgerechtigkeit, kollektive Solidarität und Kapitalismuskritik mit indigener Tradition zu verbinden. (Krause-Solberg, 2018, 56; Zimmering, 2010, 8)

Eine der ältesten Forderungen der Zapatistas ist es, eine Welt zu erschaffen, in der alle Welten Platz finden. Gleichzeitig kritisieren sie mit ihren Forderungen das neoliberale Wirtschaftsparadigma und die vorherrschende Ökonomie. In ihrer Ideologie soll kein Mensch von Akkumulationsprozessen und Modernität ausgeschlossen werden. Ihre Hauptadressat*innen sind die benachteiligten, marginalisierten und stigmatisierten Gruppen aller Regionen dieser Erde. (Krause-Solberg, 2018, 59)

4.2.2 Die Ökonomie der Zapatistas

Chiapas wurde, bevor es 1824 offizieller Teil Mexikos wurde, von Guatemala verwaltet. Auch deswegen spielte es in der entwicklungspolitischen Agenda der mexikanischen Regierungen meist eine untergeordnete Rolle. Die Lage in der Peripherie, weit entfernt von den wirtschaftlichen Zentren Mexikos, kumuliert auch in der bis zum heutigen Tage überdimensionalen Bedeutung des Agrarsektors. In Chiapas ist mehr als jeder zweite arbeitende Mensch direkt oder indirekt im Agrarsektor tätig. (Kerkeling, 2012, 103) Wie erwähnt, wird die Ökonomie in Chiapas nach wie vor entgegen nationalen und internationalen Entwicklungen primär von Landwirtschaft geprägt. Ressourcen wie Öl, Gas oder Energie werden zwar auch produziert beziehungsweise gefördert, aber generell sind die fossilen Industrien im Vergleich zu anderen mexikanischen Bundesstaaten wenig präsent. (Kerkeling, 2012, 104)

Betrachtet man die Ressourcen der vielfältigen Regionen in Chiapas, dann wird klar, dass Kapitalinteressen von vielen unterschiedlichen Akteur*innen vorhanden sind. Die Gebiete, in denen die Zapatistas ihren Ackerbau betreiben, sind die hochgelegenen Böden, auf denen Ackerbau nur unter sehr schwierigen Bedingungen möglich ist. Die Böden, die einfacher zu bewirtschaften sind, sind Großteils in den Händen einiger weniger Großgrundbesitzer*innen und deren Familien, denn in den fünf Jahrzehnten nach der Eingliederung in Mexiko wurde der Boden Chiapas unter einer machtvollen Oligarchie von Großgrundbesitzer*innen aufgeteilt. Damals verfügten einige Großgrundbesitzer*innen schon über private bewaffnete Einheiten, die mit Gewalt ihre Interessen durchsetzen. Sie brachten die Böden, die zuvor den Pueblos originarios und der Kirche gehörten, aber auch durch ihren Einfluss in Politik und Justiz in ihren Besitz. (Kerkeling, 2012, 94) Trotz einiger Besitzverschiebungen ist diese ökonomische Struktur und Eigentumsverteilung bis heute prägend für die Produktionsweise in Chiapas. Die Hauptexportprodukte entstehen in der Landwirtschaft: Kaffee, Bananen, Soja und andere Früchte (Gilgenbach, Moser, 2009, 49).

Grundsätzlich ist die Landfrage in Chiapas die zentrale Quelle der Ungleichheit zwischen den Gesellschaftsschichten. Die zapatistische Forderung nach Land und Freiheit ist eben jener Ungleichheit geschuldet. Eines der größten Probleme der Zapatistas ist vor diesem historischen Hintergrund die Tatsache, dass sie nicht ausreichend Boden zur Verfügung haben.

4.2.3 Produktionsweise der Zapatistas

Die zapatistischen Gemeinden, welche Subsistenzwirtschaft betreiben, bestehen hauptsächlich aus Kleinbäuer*innen. Im Rahmen der zapatistischen Autonomie sind sehr unterschiedliche Produktionsformen nebeneinander existent, zum Beispiel sowohl Subsistenzproduktion als auch Marktproduktion. Viele ökonomische Zusammenhänge sind über kollektive Produktions- und Eigentumsverhältnisse organisiert. Es halten sich darüber hinaus auch klassisch nach Familieneinheiten organisierte Bereiche. (Gilgenbach, Moser, 2012, 17). Diesen Strukturen ist gemeinsam, dass sie unabhängig von Subventionen der Regierung produzieren und auskommen müssen. Die Suche nach Alternativen, die nicht auf den Prinzipien der

kapitalistischen Marktgesellschaft aufgebaut sind, steht im Vordergrund der Bestrebungen der Zapatistas. In deren ökonomischen Verständnis „geht es nicht in erster Linie um die Erwirtschaftung von Mehrwert in den Händen von einigen wenigen, sondern um eine solidarische“ (Gilgenbach, Moser, 2012, 17), an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierte Ökonomie.

Die Wiederaneignung der Produktionsmittel durch die Landbesetzungen der Zapatist*innen im Jahr 1994 sicherte in erster Linie die Ernährung großer Teile der Bewegung. Die aus der Wiederaneignung entstandene Subsistenzwirtschaft schafft die materielle Grundlage der Zapatistas, dadurch öffnen sich die autonomen Handlungsspielräume der Bewegung. Auch im nichtagrarwirtschaftlichen Bereich der Ökonomie gibt es zahlreiche aus der zapatistischen Bewegung erwachsene Strukturen, wie Manufakturen, Werkstätten, Geschäfte und Restaurants. Der Großteil dieser Produktionsbereiche ist über Prinzipien des kollektiven Eigentums, der kollektiven Arbeit und auch kollektiven Gewinnverwendung organisiert. (Gilgenbach, Moser, 2012, 18) Die zapatistische Rätestruktur fungiert als angewandtes Modell zur Selbstverwaltung und ist Vorbild für Wiederaneignung politischer Handlungsmacht gegenüber dem Staat.

Die in aller Kürze skizzierte Organisation der zapatistischen Ökonomie zeigt, dass eine konkurrenzbasierte, vorwiegend auf Privateigentum basierende Marktwirtschaft zugunsten verschiedener, hauptsächlich auf Solidarökonomie basierender Produktionsmodelle, abgelöst werden soll. Dies ist ein großer Schritt in Richtung der Wiederaneignung der Produktion durch die Pueblos originarios gegenüber dem Kapital. (Gilgenbach, Moser, 2010, 110)

4.2.4 Der Entwicklungsdiskurs im Zapatismus

Der zapatistische Diskurs über Entwicklung, der sich am Prozess gesellschaftlicher Veränderung der zapatistischen Gemeinden orientiert, hat inhaltlich viele Symmetrien mit dem Entwicklungsbegriff des Post-Developments (Ziai, 2014). Eine Parallele, die bei den Zapatistas und im Post-Development eine entscheidende Rolle spielt, ist das Postulat der Wiederaneignung (Gilgenbacher, Moser, 2012, 23).

Aram Ziai (2004) definiert folgende drei Kernbereiche des Post-Developments: Die Wiederaneignung der Politik gegenüber dem Staat, die Wiederaneignung der Wirtschaft gegenüber dem Markt und der Marktlogik sowie die Wiederaneignung des Wissens gegenüber der etablierten Wissenschaft. Bei der zapatistischen Autonomie fand auf gesellschaftspolitischer Ebene am deutlichsten Wiederaneignung von autonomen Handlungsspielräumen statt. In allen drei Kernbereichen der Wiederaneignung konnten die Zapatistas Fortschritte erzielen. Im Bereich der politischen Repräsentation bildet die demokratische Selbstbefähigung zum ‚guten Regieren‘ einen zentralen Bestandteil des zapatistischen Diskurses und seiner Praxis der Autonomie. (Gilgenbacher, Moser, 2012, 17)

In ihrem Artikel über zapatistische Autonomie als empirisches Beispiel des Post-Developments führen die Politikwissenschaftlerin und Pädagogin Bettina Moser und Dominik Gilgenbacher, ebenfalls Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt auf Lateinamerika-Studien, das Beispiel des radikal durchgesetzten Rotationsprinzips an. Das Rotationsprinzip bringt vielen Menschen, trotz der damit einhergehenden Nachteile, wie zum Beispiel den Verlust an politischer Berufserfahrung, die Praxis des Regierens nahe. Durch die häufigen personellen und zeitlichen Wechsel der Regierungsmitglieder wird die Entstehung von auf Dauer geschalteten, asymmetrischen Machtbeziehungen enorm erschwert. Moser und Gilgenbacher argumentieren anhand dieses Beispiels, dass die zapatistische Bewegung ein Modell etabliert, welches basisdemokratische Organisation zur selbstgesteuerten Verbesserung der Lebenssituation realisiert. Diese Praxis kann als Wiederaneignung der Politik gegenüber dem Staat bezeichnet werden. (Gilgenbacher, Moser, 2012, 17)

Im Bereich der Wirtschaft und des Wissens sind die autonomen Handlungsspielräume anders. Denn in diesen Bereichen findet eine Hybridisierung lokaler und globaler Modelle statt. (Gilgenbacher, Moser, 2012, 24) Die Zapatistas versuchen einen inklusiven Weg zu bestreiten, indem sie durch ihr offenes Kulturverständnis diverse Aspekte in ihre Lebenswelt integrieren. Die zapatistische Bewegung ist nicht frei von Widersprüchen und Problemen wie etwa folgende Beispiele zeigen: der Krieg niedriger Intensität mit dem Staat und mit den paramilitärischen Einheiten, der Umgang mit dem etablierten politischen System in Mexiko, wie zum Beispiel die offizielle Unterstützung einer Kandidatin bei den Präsidentschaftswahlen 2018, sowie den internen

gesellschaftlichen Dynamiken in den autonomen Gebieten, wie der Umgang mit Sexualität oder Delinquenz und schlussendlich die nach wie vor hohe Notwendigkeit der militärischen Einheiten als Abschreckung und der dadurch revitalisierten Abhängigkeit von der bewaffneten Einheit der EZLN. (Gilgenbacher, Moser, 2012, 24)

Die Suche nach Lösungen wird undogmatisch und situationsflexibel gelebt und als ein ständiger Prozess verstanden, bei dem es kein konkretes, im Vorfeld feststehendes Ziel gibt. Dadurch bewegt sich die zapatistische Autonomie außerhalb des vorherrschenden Entwicklungsdiskurses. Sie lehnen universalistische Entwicklungsmodelle strikt ab. (Gilgenbacher, Moser, 2012, 24)

Ein weiterer Grundsatz ihrer ideologischen Ausrichtung ist die Adressierung aller globaler zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Die Zapatistas organisierten Treffen, um voneinander zu lernen. 2021 besuchte eine Delegation der Zapatistas Wien. Im Zuge der Reise für das Leben reisten hunderte Delegierte einen Sommer lang durch Europa, um sich mit anderen politischen Aktivist*innen zu treffen und auf Augenhöhe auszutauschen. Die EZLN inszenierte die Reise als Invasion und brachte sie in Verbindung mit der geistigen Kolonialisierung Europas durch die Zapatistas: Europa wurde in SLUMIL K'AJXEMK'OP umbenannt, was ‚Aufständisches Land‘ oder ‚Land, das nicht aufgibt, das nicht ohnmächtig wird‘ bedeutet. Die Delegation der Zapatistas bestand aus 180 Menschen. Für die Reisekosten mussten über 400.000 Euro gesammelt werden. Der Großteil des Geldes wurde durch Kleinspenden bzw. den Verkauf eines Brettspieles erzielt. Das Vorhaben erfolgte unter sehr speziellen Umständen, weil die COVID Pandemie die Einreisebestimmungen in die EU verschärft hatte.

Ursprünglich wollte die Delegation über Frankreich einreisen, aber die Einreisebestimmungen in Frankreich erlaubten das dem Großteil der Delegation nicht. Viele Delegierte der Zapatistas hatten einen chinesischen Impfstoff oder einen anderen bekommen, welcher in den meisten EU Ländern, u.a. in Frankreich, nicht anerkannt wurde. Eine Ausnahme bildete Österreich. Aus diesem Grund wurde Wien/Schwechat der Ankunftsflughafen der Delegation aus Mexiko. Die Organisation dieses Aufenthalts war ein bedeutender Kraftakt für die verhältnismäßig kleine Szene der Aktivist*innen in Österreich. Die Zapatistas reisten insgesamt einige Monate lang

durch Europa und besuchten sozialpolitische Bewegungen. Ich durfte bei einigen Treffen anwesend sein. Die Reise der Zapatistas spielte in den deutschsprachigen Massenmedien kaum eine Rolle und darüber hinaus ist der Zapatismus außerhalb von spezifischen wissenschaftlichen Kreisen kaum im öffentlichen Diskurs präsent.

Die zapatistische Revolution hat im Jänner 1994 enorm viel Aufmerksamkeit in den deutschsprachigen Zeitungen generiert. Nachdem Tourist*innen Chiapas aufgrund von kriegerischen Auseinandersetzungen verlassen haben, füllten Journalist*innen die frei werdenden Betten in San Christobal de las Casas. (Schmid, 1994, 1) Die Aufmerksamkeitsspanne der ausländischen Medien beschränkte sich jedoch auf einige wenige Wochen. Die gesellschaftspolitischen Entwicklungen, die der Zapatismus in den letzten 28 Jahren vollbrachte, sind weitgehend unbekannt. Der damalige Mediendiskurs in Deutschland und Österreich steht im Fokus des nächsten Kapitels.

5 Diskursanalytische Auseinandersetzung mit dem zapatistischen Aufstand in ausgewählten Printmedien

In diesem Kapitel werden zu Beginn die äußeren Kontextdaten der Berichterstattung erörtert. Unter anderem wird besprochen in welches Feld die Massenmedien, die über die Zapatistas berichteten, speziell eingebettet sind. Aufgrund des Forschungsfokus fungiert die deutschsprachige Zeitungslandschaft mit ausgewählten Printmedien als konkretes diskursives Feld, weshalb dieses in einem ersten Schritt in Kapitel 5.1 überblicksmäßig dargestellt wird. In Kapitel 5.1.1 wird ein einleitender Einblick in den Umfang der Berichterstattung des jeweiligen Mediums gegeben. In Kapitel 5.2 bezieht sich die Analyse auf konkrete Textstellen der Berichterstattung.

5.1 Analyse der äußeren Kontextdaten (Makroanalyse)

In folgendem Unterkapitel wird ein Überblick über den Umfang und den Kontext der Berichterstattung geboten. Seit Anbeginn ihrer öffentlichen Existenz sind die Zapatistas auf ein Publikum angewiesen. Die militärische Unterlegenheit gegenüber den staatlichen militärischen Strukturen zwingt sie zur Schaffung von Kooperationen auf anderen Ebenen. Bereits Mitte der 1990er, bevor es den meisten Menschen überhaupt ein Begriff war, nutzten sie das Internet um ihre Botschaften zu verbreiten. 1997, drei Jahre nach dem Aufstand der Zapatistas, hatten in Deutschland erst 4,1 % der Bevölkerung einen Internetzugang. (Statista, 2022, 1) Die Technologie ermöglichte ihre Kommunikation mit der Zivilgesellschaft weltweit, trotz der Abgeschiedenheit der lakandonischen Regenwälder. Medien sind somit seit der Geburtsstunde des Zapatismus dessen Lebensversicherung. Für die öffentliche Wahrnehmung ihrer Forderungen nutzten die Zapatistas allerdings nicht nur das Internet, sondern auch Printmedien, um ihre Botschaften und Standpunkte zu verlautbaren.

Tages- oder Wochenzeitungen spielen in Österreich, Deutschland und der Schweiz seit dem Ende des 2. Weltkriegs eine sehr bedeutsame Rolle in der politischen Berichterstattung über die parlamentarische Demokratie. Durch die Medienförderung wurden Medien vom Staat subventioniert, um eine kritische Öffentlichkeit oder eben pseudokritische Öffentlichkeit (siehe hierzu Kapitel 3.3) aufzubauen. (Mausfeld, 2017, 137)

In Abbildung 8 wird dargestellt, wo die Medien verortet sind, welche Reichweite sie im Jahr 2022 hatten. Außerdem werden die Eigentumsverhältnisse bzw. die Firmenkonstruktionen der Zeitungen aufgezeigt.

Name des Mediums	„Die Zeit“	„FAZ“	„Der Standard“	„taz“
Standort	Hamburg	Frankfurt	Wien	Berlin
Leser*innen	1,72 Millionen	0,83 Millionen	0,48 Millionen	0,24 Millionen
Eigentumsrechte	DvH Medien und Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck	93,7 % Fazit Stiftung	98 % Oscar Bronner	Genossenschaft mit 20020 Mitgliedern (Stand: 2020)

Abbildung 8: „Massenmedien 1“. (Statistik 1, 2022) (eig. Darstellung)

5.1.1 Zugang zum Feld

Die Zeitungslandschaft veränderte sich in den letzten 20 Jahren grundlegend. Seit dem Aufkommen des Internets werden viele Inhalte in digitaler Form angeboten. Das Sample der vorliegenden Forschung schließt auch alle Artikel ein, die auf Online Plattformen veröffentlicht wurden. In vielen Medienunternehmen existieren unterschiedliche Redaktionen für den Online- und den Printbereich. Der Zugang zu den Archiven ist unterschiedlich gestaltet. Bei manchen Zeitungen war es relativ einfach, Zugang zu den Archiven zu erhalten. Bei anderen gestaltete sich der Zugang als anstrengender Hürdenlauf. Bei der Recherche war ich überdies auf die Kulanz einzelner Mitarbeiter*innen angewiesen, um zum gesuchten Textmaterial zu kommen. Grundsätzlich kann an der Vollständigkeit der Archive gezweifelt werden. Es scheint plausibel zu sein, dass der ein oder andere Text untergegangen ist, da zum Beispiel die Archiv-Datenbank des „Der Standard“ erst nach 1994 implementiert wurde.

Der Zugang zu den Archiven der „taz“ und der „Die Zeit“ ist verhältnismäßig niedrigschwellig. So sind die Artikel gratis im öffentlich zugänglichen Archiv zu finden und es ist keine Registrierung Voraussetzung für die Suche. Beim „Der Standard“ Archiv war es notwendig, einen Mitarbeiter um Hilfe zu bitten, denn das frei zugängliche Archiv des „Der Standard“ reichte bloß bis 2001 zurück. Dank der Unterstützung jenes Mitarbeiters hatte ich somit die kostenfreie Möglichkeit, das Archiv

nach mehreren Stichworten durchsuchen lassen zu können. Für das Archiv der „FAZ“ braucht es eine Zugangserlaubnis über die Österreichische Nationalbibliothek oder die Bibliothek der Arbeiterkammer. Sonst muss beim „FAZ“ Archiv für jeden Artikel bezahlt werden.

5.1.2 Die Berichterstattung über die Zapatistas in deutschsprachigen Massenmedien

Es wird zuerst eine Skizzierung der Berichterstattung der Hamburger „Zeit“, weil die „Zeit“ mit 1,72 Millionen Leser*innen die größte Reichweite aller Printmedien im Sample vorgenommen. Dann folgt die Skizzierung der Berichterstattungen in „FAZ“, „Der Standard“ und „taz“.

Berichterstattung in der „Die Zeit“

„Die Zeit“ hat ihren Hauptsitz in Hamburg und publizierte ihre Erstausgabe am 21.02.1946. Sie ist die einzige Wochenzeitung im Sample. Üblicherweise erscheint sie jeden Donnerstag. Sie hat Redaktionsbüros weltweit u.a. in Beirut, Moskau, Peking. Die Zeitung gilt als liberal bzw. linksliberal und sie ist überdurchschnittlich groß im Format. (Die Zeit, 2022, 1) In der Wochenzeitung war das Thema im Untersuchungszeitraum Jänner 1994 mit zwei Artikeln präsent. Der geringe Umfang der Berichterstattung erklärt sich u.a. durch das wöchentliche Erscheinen des Mediums. In den anderen Printmedien im Sample wurde deutlich mehr geschrieben. (siehe Abb.9)

Beide Artikel über die Zapatistas wurden am 14.1.1994 veröffentlicht. Der Titel einer der beiden Artikel lautet: „Ein Krieg um Zapatas Erbe“. (Wernicke, 1994a, 1) Im Kapitel 5.6.3 wird der Text inhaltlich analysiert. Der Autor Christian Wernicke arbeitet mittlerweile bei der „Süddeutschen Zeitung“ als Korrespondent für Nord Rhein Westfalen. Der gebürtige Hamburger war, bevor er für „Die Zeit“ als Redakteur in Lateinamerika gearbeitet hat, als Korrespondent in der DDR aktiv. Im Zentrum des Artikels steht der Personenkult Emiliano Zapatas.

Der zweite Artikel stammt im Original von Carlos Fuentes (1928 –2012), übersetzt hat ihn Ute Mauersberger. (Fuentes, 1994) Carlos Fuentes war von 1976 bis 1977 Botschafter für Mexiko in Frankreich. Er gilt als renommierter mexikanischer Schriftsteller. In dem Artikel erklärt er sich solidarisch mit dem Aufstand der Zapatistas in Chiapas. Er spricht darin das Versäumnis der Regierenden an, den mexikanischen Süden in den ökonomischen Aufschwung zu integrieren, und kritisiert die gierige Oligarchie, die den Besitz in Chiapas unter sich aufteilt bzw. verwaltet. (Fuentes, 1994)

Berichterstattung in der „FAZ“

„Die Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme von Sonntagen. Seit 01.11.1949 wird die Zeitung in Frankfurt gedruckt. Die „FAZ“ gilt als bürgerlich-konservatives Medium und verfügt über ein breites Korrespondent*innennetzwerk im globalen Westen. Die einzige Korrespondenz außerhalb des Westens befindet sich in Peking. (FAZ, 2022, 1)

Elf Kommentare von Journalist*innen, die für die „FAZ“ schreiben und zwei Kommentare von mexikanischen Autoren (Mario Vargas Llosa, Octavio Paz) wurden im Jänner 1994 veröffentlicht. Ausschließlich Männer durften ihre Meinung äußern. Die „FAZ“ veröffentlichte verhältnismäßig häufig Information von der Nachrichtenagentur Reuters, aber auch von AFP und AP. Der FAZ-Journalist Walter Haubrich verfasste selbst drei Kommentare, so viele wie sonst keine*r in der „FAZ“. Die „FAZ“ berichtete quantitativ ausführlich über die Vorgänge im Jänner 1994. Innerhalb eines Monats wurden annähernd 30 Artikel veröffentlicht. Somit hat kein deutschsprachiges Medium mehr veröffentlicht als die „FAZ“.

In der Analyse der Texte wird ersichtlich, dass ein massiver Unterschied in der politisch-ideologischen Ausrichtung vorherrschend ist. Der Unterschied wird deutlich je nachdem, ob der Text von der hauseigenen Redaktion, einer Nachrichtenagentur, eines*r Journalist*in oder eines*r Schriftsteller*in verfasst wurde. Die hauseigene Redaktion, zu der auch Korrespondent*innen zählen, zeichnet in ihren Artikeln ein differenziertes Bild, in dem die soziale Benachteiligung der Bevölkerung thematisiert wird. Es wird ein kausaler Zusammenhang zwischen dem Elend der verarmten

Landbevölkerung und dem Aufstand hergestellt. Ein Artikel vom 08.01.1994, der mit „F.A.Z. Frankfurt, 7. Januar“ unterschrieben ist und somit aus der „FAZ“-Redaktion stammt, vermittelt folgendes Bild: Das mexikanische Innenministerium wird mit einem Kommuniqué zitiert. Dieses bestreitet, dass es sich um eine Erhebung der Pueblos originarios handelte, denn diese wären ohne Kampfverständnis und mit primitiven Waffen ausgestattet und sie seien bei der Kriegsführung eines Guerillakrieges auf die Hilfe von nationalen und internationalen Fachleuten angewiesen. In dem Artikel wird die skeptische Haltung des Autors zum Inhalt des Kommuniqués der Regierung spürbar. Nichtsdestotrotz ist kein kritisches Wort der „FAZ“-Redaktion zum rassistischen Kommuniqué der Regierung auffindbar. Insofern bleibt in dieser Darstellung ein gewisser Eindruck der Instrumentalisierung der „FAZ“ für die Sache der mexikanischen Regierung. (Reuters/AP/AFP, 1994, 1)

In den Artikeln, die von den Agenturen AP, Reuters und AFP verfasst und von der „FAZ“ übernommen wurden, wird ein anderes Bild transportiert. In diesen Artikeln stehen die Gewalt und die Gefahr, die von Zapatist*innen ausgeht, im Zentrum. Die schlechte Lebensqualität der Pueblos originarios wird gar nicht, kaum oder beiläufig erwähnt. Die Quintessenz ist, dass diese Menschen den Frieden in Mexiko bedrohen und somit eine Gefahr für den gesamten Nationalstaat darstellen. (Reuters, 1994, 1; Reuters/AP/AFP, 1994, 1) Die Wirtschaft des Landes ist gefährdet und die vermeintlich augenscheinlichen Indikatoren dafür sind die einstürzenden Börsenkurse. (Schilder, 1994, 1)

Der Journalist Walter Haubrich kritisiert in einem Kommentar die Wortmeldungen der mexikanischen Autorenelite (Haubrich, 1994c). Das Ereignis in Chiapas hat ungeahnte Resonanz bei mexikanischen Schriftsteller*innen erzeugt, wobei es sich bei den in der FAZ erschienen Texten ausschließlich um solche von cis-männlichen Schriftstellern handelt. (Fuentes, 1994; Paz, 1994; Vargas, 1994) Es war offenbar für viele ein Bedürfnis, etwas dazu beizutragen. Dies passierte meistens in Form von Artikeln, die an Printmedien geschickt wurden. Schließlich waren Onlinemedien im Jahr 1994 quasi nicht vorhanden oder schlichtweg nicht für die Massen zugänglich. Walter Haubrich sieht die mexikanische Kulturelite in einem Naheverhältnis mit dem mexikanischen Staat und zeigt die finanziellen Abhängigkeiten der Zeitungen auf, welche von Inseraten von staatsnahen Unternehmen leben. (Haubrich, 1994b, 1) Die

Intellektuellen aus Mittelamerika, die sich in der „FAZ“ zu Wort melden und dort publizieren dürfen, sind ebenso wie die Schriftsteller ausschließlich Männer. In der Einschätzung ihrer Haltung zu Zapatist*innen dominiert ein distanziert-ablehnendes Narrativ, wenn auch manchmal Verständnis für deren ‚schwierige Situation‘ mitschwingt. (Paz, 1994)

Berichterstattung im „Der Standard“

„Der Standard“ mit Hauptsitz in Wien ist die einzige österreichische Tageszeitung im Sample. Er erscheint jeden Tag außer an Sonn- und Feiertagen. Gegründet wurde der „Der Standard“ 1988 von Oscar Bronner und gilt als linksliberales Medium. Der Onlineauftritt des „Der Standard“ derstandard.at hat eine verhältnismäßig große Reichweite.⁸ Ansonsten gibt es in Österreich kein Onlinemedium mit mehr Aufrufen. Die lebendige Onlinecommunity des „Der Standard“ belebt u.a. mit der Kommentarfunktion den Diskurs. (Der Standard, 2022, 1)

Im Untersuchungszeitraum Jänner 1994 wurden im „Der Standard“ fünfzehn Artikel in unterschiedlichen Formaten zum Thema Zapatismus abgedruckt. Wie schon erwähnt war das Archiv des „Der Standard“ nicht öffentlich zugänglich. Zehn von den fünfzehn Artikeln wurden von Nachrichtenagenturen übernommen. Die Nachrichtenagenturen, von denen viele Informationen stammten, waren die „APA“ und die „dpa“.

Einer dieser fünfzehn Artikel steht in Zusammenhang mit brasilianischen Urvölkern und bezieht sich nicht explizit auf die Sache der Zapatistas. Drei Artikel hat der Journalist Ralf Leonhard verfasst. (Leonhard, 1994a; 1994b; 1994c) Den ersten Artikel vom 4.1.1994 schrieb er von Managua aus. (Leonhard, 1994a) „Der Standard“ veröffentlichte am 13.1.1994 ein Interview mit Subcomandante Marcos und dem „Der Standard“-Mitarbeiter und Autor Helmuth Santler. (Santler, 1994) Ein weiteres Interview mit dem katholischen Bischof Samuel Ruiz und dem „Standard“-Mitarbeiter Leo Gabriel wurde am 19.01.1994 abgedruckt. (Gabriel, 1994)

⁸ Nur die sogenannte blaue (Info)Seite des ORF, orf.at, hat mehr Reichweite in Österreich.

Die Artikel, die von Korrespondent*innen verfasst wurden, versuchen den gesamten Kontext der Gründe des Aufstandes mitzudenken. (Haubrich, 1994a; Leonhard, 1994; Tena, 1994) Unterschiede zwischen den Texten von Nachrichtenagenturen im Vergleich zu den von Journalist*innen geschriebenen Texten sind deutlich wahrnehmbar. Die Länge des Textes und die inhaltliche Tiefe der Recherche unterscheiden sich dahingehend, dass die Argumentationslinien von unter Klarnamen schreibender Journalist*innen oder auch Autor*innen wesentlich ausführlicher sind, als die von großen kommerziellen Nachrichtenagenturen. (dpa, 1994; Reuters, 1994) Bei den Nachrichtenagenturen bleiben die Autor*innen so gut wie immer unbekannt. Als Quelle wird die Agentur angegeben, die Schreibenden aber bleiben unbekannt. Die Texte der Korrespondent*innen sind zudem ausführlicher in Wortwahl und Argumentationsversuchen. Von den fünfzehn Texten im „Der Standard“ wurden neun direkt von AP, Reuters, dpa und AFP übernommen. Sechs davon wurden von Auslandsjournalist*innen verfasst. „Der Standard“ hat im Zeitraum nach dem Jänner 1994 24 Artikel über die Zapatistas verfasst.

Berichterstattung in der „taz“

Das Printmedium „taz“ aus Berlin erscheint jeden Tag, außer am Sonntag. Es gibt sie seit 1978. Die „taz“ gilt ideologisch als grünlinks, linksalternativ und systemkritisch positioniert. Die Eigentümer*innenstruktur gleicht der einer Genossenschaft. Die „taz“ finanziert sich ohne Werbeeinrate und beschreibt sich deswegen selbst als besonders unabhängig. (taz, 2022, 1)

Die mit über 20.000 Mitgliedern genossenschaftlich organisierte „taz“ hat im Untersuchungszeitraum 24 Artikel veröffentlicht.⁹ Auffallend ist, dass sich der Korrespondent Wolf Dieter Vogel und die Korrespondentin Anne Hufschmid seit Jänner 1994 intensiv mit dem Zapatismus beschäftigten und ihre Recherchen von Mexiko aus machten. Ihre Artikel dominierten die Berichterstattung über den Aufstand in der „taz“. Beide waren vor Ort in Chiapas persönlich mit betroffenen Menschen in Kontakt. Anne Hufschmid war zum Beispiel auch bei den Märschen der

⁹ Bis Jänner 2022 hat die „taz“ insgesamt 37 Texte veröffentlicht, in denen der Zapatismus eine Rolle spielt.

Friedensgruppen beteiligt. (Huffschnid, 1994b) Sie berichtete davon, dass manche der Journalist*innen, u.a. sie selbst, sich dafür verantwortlich fühlten das Kriegsgeschehen zu dokumentieren und aufzupassen, dass es zu keinerlei Übergriffen auf Zivilist*innen kam. Aufgrund der Dichte und Frequenz der Artikel kann davon ausgegangen werden, dass das Thema in der „taz“-Redaktion große Beachtung fand. Im Vergleich berichteten andere Printmedien in weitaus geringerem Umfang über den Aufstand der EZLN.

Bei der „taz“ gestaltet sich das Verhältnis zwischen den unterschiedlichen Gattungen der Artikel folgendermaßen: 24 Zeitungsartikel wurden im Zeitraum 01.01.1994 bis 31.01.1994 geschrieben. Es handelt sich dabei um unterschiedliche journalistische Textsorten. Darunter befinden sich neben gewöhnlichen Nachrichten und Korrespondent*innenartikeln auch ein Interview und ein Essay. Auf diese Texte sowie deren Verfasser*innen wird im Folgenden näher eingegangen. (taz, 1994; taz & AP & dpa, 1994; Castaneda, 1994)

Elf Artikel wurden allein von Anne Huffschnid verfasst. (Huffschnid, 1994a; 1994b; 1994c; 1994d; 1994e; 1994f; 1994g; 1994h; 1994i; 1994j) Daher kommt ihr eine tragende Rolle in der Berichterstattung über den Aufstand in Chiapas zu. Sie war auch für die mexikanische Zeitung „La Jornada“ als Journalistin im Kulturressort tätig. 2004 veröffentlichte sie ein Buch über die Zapatistas mit dem Titel „Diskursguerilla: Wortergreifung oder Widersinn“. Darin stellt sie dar, wie die Zapatistas in der mexikanischen und internationalen Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Die Publikation wurde mit dem Preis der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerikaforschung 2003 ausgezeichnet und war gleichzeitig die Grundlage für ihre Dissertation (Huffschnid, 2004). Die Berlinerin hat 1995 außerdem ein Buch über die Kunstfigur des Subcomandante Marcos geschrieben. (Huffschnid, 1995)

Der Schweizer Thomas Schmid war 1994 Südamerika-Korrespondent für die „taz“. Von San Cristobal de las Casas in Chiapas aus hat er drei Artikel geschrieben. In einem dieser Artikel schilderte er, wie die Reporter*innen aus aller Welt die Stadt

besuchten, um von dort aus zu berichten. Dabei füllten sie die frei gewordenen Betten der Tourist*innen, die wegen des Aufstandes geflohen waren.¹⁰

Der Autor Gerardo Tena verfasste einen Artikel, welcher am 04.01.1994 über die Agencia France Press veröffentlicht wurde. Er äußerte darin etwa, dass der Aufstand der Zapatist*innen gerechtfertigt ist. Es bleibt unklar, um wen es sich bei Gerardo Tena handelt, da bis dato keine Informationen über ihn zu finden sind. Sein Artikel erschien in der Originalfassung auf Französisch. (Tena, 1994)

Die Aktion vom Wochenende hat das langsame Sterben dieser Völker zumindest öffentlich gemacht. „Wir sind ein Produkt von 500 Jahren Kampf“, heißt es in einem Flugblatt, dessen Text nach einer freien und demokratischen Regierung ruft. (Tena, 1994, 2, Herv. i. O.)

In der genauen inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Artikeln wurden einige Kontinuitäten sichtbar. Beispielsweise zeigte sich, dass in vielen Artikeln, die von Auslandskorrespondent*innen geschrieben wurden, die sich vor Ort des Geschehens befanden, Interviews mit Zivilist*innen eingestreut wurden. Deutlich wird hier, dass es sich dabei nicht um eine längere Wiedergabe eines Gesprächs handelte, sondern in der Regel einzelne Passagen aus den Interviews zitiert wurden. Sieben Artikel wurden in Kooperation mit Nachrichtenagenturen von der „taz“-Redaktion veröffentlicht, wobei die Redaktion der „taz“ nur drei Artikel von Agenturen übernahm, die sie auch nicht überarbeitet hat.

Die folgende Abbildung 9 zeigt die Anzahl der Artikel, die über den Aufstand der Zapatistas in den ausgewählten Zeitungen verfasst wurden. Es ist ein Ausschnitt der Berichterstattung im deutschsprachigen Raum und es kann kein Anspruch auf Vollständigkeit, die den Rahmen der vorliegenden Arbeit bei weitem gesprengt hätte, gestellt werden kann.

¹⁰ Thomas Schmid war 1995 und 1996 Chefredakteur der „taz“. Allerdings wurde er 1996 seines Amtes enthoben und entlassen. Später heuerte er bei der wirtschaftsliberalen „Welt“ als Chefredakteur an.

	„Die Zeit	„FAZ“	„Der Standard“	„taz“
Anzahl der Artikel bis Mai 2022	7	42	36	37
Anzahl der Artikel im Untersuchungszeitraum Jänner 1994	4	31	15	24
Prozentsatz der von Redaktion angepassten Artikel im Untersuchungszeitraum Jänner 1994	100	41,9	33,3	79,1

Abbildung 9: „Massenmedien 2“ (Statistik2) (eig. Darstellung)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die mediale Aufmerksamkeit für die Vorgänge in Chiapas im Jänner 1994 mit Abstand am größten und am umfangreichsten war, wie der kommende Abschnitt auch aufzeigen wird. Die bevorzugte Textgattung der Auslandskorrespondent*innen war die Reportage. In diesen Reportagen kamen Passagen von Interviews vor, in denen Einheimische befragt wurden. Die Textgattung des Interviews war in der Berichterstattung kaum repräsentiert. Im Wiener „Der Standard“ wurde ein Interview mit Subcomandante Marcos (EZLN, 1994a) am Anfang des Jäners 1994 veröffentlicht. Ansonsten kamen keine Person der Pubeblos originarios oder Akteur*innen der mexikanischen Zivilgesellschaft in der Berichterstattung zu Wort. Die Ausnahme waren einige intellektuelle Mexikaner, deren Texte in der „FAZ“ abgedruckt wurden und das Interview mit Bischof Ruiz in der „Die Zeit“. (Gabriel, 1994; Paz, 1994; Fuentes, 1994; Vargas, 1994) Die Genannten gehörten zur weißen, männlichen und im Zentrum der Hauptstadt lebenden Kulturelite des Landes.

In diesem Kapitel wurde umrissen, in welchem Umfang über den Aufstand der Zapatistas berichtet wurde. Im Fokus des Interesses stand, wer zu Wort kommen durfte und in welcher Art und Weise dies geschehen ist. Im nächsten Unterkapitel wird der Fokus auf der Analyse von spezifischen Textstellen liegen. Es beginnt mit der ersten Verlautbarung der Zapatistas am 01.01.1994.

5.2 Feinanalyse der Berichterstattung

Alle Artikel im Untersuchungszeitraum Jänner 1994 wurden von mir gelesen und sind im Anhang zu finden. Für die Feinanalyse wurden bestimmte Artikel mit gesellschaftspolitisch besonders relevanten Inhalten ausgewählt. In folgendem Kapitel werden die Feinanalysen diese ausgewählten Textstellen dargestellt und diskutiert.

Die erste öffentliche Verlautbarung der Zapatistas aus Mexiko (EZLN) war die „1. Declaración de la Selva Lacandona“ (EZLN, 1993,1). Am Morgen des 1. Januars 1994 nagelten die Kämpfer*innen das erste Kommuniqué der Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN) an die Tür des Rathauses in San Cristobal del las Casas und verteilten es großflächig in den Zentren der Provinzhauptstädte von Chiapas. Außerdem druckte es die mexikanische Zeitung „La Jornada“ in ihrer Ausgabe vom 01.01.1994 ab. Diese Aktion kann als allererste öffentliche Kommunikation der Zapatistas sowie der EZLN verstanden werden. Sie wandte sich direkt an die mexikanische Zivilgesellschaft. Die Verlautbarung wurde im Jahr 1993, noch vor dem 01.01.1994, verfasst. Aus dem ersten Absatz der ersten Verlautbarung der Zapatistas stammt das folgende Zitat:¹¹

We are a product of 500 years of struggle: first against slavery, then during the War of Independence against Spain led by insurgents, then to avoid being absorbed by North American imperialism, then to promulgate our constitution and expel the French empire from our soil, and later the dictatorship of Porfirio Diaz denied us the just application of the Reform laws and the people rebelled and leaders like Villa and Zapata emerged, poor men just like us. (EZLN, 1, 1993)

Eine Quintessenz des Absatzes lautete, dass die Pueblos originarios in den letzten 500 Jahren von fremden Herrscher*innen immerzu ausgebeutet und unterdrückt wurden. Der mexikanische Staat hätte sie nicht als würdige Menschen wahrgenommen und sie dementsprechend auch nicht menschenwürdig behandelt, so die Aussage der Zapatistas. Das Narrativ, zum Opfer von fremder Gewalt geworden zu sein, steht an prominenter erster Stelle. Laut Eigendefinition wurde die autochthone

¹¹ In dieser Arbeit wird auf englische und deutsche Übersetzungen von der offiziellen Webseite der EZLN zurückgegriffen.

Bevölkerung von Chiapas Opfer unterschiedlichster fremder Aggressoren. Die Unterjochung reichte von der Sklaverei bis zum Diktator Porfirio Díaz, Spanien, der USA, und Frankreich. (EZLN, 1, 1993) Die vereinfacht dargestellte zapatistische Geschichtserzählung lautet wie folgt:

Der Diktator Porfirio Díaz, der von 1876 bis 1880 und von 1884 bis 1911 an der Macht war, verweigerte die Umsetzung der Reformgesetze, bei der den Bäuer*innen Besitz zugeteilt worden wäre, woraufhin die armen Menschen gegen ihn rebellierten. Pancho Villa (1878-1923) und Emiliano Zapata (1879-1919) wurden namentlich als Führer der früheren Aufstände erwähnt. Ihnen wurde das Attribut zugesprochen, der besitzlosen bäuerlichen Klasse zugehörig zu sein. Der Beginn des Narrativs, das nachhaltige Veränderung nur von unten passieren kann, findet hier seinen Ursprung. Pancho Villa und Emiliano Zapata gelten bis zum heutigen Tage als Vorbilder für soziale-libertäre Kämpfe in Mexiko. (Kerkeling, 2012, 15)

5.2.1 Leitfiguren: Emiliano Zapata und Subcomandante Marcos

Anne Hufschmid spricht von zwei Leitfiguren der um den Zapatismus kreisenden Mythen und Diskurse (Hufschmid, 2004, 80). Bei den beiden Leitfiguren handelt es sich um Emiliano Zapata (1879 – 1919) und Subcomandante Marcos (geb.1957). Anne Hufschmid argumentiert, „dass beide ebenso realgeschichtlich wahr wie mythisch aufgeladen waren bzw. sind und beide gleichermaßen die zentrale Funktion des Mythos, die Versöhnung des Widersprüchlichen und den Ausgleich von Antagonismen erfüllen“ (Hufschmid, 2004, 80).

Der folgende Ausschnitt eines Artikels des „Die Zeit“-Redakteurs Christian Wernicke mit dem Titel „Krieg um Zapatas Erbe“ spricht Emilianos Zapatas Vereinnahmung an:

Tot ist Emiliano Zapata seit nunmehr 73 Jahren, am Ende der mexikanischen Revolution wurde er von den eigenen Soldaten fusiliert. Aber das hinderte die seit Dekaden regierende Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) niemals, ihre Allmacht und Willkür mit der Ikone des Nationalhelden zu segnen. Auch Carlos Salinas, Mexikos neoliberaler Regierungschef, taufte Sohn wie Hubschrauber im Namen Emilianos. Wird jetzt, da über 2000 Indianer in der

elenden Südpfrovinz Chiapas rebellieren, das Erbe des Emiliano Zapata neu aufgeteilt? (Wernicke, 1994, 1)

Die Heroisierung wird durch die Namensgebung der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (Ejército Zapatista de Liberación Nacional) noch einmal verstärkt. Der Bezug auf Emiliano Zapata wird von den Medien wiederholt hergestellt, was sicherlich durch die Namensgebung der ‚Zapatistas‘ befeuert wird. Er trägt zudem oft den kämpferischen Beinamen „Revolutionsführer“. In der Analyse zeigt sich, dass wegen des Namens Ejército Zapatista de Liberación Nacional häufig auf Emiliano Zapata referiert wird. Die Namensgebung der EZLN offenbarte sich als kluger PR-Schachzug, obwohl der konstruierte Heldenmythos nicht frei von Paradoxien ist.

Anne Hufschmid, 1994 Korrespondentin der „taz“, versteht die Figur des Revolutionsführers Emiliano Zapata als zweifach paradox konstruiert (Hufschmid, 2004, 80). Zum einen kämpfte der progressive Revolutionär Emiliano Zapata den konservativen Kampf für die Bewahrung der traditionellen gemeinschaftlichen Maisbewirtschaftung gegen die moderne Zuckerindustrie. Emiliano Zapata wollte Veränderung, dafür brauchte es gleichzeitig die Bewahrung der traditionellen Produktionsweise. Das Ziel war, dass auf den Böden der Kleinbäuer*innen weiterhin Maiskulturen angebaut werden. Zum anderen wurde Emiliano Zapata direkt vom durch die Revolution an die Macht gekommenen Regime in einen Hinterhalt gelockt, verraten und ermordet. (siehe Kapitel 4.1.2) Trotzdem wird Zapata in der offiziellen staatlichen Geschichtsschreibung bis heute als eine der Heldenfiguren der mexikanischen Revolution zelebriert. (Hufschmid, 2004, 80) Die Geschichte der Person des Emiliano Zapata hat eine wichtige Funktion in der Rahmenerzählung des Nationalstaates Mexikos erlangt. Diese wird von vielen Seiten instrumentalisiert, um sich als anti-avantgardistisch zu inszenieren. Diese Inszenierung dient dazu, sich von den Eliten abzugrenzen und somit als volksnah bzw. als nicht korrumpiert zu gelten. (Kerkeling, 2012, 15) Emiliano Zapata hat in weiten Teilen der mexikanischen Gesellschaft die Rolle eines revolutionären Superhelden inne, was unter anderem an seiner Abbildung auf dem zehn Peso Geldschein bis weit in die 1990er hinein ersichtlich ist. (Kerkeling, 2012, 15)



Abbildung 10: „Subcomandante Marcos C“ (Nautilus, 2009)



Abbildung 11:
„Subcomandante Marcos A“
(SubMarcos, o.J.)

Die Strategie der Zapatistas in der Außendarstellung war geprägt durch die Sprecherfigur, die von Subcomandante Marcos inszeniert wurde. Die Figur erinnerte in der Inszenierung wiederum auch an Emiliano Zapata. Diese Sprecherfigur erschien in ihrer Ästhetik und in ihrem Habitus wie eine Reinkarnation bekannter Revolutionsführer*innen in Mittel- und Südamerika und vieles deutet darauf hin, dass die Figur des Subcomandante Marcos absichtlich an große südamerikanische Freiheitskämpfer, wie z.B. Ernesto Che Guevara oder Simón Bolívar, angelehnt war. Subcomandante Marcos wurde im Jänner 1994 in der Öffentlichkeit als der Sprecher der EZLN wahrgenommen und damit auch zu ihrem Führer stilisiert. Er betonte jedoch wann immer er konnte, dass er einem Kollektiv zugehörig und nicht der Anführer in dessen Hierarchie sei. (EZLN, 1994e, 1)

Am 04.01.1994 wurde das erste Interview mit Subcomandante Marcos veröffentlicht, welches bis dato auf der offiziellen Webseite <https://enlacezapatista.ezln.org.mx/> der zapatistischen Medien abrufbar ist. Marcos spricht in diesem Interview mit der linken italienischen Zeitung L'Unità die wichtigsten Forderungen der EZLN an:

L'Unità: Subcomandante Marcos, Sie haben San Cristóbal am 1. Januar eingenommen. Aber wer sind Sie?

Subcomandante Marcos: Wir sind Teil der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung und fordern den Rücktritt der Bundesregierung und die Bildung einer neuen Übergangsregierung, die im August 1994 freie und demokratische Wahlen ausruft. Wir fordern, dass die wichtigsten Forderungen der Bauern von Chiapas erfüllt werden: Brot, Gesundheit, Bildung, Autonomie und Frieden. Die Indianer haben immer im Krieg gelebt, weil der Krieg bis heute immer gegen sie war, während er jetzt für die Indianer und für die Weißen sein wird. Auf jeden Fall werden wir die Gelegenheit haben, im Kampf zu sterben und nicht an der Ruhr, wie die Indianer von Chiapas normalerweise sterben. (EZLN, 1994b)

Die Forderungen, die Marcos in diesem Interview stellvertretend für die EZLN artikuliert, waren Grundbedürfnisse, wie Nahrung, Gesundheit, Bildung, Autonomie und Frieden. Im Übrigen wurde auch der Rücktritt der Bundesregierung unter Carlos Salinas de Gortari sowie die Bildung einer Übergangsregierung gefordert. Subcomandante Marcos wird in diesem Interview als ein Pfeifen rauchender, maskierter Revolutionär auf einem Pferd dargestellt, der ein Maschinengewehr trägt. (Abb.12)

Der Frage, wie der Diskurs über den zapatistischen Aufstand zu Beginn in der massenmedialen deutschsprachigen Öffentlichkeit verhandelt wurde, wird im nächsten Kapitel nachgegangen. Der nächste Abschnitt der Diskursanalyse beginnt mit den ersten Zeitungsartikeln des Samples im deutschsprachigen Raum.

5.2.2 Das Erscheinen der Zapatistas in der Printmedienberichterstattung

Die Frequenz und die Dichte der Berichterstattung über die Revolution in Chiapas war in den ersten beiden Wochen im Jänner 1994 in den ausgewählten deutschsprachigen Printmedien am höchsten. Die ersten Artikel wurden im Wiener „Der Standard“ und in der Berliner „taz“ am 03.01.1994 abgedruckt.

„Der Standard“ vom 3.1.1994

Seite: 4

Besitzlose rebellieren in Mexiko

„Zapatistische“ Landarbeiter besetzen Rathäuser - Mindestens sechs Tote

Mexiko-Stadt - Mindestens sechs Todesopfer forderten am Wochenende Unruhen im Süden Mexikos. Hunderte mit Gewehren, Messern, Macheten und Stöcken bewaffnete Landarbeiter indianischer Abstammung besetzten im Bundesstaat Chiapas die Rathäuser in der Stadt San Cristóbal de las Casas und drei kleineren Orten.

Nach amtlichen Angaben aus Chiapas sind rund 200 Personen an den Aktionen unweit der Grenze zu Guatemala beteiligt. In anderen Informationen ist die Rede von 400 bis 600 Rebellen, die sich als Angehörige der bisher unbekannten „Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee“ - nach dem mexikanischen Revolutionshelden und Bauernführer Emiliano Zapata (1879-1919) - bezeichnen.

Die rebellierenden Indios steckten öffentliche Gebäude in Brand und errichteten Straßenbarrikaden. Über einen besetzten Radiosender erklärten sie dem Militär den Krieg und riefen die Indianerbevolkerung auf, nach Mexiko-Stadt vorzurücken.

Im Bundesstaat Chiapas, einer der ärmsten und politisch unruhigsten Regionen Mexikos, haben sich in den vergangenen Jahren mehrmals bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen besitzlosen Campesinos und dem Militär ereignet. Die Ureinwohner klagen, sie würden von den reichen Großgrundbesitzern mit Hilfe der Streitkräfte systematisch unterdrückt. (dpa)

Abbildung 12: „Erster Artikel im Standard“. Die rote Markierung ist Folge der Archivrecherche des Standards und hat für diese Arbeit keine Bedeutung. (Der Standard, 1994)

Der Artikel hatte den Titel „Besitzlose rebellieren in Mexiko“ und wurde auf der vierten Seite des „Der Standard“ veröffentlicht. Dieser Text war eine der ersten massenmedialen Bezugnahmen in Europa überhaupt und der erste einer deutschsprachigen Zeitung.

Inhaltlich setzte er sich mit der Wiederaneignung der Territorien der Pueblos originarios in den lakandonischen Wäldern von Chiapas auseinander. Den Artikel hat jedoch die Redaktion von der dpa übernommen. Es ist nicht völlig aufzuklären, inwiefern die Redaktion des „Der Standard“ den Text adaptiert hat. Die Kennzeichnung

mit dem Kürzel dpa spricht aber dafür, dass der Text ohne große Änderungen übernommen wurde, weil es sonst üblich ist, die Einflussnahme der Redaktion erkenntlich zu machen.

Dieser Artikel nimmt Bezug auf Emiliano Zapata. Die generelle Ausgangssituation war, dass die Öffentlichkeit keine Ahnung hatte, wer die Zapatistas sind und was sie mit ihrem Aufstand erreichen wollen. Das bedeutet, dass dies die erste Information war, die die Leser*innen des „Der Standard“ über den Konflikt in Chiapas wahrnehmen konnten und die somit den Anstoß für den medialen Diskurs gab. Was wollte diese Nachricht ihrem Publikum vermitteln bzw. wie wurde dieser Diskurs eröffnet?

In dem Artikel wurden für die Zapatistas sieben unterschiedliche Bezeichnungen verwendet. Die Schlussfolgerung scheint naheliegend, dass dies zum Teil auf den Faktor der Neuartigkeit auf der medialen Bühne zurückzuführen ist. In Folgendem wird das Wording, das für die Zapatistas gewählt wurde genauer dargestellt, da hier schon eine grundlegende Einordnung geschah. Das Wording reicht von „zapatistische Landarbeiter“, „bewaffnete Landarbeiter indianischer Abstammung“, „Rebellen“, „rebellierende Indios“, „Indianerbevolkerung“, „besitzlose Campesinos“ bis zu „Ureinwohner“. Das sind die Bezeichnungen, die in dem Artikel für die Zapatistas genutzt wurden. (Der Standard, 1994, 1)

Keine der acht unterschiedlichen Bezeichnungen stellt Bezug zum mexikanischen Staat her. Die Kategorisierung der Zapatistas passierte im Spektrum des ‚Indianertums‘, des ländlichen Raums und des Bäuer*innenntums. Hier kommt es zu einer Fortsetzung der von den Zapatistas kritisierten Ausschlussmechanismen, dass sie durchgehend vom mexikanischen Nationalstaat ignoriert wurden und somit auch nicht als Staatsbürger*innen wahrgenommen wurden. Die erste mediale Darstellung manifestierte das Bild einer marginalisierten Minderheit, die am Rande der Gesellschaft steht und keinen Besitz hat, aber eben auch keine Staatszugehörigkeit. Dabei bezogen sich die Zapatistas in ihren Texten immer explizit auf den mexikanischen Nationalstaat als politischen Resonanzraum und sie vereinnahmten nationale Mythen und Folklore für sich wie z.B. die Biographie Emiliano Zapatas. Das folgende Zitat stammt aus dem ersten Kommuniqué der Zapatistas, das am 01.01.1994, noch vor jedem Pressebericht, veröffentlicht wurde.

We declare now and always that we are subject to the Geneva Accord, forming the EZLN as our fighting arm of our liberation struggle. We have the Mexican people on our side, we have the beloved tri-colored flag highly respected by our insurgent fighters. (EZLN, 1994f, 1)

Die ideologische Konstruktion der EZLN war von Beginn an auf nationalistischer Rhetorik aufgebaut. Der folgende Aufruf stammt aus demselben Kommuniqué:

Form new troops with all those Mexicans that show their interest in joining our struggle, including those that, being enemy soldiers, turn themselves in without having fought against us, and promise to take orders from the General Command of the Zapatista National Liberation Army. (EZLN, 1994a, 2)

Die Zapatistas appellierten an alle Mexikaner*innen, sich ihrem Kampf anzuschließen. Was sie explizit nicht erwähnten ist, dass sich nur Menschen der Pueblos originarios anschließen sollen. Die Zapatistas luden alle, die ihr ehrliches Interesse bekundeten, ein, sich ihrem Kampf anzuschließen. Im „Der Standard“ Artikel vom 03.01.1994 steht allerdings:

Über einen besetzten Radiosender erklärten sie dem Militär den Krieg und riefen die Indianerbevolkerung auf, nach Mexiko-Stadt vorzurücken. (Der Standard, 1994, 1)

Die Staatszugehörigkeit wird erneut ausgelassen und aus den Mexikaner*innen, die die Zapatistas eigentlich adressieren wollten, wird die von den Medien konstruierte ‚Indianer*innenbevölkerung‘, welche vorhat, die Bundeshauptstadt anzugreifen. Relativierend ist sicherlich, dass die Berichtersteller*innen keinerlei Vorwissen zu diesem Konflikt hatten und somit besonders am Anfang auf die Informationen der Nachrichtenagenturen angewiesen waren. Im weiteren Verlauf der Mediendiskursanalyse wird die Frage nach dem Umgang der anderen Zeitungen mit der Bezeichnung der Zapatistas in den Fokus der Analyse gerückt.

Laut Onlinearchiv veröffentlichte die „taz“ am 03.01.1994, am selben Tag wie „Der Standard“, den ersten Artikel zu den Vorkommnissen. „Tierra y libertad, Viva Zapata!“ (taz, 1994) lautete die Überschrift damals. Die Redaktion der „taz“ schrieb einen ausführlichen, zwei Seiten langen Text, der am Ende mit „taz“ gekennzeichnet wurde.

Daraus kann abgeleitet werden, dass der Text aus der Produktion der hauseigenen Redaktion stammt, obwohl vermutet werden kann, dass manche Informationen von Nachrichtenagenturen bezogen wurden. Folgende Überschrift wählten die „taz“-Journalist*innen:

Indianische Guerilleros probten den bewaffneten Aufstand im Süden Mexikos.
Ihre Forderungen: Schluß mit dem Völkermord, Land und Arbeit, bessere Gesundheitsversorgung und Bildung. (taz, 1994, 1)

Wieder fällt auf, dass die Redaktion nicht die nationalstaatliche Herkunft oder die regionale Verortung nennt. Die Redaktion präferiert in diesem Fall, die Guerilleros als „indianisch“ zu bezeichnen. Nach heutigen Maßstäben kann dies als diskriminierende, jedenfalls als veraltete Bezeichnung eingestuft werden. Die „taz“, ein gesellschaftspolitisch linksliberales Medium, ist dafür bekannt, auf Sprachsensibilität zu achten, insbesondere in Anbetracht des Umganges mit gesellschaftlich marginalisierten Gruppen. Nichtsdestotrotz wählt die Redaktion bei diesem Text mit ‚indianische‘ einen veralteten Ausdruck. Kann der „taz“-Redaktion somit eine rassistische Berichterstattung attestiert werden? Was es hier sicherlich zu berücksichtigen gilt und somit ein entscheidender Faktor ist, ist die Sprachentwicklung seit 1994 und die damit einhergehende Sensibilisierung.

Welchen Ausdruck wählten die Zapatistas selbst? Subcomandante Marcos wählte im ersten Interview mit der italienischen Zeitung „L’Unità“ Anfang Jänner 1994 die Selbstbezeichnung „ethische Gruppe der Tzotzil-, Tzeltal-, Chol-, Tojolabal-, Mames- und Zoque-Indianern“ in der deutschen Übersetzung. (Im spanischen Original: „indios tzotziles, tzeltales, choles, tojolabales, mames y zoques.“) (EZLN, 1, 1994e). Subcomandante Marcos spricht im spanischen Originaltext von Indios (EZLN, 1994b). Im Jahr 2022 wäre „Indianer“ auf Deutsch definitiv eine unzeitgemäße, politisch unkorrekte Bezeichnung.

Im gesamten „taz“-Artikel kommen außerdem folgende Bezeichnungen vor: „Bewaffnete Indios und Bauern“, „indianische Bauern“, „Rebellen“, „Rebellenheer“ und „zapatistische Rebellen“. (taz, 1994) In der Zwischenüberschrift des „taz“-Artikels von 1994 steht nicht nur „indianisch“, sondern auch Guerilleros. Eine Sprachfigur wird

projiziert die viele historisch aufgeladene Bilder in sich trägt. Die Bezeichnung Guerilleros kreiert einen kämpferischen Impetus. Im Deutschen wird einer*m Guerilla in politisch linken Kreisen eher eine gute Absicht unterstellt im Vergleich zur*m Aufständischen oder Terrorist*innen. Von der bewusst gewählten wiederholten Bezugnahme auf historisch bedeutsame südamerikanische Freiheitskämpfer*innen (Siehe 5.1), also Guerillera*os, als PR-Strategie der EZLN kann ausgegangen werden. (Kerkeling, 2012, 132; Huffscheid, 2004, 236)

Teile der südamerikanischen Geschichtserzählung stehen in der Tradition von Menschen, die zum Mythos für einen bestimmten Krieg geworden sind. Diese Geschichtserzählungen sind oft in Zusammenhang mit dem nationalen Mythos der Erlangung der staatlichen Souveränität in Verbindung zu setzen. Als überragende Beispiele können hier Emiliano Zapata (1879 - 1919), Ernesto Che Guevara (1928 – 1967), Fidel Castro (1926 – 2016) oder Simón Bolívar (1783 – 1830) genannt werden. In diesem Zusammenhang ist die Bildsprache der Zapatistas und deren Symbolik interessant. Im nächsten Abschnitt soll zum Thema gemacht werden, welche Botschaften die Zapatistas an zivile Akteur*innen gesandt haben.

5.2.3 Bildsprache der Zapatistas

Die Apelle, die sich sowohl an die internationale und nationale Zivilgesellschaft richteten, lauteten: „Wir brauchen eure Unterstützung. Wir haben einen gemeinsamen Feind. Wir sind militärisch unterlegen, umso mehr brauchen wir euch. Bitte werdet aktiv und schließt euch unserer Sache an. Werdet Teil von unserer nach Freiheit, Demokratie und Menschenrechten strebenden Bewegung.“ (Huffscheid, 2004, 46)

Die Bildsprache wurde so gestaltet (vermutlich wurde bewusst eine PR-Strategie gewählt bzw. ist sie mitgewachsen), dass sie mit den Mythen der Revolutionen der Vergangenheit kokettiert. Beispiele für die revolutionär aufgeladenen Symboliken sind der rote Stern, die Sturmhaube (auf Spanisch: pasamontaña) oder die gesamte Figur des Subcomandante Marcos bei öffentlichen Auftritten.



Abbildung 13: „Subcomandante Marcos mit Sturmhaube“ (Videolan, o.J.)

Subcomandante Marcos (Abb. 10, 11 und 13) verkörpert in seiner medialen Inszenierung den starken, widerständigen und selbstverständlich männlichen Freiheitskämpfer. Bilder ohne Maske gibt es von ihm kaum. Die Reportagen der Massenmedien waren geprägt durch seine Figur. Die weltweite mediale sowie zivilgesellschaftliche Resonanz, die damit erzeugt wurde, spricht für den Erfolg dieser PR-Strategie. Dem bietet, wie andere Medien auch, die „taz“ eine mediale Plattform, deren Inhalte von ihrem Publikum, ihrer Leser*innenschaft, mit Interesse verfolgt wurde. Sie beeinflusste somit die deutsche Zivilgesellschaft, indem sie den Zapatismus zum Diskursobjekt machte und damit zur Diskursmacht verhalf. Die Zapatistas und ihre Forderungen und Bedürfnisse als menschliche Subjekte wurden wahrgenommen.

Das folgende Beispiel zeigt, wie die Redaktion der „taz“ einen gewissen Rahmen, in dem der Diskurs stattfindet, vorgibt. Damit wird auch festgelegt „welche Aspekte eines Sachverhalts relevant und welche irrelevant für eine Bewertung sowie anschließende

Handlungsentscheidungen bezüglich eines Sachverhalts sind“ (Geiß, Schemer, 2015, 310).

So ein Framing bedeutet, „einige Aspekte einer wahrgenommenen Realität auszuwählen und sie in einem Text so hervorzuheben, dass eine bestimmte Problemdefinition, kausale Interpretation, moralische Bewertung und/oder Handlungsempfehlung für den beschriebenen Gegenstand gefördert wird“ (Entman, 1993, 52). Inhalt der Framingforschung ist es u.a., sich mit den Interessensgruppen auseinanderzusetzen und zu untersuchen, wie diese nicht nur um die Deutungshoheit ringen, sondern auch versuchen ihre eigenen ‚Frames‘ in die Berichterstattung einzuspielen. In weiterer Folge wird sich auch damit befasst, wie sich diese ‚Frames‘ wiederum auf die Wahrnehmung und Bewertung der Sachverhalte in der Bevölkerung auswirken. (Geiß, Schemer, 2015, 310-311) Die „taz“ unterscheidet sich in ihrer Berichterstattung diametral von anderen Zeitungen:

In San Cristóbal hatte der Aufstand damit begonnen, daß die Indianer den Justizpalast in Brand gesteckt hatten. Anschließend besetzte eine Gruppe der Rebellen das Rathaus und richtete in dem Gebäude schwere Verwüstungen an. Später nahmen sie in Apotheken und Lebensmittelläden Umverteilungen vor.
(taz, 1994, 1)

Die Redaktion der „taz“ schilderte in diesem Absatz die Geschehnisse des Aufstands. Brandstiftung und Verwüstungen sind übliche Begriffe in Zusammenhang mit rebellischen Aufständen in den Medien. Der Terminus „Umverteilung“ (taz, 1994, 1) allerdings bricht völlig mit der gewohnten Berichterstattung. Dieses Wording impliziert, dass das Verhalten ein gerechtes Vorgehen der Ausführenden gewesen sei und spielt auf die ungleichmäßige Verteilung von Besitz und Gütern an. Die Ungleichheitsverhältnisse mit zu berücksichtigen, ist für die Leser*innen nicht nur ungewohnt, sondern sie führt in diesem Fall auch zum Abschwächen der Straftat der aufständischen Zapatistas. Es ist schlichtweg unorthodox, dass „Umverteilungen“ und eben nicht Plünderungen im Zusammenhang mit Aufständen und Aneignung genannt werden, wie es zum Beispiel die Nachrichtenagenturen, auf die sich die in der „FAZ“ bezog, verlautbarten:

Beobachter berichteten, die Aufständischen hätten in den Ortschaften Geschäfte geplündert, Büros der Regierung gestürmt und verwüstet und auf den Straßen Akten verbrannt. (Reuters/AP/AFP, 1994, 3)

Aus der Verwendung des Terminus Umverteilung kann ein gewisses Framing abgeleitet werden, das vom ideologischen Mainstream abweicht. Die „taz“ ist laut Selbstdefinition ein politideologisch positioniertes Medienhaus. Die Zeitung steht offen zu ihrer linken politischen Ausrichtung. Sie definiert sich sehr durch ihre genossenschaftlichen Strukturen, welche sie unabhängiger von Werbungsinseraten macht. (taz, 2022)

Dieser medial ausgetragene Kampf um die Deutungshoheit der Geschehnisse nach dem Aufstand der Zapatistas zeigt den Interpretationsspielraum in der Produktion von Narrativen. Die „taz“ veröffentlichte 25 Artikel zum Aufstand in Chiapas im Jänner 1994. (Siehe Kapitel 5.1.1)

Die Rebellen nennen sich „Ejército Zapatista de Liberación Nacional“, EZLN, „Zapatistisches Nationales Befreiungsheer“, und riefen ihre Anhänger dazu auf, mit ihnen nach Mexico City zu marschieren. (taz, 1994, 1, Herv. i. O.)

Anders als im „Der Standard“-Artikel, wo die „Indianerbevolkerung“ adressiert wurde, sieht die Redaktion der „taz“ die Anhänger*innen als die zu mobilisierenden Akteur*innen. Das ist insofern interessant als kaum jemand in der mexikanischen Zivilgesellschaft von der EZLN wusste. Nur dem mexikanischen Geheimdienst wird nachgesagt, eine leise Vorahnung über Aktivitäten in den lakandonischen Regenwäldern gehabt zu haben, aber diese in ihrer konkreten Ausformung gänzlich unterschätzt zu haben. (Kerkeling, 2003, 132) Im Großen und Ganzen war die EZLN für die mexikanische Öffentlichkeit bis zum Jänner 1994 völlig unbekannt.

In Verlautbarungen äußerten die Aufständischen, ihre Rebellion richte sich gegen die Regierung in Mexiko-Stadt. Diese kümmere sich nicht darum, „daß wir absolut nichts besitzen, keine Wohnung, kein Land, keine Arbeit, keine Bildungseinrichtung“, hieß es in Verlautbarungen. Sie wollen nach eigenen

Angaben Ortschaften mit einer Indianerbevolkerung "befreien" und schließlich bis in die Hauptstadt Mexikos vorrücken. (Reuters/AP/AFP, 1994, 4, Herv. i. O.)

Die „FAZ“ und „Der Standard“ berichteten über eine angebliche Befreiung der Indianerbevolkerung. Beide Tageszeitungen übernehmen sehr wahrscheinlich ein Narrativ, das die internationalen Nachrichtenagenturen geschaffen haben. Die aufständischen Zapatistas wurden als marginalisierte Außenseiter*innen dargestellt, deren Aufbegehren von Beginn an zum Scheitern verurteilt war. Umso beachtlicher ist es, dass die zapatistische Autonomie bald 30 Jahre später noch existiert. Es ist kein Zufall, dass in Zusammenhang mit den Zapatistas in den ersten Artikeln nicht von Mexikaner*innen gesprochen wird, denn das ‚Indianertum‘¹² machte in der Berichterstattung die Staatsbürger*innenschaft obsolet. ‚Indianertum‘ stand und steht heute noch für das Rückständige und/oder Traditionelle wohingegen Staatsbürger*innenschaft das Moderne und/oder Menschenrechte verkörpert. Die Pueblos originarios sind nicht Teil dieser konstruierten Moderne und in der Berichterstattung zeigt sich deren Exklusion.

Auch im nächsten Unterkapitel werden die Zeitungsartikel nicht mehr vorrangig chronologisch analysiert, sondern die politökonomische Darstellung rückt in den Fokus und liegt u.a. auf Mustern, Strategien und Mechanismen der Beeinflussung der Massenmedien.

¹² Der rassistische Begriff ‚Indianertum‘ wurde von mir gewählt, um auf das rassistische Wissen aufmerksam zu machen.

5.3 Neoliberale Narrative in der Berichterstattung

Der Kontext in dem die Zapatistas ihren Aufstand vornahmen wurde bereits in Kapitel 4 erörtert. Die Forschungsfrage, die sich für das vorliegende Kapitel stellt, ist: Wie wurde der Aufstand der Zapatistas in ökonomischer Hinsicht verhandelt?

Ein signifikantes Beispiel für neoliberale Framing wurde in der „FAZ“ abgedruckt (Abb.14). Die „FAZ“ publizierte am 05.01.1994 einen Artikel mit dem Titel „Indianer-Crash in Mexiko“. (FAZ, 1994b) (Siehe Abbildung 15) Die Nachrichtenagentur, die die Informationen dafür lieferte, war die britische Reuters. Reuters war damals schon ein privatwirtschaftlich organisiertes Unternehmen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.01.1994, Nr. 3, S. 15

"Indianer-Crash" in Mexiko

MEXICO-CITY, 4. Januar (Reuter). Mexikanische Aktien haben mit einem Kurseinbruch auf den Indianeraufstand im süd mexikanischen Bundesstaat Chiapas reagiert. Analysten berichteten, daß ausländische Investoren mit Verunsicherung auf die Nachrichten reagiert hätten. Viele nahmen dies zum Anlaß für Gewinnmitnahmen nach dem langanhaltenden Kursanstieg der mexikanischen Titel im vergangenen Jahr. "Die gewalttätigen Unruhen mit rund 100 Toten haben die sozialen Spannungen innerhalb Mexikos und damit die Risiken für Kapitalanleger offenbart", hieß es in einem New Yorker Brokerhaus. Mexiko war im vergangenen Jahr eine beliebte Schwellenlandbörse für internationale Anleger, zumal das nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta für die mexikanische Wirtschaft völlig neue Perspektiven eröffnete. Sogar auf Dollarbasis waren mexikanische Aktien 1993 im Durchschnitt um 44 Prozent gestiegen.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Abbildung 14: „Indianer Crash FAZ“. Die „FAZ“ verwendete in der Abbildung fälschlicherweise die Bezeichnung „Reuter“, aber die Nachrichtenagentur heißt Reuters. (FAZ 1994b)

Die Überschrift „Indianer-Crash in Mexiko“ ist aussagekräftig und lässt den rassistischen Bias des Artikels erahnen. Schon in der Überschrift klärt sich die Schuldfrage sowie wer der*die Täter*in und wer das Opfer in diesem Szenario ist. Die mageren Quellenangaben des Artikels sind beispielhaft für tendenziösen und anti-investigativen Journalismus. Die Redakteur*innen der Nachrichtenagentur Reuters fungierten als Autor*innen und zwar ohne einen Namen zu nennen. Die „FAZ“ hat den Artikel ohne Korrekturen übernommen. Die Botschaft des Artikels ist ganz klar ersichtlich. Die „Indianer“ sind mit ihrem Ungehorsam schuld an der Verunsicherung an den Börsen. Das nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) wird auch erwähnt. Es ist positiv besetzt und wird ausschließlich als Perspektiven öffnend dargestellt.

Die Darstellung von NAFTA in den verschiedenen Berichten wird im Folgenden im Fokus stehen, weil sie gut geeignet ist, um Kontinuitäten in der neoliberalen ökonomischen Berichterstattung aufzuzeigen. Im nächsten Abschnitt werden zunächst die im „FAZ“-Artikel vom 4. Jänner 1994 genannten Quellen genauer untersucht, um den inhärenten mysteriösen und verschleiernenden Charakter aufzuzeigen.

5.3.1 Verschleierte Quellen

Die erste Quelle, die im „FAZ“ Artikel vom 4. Jänner 1994 erwähnt wird, ist die Nachrichtenagentur Reuters.

MEXICO-CITY, 4. Januar (Reuter). [sic!]
(FAZ, 1994b)

Die Eigentumsverhältnisse und die Hintergründe der Agentur wurden im Kapitel 2 zu den Nachrichtenagenturen näher beleuchtet. Unklar bleibt hier, wer den Artikel verfasst hat, weil die Person anonym bleibt. Die Verschleierung der Autor*innen ist bei Nachrichtenagenturen üblich.

Die zweite und die dritte Quelle werden hintereinander in folgendem Satz erwähnt.

Analysten berichteten, daß ausländische Investoren mit Verunsicherung auf die Nachrichten reagiert hätten. (FAZ, 1994b)

Die beiden als Quellen fungierenden Akteur*innen in diesem Satz sind einerseits die „Analysten“ und andererseits die „ausländische[n] Investoren“. Die Namen der Analyst*innen bleiben unbekannt und auch die Nationalität bleibt unerwähnt. Selbst bei den ausländischen Investor*innen bleibt unklar, um wen es sich tatsächlich handelt. Es scheint wichtig zu sein, dass es sich um nicht-mexikanische Investor*innen handelt, sondern eben um ausländische. Die Vermutung liegt nahe, dass öffentlicher bzw. politischer Druck entstehen soll. Die Angst vor dem Verlust des Vertrauens des ausländischen Kapitals widerspricht dem Bild Mexikos als einer aufstrebenden Nationalökonomie.

In der Überschrift „Indianer Crash in Mexiko“ wird mit dem Wort „Crash“ ein Sprachbild erzeugt, das Angst macht. (FAZ, 1994b) Die Leser*innen sollen wohl den Eindruck gewinnen, dass etwas Gefährliches im Gange ist, vor dem Menschen sich fürchten müssen. Wenn die Hauptwörter in dem ersten Satz hervorgehoben werden, dann zeigt sich folgende Abfolge: Aktien-Kurseinbruch-Indianeraufstand-Bundesstaat-Chiapas. In der Mitte der Wörterreihe steht der ‚Indianeraufstand‘. Auf der emotionalen Ebene löst der Zusammenhang der Botschaft vermutlich Verunsicherung und Angst bei den Leser*innen aus. Das Narrativ, dass dieser gefährliche Zustand die Folge des Aufstandes der Zapatistas ist, wird konstruiert. Auf der politökonomischen Ebene wird das Bild konstruiert, dass die vorherrschende politische Hegemonie für Sicherheit und Stabilität sorgt. Die wenig subtile Botschaft lautet, dass Revolution zu Angst und Schrecken führt. Die folgende Textsequenz des „FAZ“ Artikel von 4. Jänner 1994 weist einige Kontinuitäten bzw. eine Diskontinuität auf.

„Die gewalttätigen Unruhen mit rund 100 Toten haben die sozialen Spannungen innerhalb Mexikos und damit die Risiken für Kapitalanleger offenbart“, hieß es in einem New Yorker Brokerhaus. (FAZ, 1994b 1, Herv. i. O.)

Die vierte angesprochene Quelle ist das New Yorker Brokerhaus. Das Muster der Anonymisierung der Quellen bleibt kontinuierlich aufrecht. Eine Besonderheit und somit eine Diskontinuität ist, dass diesmal eine räumliche Verortung vorgenommen

wurde. New York liegt weder in Mexiko, wo der Aufstand stattgefunden hat, noch in Deutschland, dem Erscheinungsort der Zeitung. New York und damit auch die USA werden zum Zentrum der ökonomischen Wissensproduktion stilisiert. Die Asymmetrie und die Hierarchie in der globalen Informationsarchitektur und in der Finanzwirtschaft wird auf anschauliche Weise sichtbar. Wenn die Botschaft lautet, der Wirtschaftsstandort Mexiko verliert an Vertrauen an den Finanzmärkten und die Börsen reagieren, dann wird die mexikanische Regierung zu einer Gegenreaktion gezwungen.¹³

Summa summarum ist keine einzige Quelle des Artikels überprüfbar und deswegen als seriös einzuschätzen. Zusätzlich weist der Artikel einen klaren rassistischen bzw. neoliberalen Bias auf. Faktum ist zwar, dass sich in sprachlicher Hinsicht seit 1994 viel geändert hat, nichtsdestotrotz ist das Narrativ, welches hier bespielt wurde, selbst wenn es bald dreißig Jahre her ist, problematisch. Aus heutiger Sicht wirkt es verwunderlich, dass der Artikel in dieser Form in der „FAZ“ erscheinen konnte. Eine Erklärung dafür könnte das Datum der Publikation des Artikels Anfang Jänner darstellen. Die Situation war unübersichtlich, da noch wenige Journalist*innen wirklich in Chiapas vor Ort präsent waren. Die Medien standen unter Druck, so schnell wie möglich zu berichten, damit sie in der um Aufmerksamkeit konkurrierenden Branche nicht ins Hintertreffen gerieten. Dieses Phänomen hat sich seit 1994 durch Online Medien sicherlich noch um ein Vielfaches verstärkt. Die Nachrichtenagenturen haben aufgrund ihrer globalen Präsenz und der Größe des Korrespondent*innen – Apparats die Möglichkeit, die ersten Berichte zu verfassen und den diskursiven Raum vorzubereiten. Viele Medien übernehmen dann die Inhalte der Nachrichtenagenturen, ohne dass die eigene Redaktion sie – auch aufgrund von Zeitknappheit – überprüfen konnte. Die detaillierten Effekte auf die Berichterstattung zu untersuchen sprengt allerdings den Rahmen dieser Masterarbeit.

Das folgende Zitat aus dem „FAZ“ Artikel leitet zum nächsten Kapitel über, dass sich vor allem mit NAFTA beschäftigt.

¹³ Die Nachrichtenagentur Reuters hatte damals ihren Sitz in den USA. Generell hat keine der großen Nachrichtenagenturen ihren Sitz außerhalb der Staatsgebiete von NATO-Mitgliedsstaaten. (Siehe Kapitel 2)

Mexiko war im vergangenen Jahr eine beliebte Schwellenlandbörse für internationale Anleger, zumal das nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta für die mexikanische Wirtschaft völlig neue Perspektiven eröffnete. Sogar auf Dollarbasis waren mexikanische Aktien 1993 im Durchschnitt um 44 Prozent gestiegen. (FAZ, 1994b)

5.3.2 Der Diskurs um NAFTA

Die Argumente bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung Mexikos wiederholen sich in einigen der detailliert analysierten Artikel. Repetitiv wird als Folge des Aufstandes die Gefahr des Rückgangs des angeblichen mexikanischen Aufschwungs erwähnt. Im folgenden Abschnitt werden anhand von Beispielen aus der Berichterstattung aus „FAZ“, „taz“ und „Die Zeit“ die darin vorkommenden wirtschaftspolitischen Narrative untersucht.

Zuvor wird beleuchtet, welche Auswirkungen das nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) für die ländliche Bevölkerung der Pueblos originarios hatte. NAFTA (North American Free Trade Agreement) wurde 1994 ratifiziert. Es wurde zwischen Mexiko, Kanada und den USA abgeschlossen und kann als Höhepunkt der mexikanischen Neoliberalisierung gelten. Die Auswirkungen des Abkommens waren für die mexikanischen Kleinbäuer*innen dramatisch, da sie massiv unter ökonomischen Druck gesetzt wurden und in weiterer Folge ihre Existenz bedroht war. Demzufolge war es kein Zufall, dass die Zapatistas für ihren Aufstand bewusst den 1. Januar 1994, den Tag, an dem NAFTA in Kraft trat, wählten. Dies zeugt vom Einfluss, den das Abkommen auf das Entstehen der Zapatistas und die Eskalation der Lage in Chiapas hatte. (Krause-Solberg, 2018, 41)

Eine konkrete Auswirkung von NAFTA war die Privatisierung des ehemals kommunalen Landes, der Ejidos. 1960 waren in Mexiko noch 24% des landwirtschaftlich genutzten Bodens Ejidos. (Kerkeling, 2012, 80) 1992 wurde der in der Revolution von Emilio Zapata 1917 erkämpfte Artikel 27 der mexikanischen Verfassung wieder abgeschafft. Der Artikel besagte, „dass der Staat das Recht habe, privaten Landbesitz zu enteignen, um ihn an landlose und landarme Bauern zu

verteilen“ (Roesler, 2011, 1). Im selben Zug wurden die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen der Implementierung des NAFTA Abkommens geschaffen. Dies bedeutete für die mexikanischen Kleinbäuer*innen einen verheerenden Verlust, weil Ihre wichtigste Lebensgrundlage, das Ejido-Land, nicht mehr unter staatlichem Schutz stand. (Krause-Solberg, 2018, 41) Ejido-Landstücke wurden privatisiert und dadurch kommodifiziert. Das war eine Voraussetzung für den ‚privilegierten‘ und abgesicherten Zugang Mexikos zum US-amerikanischen Produktmarkt und der Deregulierung der Auflagen für Auslandsinvestitionen. (Kerkeling, 2012,80)

Die Auseinandersetzung mit NAFTA in der wirtschaftsliberalen „FAZ“ und in der systemkritischen „taz“, sowie in der Wochenzeitung „Die Zeit“ wird Inhalt der nächsten Unterkapitel sein. Wie bereits erwähnt hatte das Abkommen massive Folgen für die Lebensgrundlage der Pueblos originarios in Mexiko und ist deswegen ein spannender Analyseaspekt.

NAFTA in der „FAZ“

Peter Schilder, ein studierter Theologe und langjähriger Mitarbeiter der „FAZ“ und Octavio Paz, ein mexikanischer Literaturnobelpreisträger, haben beide einen Kommentar über den Aufstand der Zapatistas in der „FAZ“ geschrieben. Folgende Ausschnitte der Artikel sollen Blitzlichter auf die ideologische Positionierung der Autoren werfen. Peter Schilder schreibt am 10.01.1994 einen Artikel mit der Überschrift „Mit harter Hand in Mexiko. Der Aufstand der Indios – Schaden für das Ansehen des Landes“.

Zunächst folgt ein Textausschnitt von Peter Schilder aus der „FAZ“ vom 10.01.1994:

Die sechsjährige Amtszeit des Staatspräsidenten Salinas de Gortari geht zu Ende. Er hat das Land aus einer wirtschaftlich desolaten Lage herausgeführt und vielversprechende Perspektiven eröffnet. Er hat eine grundlegende Umschuldung zustande gebracht und eine umfassende Wirtschaftsreform eingeleitet. Die Staatsverschuldung konnte zurückgedrängt, die Preise konnten stabilisiert werden. Von Anfang an hatte Salinas dabei die Vereinigten Staaten im Blick, mit denen Mexiko etwa 70 Prozent seines Außenhandels abwickelt.

Das Freihandelsabkommen Nafta schafft jetzt eine vertragliche Grundlage dafür und soll neue Chancen eröffnen. (Schilder, 1994, 1)

Peter Schilder bescheinigt dem Präsidenten Salinas de Gortari (Amtszeit: 1988 – 1994) eine gelungene Performance in wirtschaftspolitischen Agenden. In der Regierungszeit von Salinas de Gortari hat eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) pro Kopf von ca. 2000 Dollar im Jahr 1988 auf über 5500 Dollar im Jahr 1994 stattgefunden. (BIPproKopf, 2022)

Die Pueblos originarios im Süden Mexikos, die von kleiner Landwirtschaft leben, konnten jedoch kaum von dem Wirtschaftsaufschwung profitieren. Sie wurden hingegen durch die Privatisierung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens ärmer. Peter Schilder attestiert dem Freihandelsabkommen NAFTA Potenziale, der mexikanischen Wirtschaft Auftrieb zu verleihen. In dieselbe Kerbe schlägt Octavio Paz in seinem Artikel mit dem Titel „Die Schlinge von Chiapas“ am 10. Jänner 1994 in der „FAZ“.

Sie haben einen zum Scheitern verurteilten Aufstand angeführt, doch der Schaden, den sie der Nation zugefügt haben, ist unabsehbar. Sie haben das internationale Ansehen Mexikos beschädigt; längst sind wir Gegenstand von Spekulationen und schnellen Verurteilungen in der Weltpresse. Sie haben Zweifel an unserer Wirtschaft gesät, ausgerechnet jetzt, da das Freihandelsabkommen (Nafta) in Kraft tritt (die Börse hat den Schlag sofort gespürt). (Paz, 1994, 1)

Für ihn war das Freihandelsabkommen NAFTA ein wegweisendes Wirtschaftsprojekt und relevant für die ganze mexikanische Volkswirtschaft. (Paz, 1994) Seiner Einschätzung nach ist durch den Aufstand der Zapatistas die Entwicklung der mexikanischen Wirtschaft in Gefahr und als Beweis dafür dient der Einbruch der Börsenkurse. Octavio Paz sieht das internationale Ansehen, aufgrund der „Spekulationen und schnellen Verurteilungen in der Weltpresse“ (Paz, 1994), bedroht und dadurch die gesamte mexikanische Volkswirtschaft in Gefahr. Ein Paradoxon, denn was ihn besorgt, sind nicht die Spekulationen der Akteur*innen auf den internationalen Börsen, die dafür verantwortlich sind, dass die mexikanischen Wertpapiere unter Druck geraten. In seiner Logik sind die vom Aufstand der Zapatistas

inspirierten Spekulationen der internationalen Presse die hauptsächliche Gefahr. Octavio Paz ist besorgt um den Ruf des Landes im Ausland. Menschen im globalen Norden verbinden mit Mexiko infolge der medialen Berichterstattung seit Jahrzehnten organisierte Kriminalität. Dies war auch schon vor dem Jahre 1994 der Fall. Dennoch diagnostiziert Octavio Paz, in der Auslandsberichterstattung über die Zapatistas liege der Hund begraben. Seinem Gedanken folgend haben die Zapatistas mit dem Aufstand der gesamten mexikanischen Nation nachhaltigen Schaden zugefügt. (Paz, 1994)

Der Korrespondent Walter Haubrich, der drei Kommentare zu dem Aufstand in Chiapas im Jänner 1994 geschrieben hat, äußert sich in dem Artikel mit dem Titel „Das Signal von Chiapas“ am 19.01.1994 wie folgt in der „FAZ“.

Den Campesinos im Süden Mexikos wurden mit dem Freihandelsabkommen (Nafta) garantierte Mindestpreise für ihre Erzeugnisse genommen. Das Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten und Kanada ist sicher ein großer Erfolg der mexikanischen Regierung und dürfte die wirtschaftliche Entwicklung des Landes beschleunigen. (Haubrich, 1994b, 2)

Walter Haubrich anerkennt die problematische Situation der, wie er sagt, Campesinos in Chiapas in dem er den Verlust der Preiskontrolle anspricht. Sein Argument, warum NAFTA für die von Landwirtschaft lebenden Bevölkerung ein Problem ist, verfehlt aber die wirkliche Bedrohungslage deutlich. Die sinkenden Mindestpreise waren zwar problematisch aber tatsächlich ein Nebenschauplatz. Weitaus relevanter war hingegen die Aneignung von Grund und Boden durch die reichen Großgrundbesitzer*innen infolge einer Gesetzesnovelle im Zuge der Verhandlungen für NAFTA im Jahr 1991. (Kerkeling, 2012, 80) Walter Haubrich lobte das Freihandelsabkommen, auch wenn die Mindestpreissicherung für die ‚Campesinos‘ gefallen ist, als großen Erfolg und spricht von ökonomischem Wachstum für den ganzen Staat. Wiederholt erwähnte er in seinen Berichten die positive wirtschaftliche Entwicklung Mexikos unter dem Präsidenten Carlos Salinas de Gortari. (Haubrich, 1994b, 2)

Viele Mexikaner glaubten, sie könnten mit einem großen Sprung aus der Dritten in die Erste Welt gelangen. Das war ein Irrtum. Die Verantwortlichen in

Lateinamerika, auch die Regierungen der wohlhabenderen Länder wie Argentinien, Chile, Venezuela oder auch Mexiko, sollten nicht vergessen, daß große Teile ihrer Völker noch in tiefer Rückständigkeit leben. Trotzdem muß man die Bemühungen zahlreicher Regierungen, den Rückstand aufzuholen, anerkennen. (Haubrich, 1994c, 3)

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die Lebensweise der Pueblos originarios als nicht mehr zeitgemäß angesehen wird. Die Rückständigkeit des traditionellen Mexikos muss überwunden werden (Haubrich, 1994b) Die Überwindung der traditionellen Lebensweise ist eine Notwendigkeit für die ökonomische Entwicklung des Staates, damit dieser „zu einem Vollmitglied im Klub moderner Industriestaaten“ werden kann. (Haubrich, 1994b) Ein Bild wird kreiert, das die Alternativlosigkeit der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen sowie der Campesinos impliziert. Das ist der Versuch, die Ausbeutung zu legitimieren und dadurch tolerabel erscheinen zu lassen und sich dabei aber doch als sozialkritisch bedacht zu positionieren.

Die Berichterstattung in der „FAZ“ ist in ihrer ideologisch, konservativen Ausrichtung dementsprechend einem wirtschaftsliberalen Bias unterworfen. Das zeigt sich etwa deutlich in der Berichterstattung über den Aufstand in Chiapas. Die mediale Darstellung der „FAZ“ versucht, den Aufstand der EZLN als die Ökonomie schädigend zu beschreiben. Ein Paradoxon, wenn man den Argumentationslinien der EZLN folgt, da doch das Freihandelsabkommen NAFTA den Kleinbäuer*innen in Chiapas die letzte Lebensgrundlage, Ackerland, entzogen hat.

Die politische Positionierung der konservativen „FAZ“ zu diesem Thema ist klar: NAFTA ist in erster Linie eine Chance für den Wirtschaftsstandort Mexiko (Walter Haubrich, 1994c, 2; Schilder, 1994, 1). Der Aufstand der Zapatistas war moralisch und ökonomisch verwerflich (Paz, 1994; Schilder, 1994). Der Aufstand gefährdete den Wirtschaftsaufschwung Mexikos. Die Chancen Mexikos, vom Schwellenland zum ‚Erste Welt‘ Land aufzusteigen, wurden dank der Zapatistas stark gebremst. Der Außenhandel mit den USA war der entscheidendste Faktor für die Prosperität. Die Kleinbäuer*innen kommen wegen der Preisreduktion durch NAFTA unter Druck. Die neoliberale Fiskalpolitik des Präsidenten Salinas de Gortari führte zu Wachstum und

mehr Wohlstand in Mexiko. Diese Kernbotschaften ziehen sich wie ein roter Faden durch die Berichterstattung in der „FAZ“.

NAFTA in der „taz“

Die inhaltliche Berichterstattung in der „taz“ ist aus politideologisch, linker Positionierung der Zeitung anders. 24 Texte wurden in der „taz“ im Jänner 1994 über die Vorkommnisse in Chiapas geschrieben. Grundsätzlich spielen dabei ökonomische Argumente eine untergeordnete Rolle. Das Freihandelsabkommen NAFTA wird nur in drei Artikel explizit erwähnt. Der erste Artikel wurde am 04.01.1994 veröffentlicht. In folgendem Ausschnitt des Artikels wird der Bezug zu NAFTA hergestellt:

Die Zapatisten wenden sich auch gegen den am Neujahrstag in Kraft getretenen Vertrag über die Bildung einer Nordamerikanischen Freihandelszone (Nafta) mit den USA und Kanada. Genau eine halbe Stunde nach Inkrafttreten der Vereinbarung knallte es – im äußersten Süden dieser neuen Nordamerikanischen Freihandelszone [sic!] – zum ersten Mal. (taz/AP/dpa, 1994, 1)

Der erste Artikel schuf einen direkten Zusammenhang zwischen dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens und dem Aufstand der Zapatistas. Es wurde eine geografische Verortung vorgenommen und die Nationalstaaten, die im Freihandelsabkommen involviert sind, wurden erwähnt. Die Quellenangabe des Artikels deutet daraufhin, dass „taz“ Journalist*innen den Artikel, auf Basis von Meldungen der Nachrichtenagenturen AP und dpa, verfasst oder zumindest bearbeitet haben. In dem Artikel wird die Erklärung der EZLN (EZLN,1993) zitiert und auf den Verfassungsartikel 39 reklamiert, der folgendes besagt:

Alle Staatsgewalt kommt vom Volke und dient seinem Wohlergehen. Das Volk hat zu jeder Zeit das unveräußerliche Recht, die Form seiner Regierung zu wechseln oder zu ändern. (taz/AP/dpa, 1994, 1)

Ein zweiter Artikel wurde vom AFP Journalisten Gerardo Tena geschrieben. Ein Ausschnitt des Artikels veranschaulicht, wie der Journalist auf das Freihandelsabkommen NAFTA anspielt.

Der mit Jahresbeginn in Kraft getretene Freihandelsvertrag zwischen Mexiko, den USA und Kanada (Nafta), der den transnationalen Unternehmen Tür und Tor öffnet, droht jetzt die letzten Refugien der Minderheiten den Gesetzen des Marktes auszuliefern. „Nieder mit Nafta, es lebe die Freiheit“, stand in San Cristóbal de las Casas an die Wände gesprüht. (Tena, 1994,1, Herv. i. O)

Gerardo Tenas Artikel in der „taz“ hat die Überschrift „Gerechter Krieg‘ gegen die Erben der Eroberer“ (Tena, 1994). In diesem Artikel werden die Dynamiken, die NAFTA ausgelöst hat, als bedrohlich gegenüber der Bevölkerung bewertet. Gerardo Tena sah durch NAFTA die kleinbäuerlichen Existenzen der marginalisierten Pueblos originarios in Gefahr, weil die Kleinbäuer*innen ihre Böden wegen der veränderten Gesetzeslage an Großgrundbesitzer*innen abtreten mussten Diese Rechtfertigung für den Aufstand findet sich auch im Kommuniqué der Zapatistas. (EZLN,1993) Im Unterschied zu allen analysierten Artikeln in der „FAZ“ steht in dem „taz“ Kommentar das Narrativ der Zapatistas im Mittelpunkt. Die Argumente des Autors überschneiden sich vielfach mit den Begründungen der EZLN. Dies lässt darauf schließen, dass er sich auch mit der Lebensweise intensiver auseinandergesetzt hat. (Tena, 1994)

Anne Huffscheid, die 2004 ein Buch über die Zapatistas im Spiegel der weltweiten Öffentlichkeit veröffentlicht hat, schrieb im Jänner 1994 elf Artikel in der „taz“ über den Aufstand der Zapatistas. Sie beschreibt in folgendem Ausschnitt des Artikels vom 08.01.1994 die symbolische Gewichtung der Überschneidung des Zeitpunkts des Aufstands mit dem Inkrafttreten von NAFTA.

Schließlich hatten die Auseinandersetzungen zeitgleich mit dem mit Spannung erwarteten Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (Nafta) begonnen – ein von den Guerilleros durchaus gewollter Zusammenhang, um auf die durch den Pakt „verstärkte Ausbeutung“ der Bevölkerung aufmerksam zu machen. (Huffscheid, 1994h, 2, Herv. i. O.)

Im Zusammenhang mit NAFTA ist von der Auslieferung an die Gesetze des freien Marktes bis hin zur verstärkten Ausbeutung der Bevölkerung zu lesen. (Huffscheid, 1994h) Diese Einschätzung der Auswirkungen des Freihandelsabkommens divergiert freilich gänzlich von der Einschätzung in der „FAZ“. Die wirtschaftspolitische Ausrichtung des jeweiligen Mediums bestätigt die Vorannahmen in diesen Fragen.

Ein großer inhaltlich-qualitativer Unterschied zwischen den Beiträgen von Journalist*innen bzw. Korrespondent*innen, die bei Zeitungsredaktionen angestellt sind, und von Beiträgen von Journalist*innen, die bei Nachrichtenagenturen arbeiten, ist ebenfalls wahrnehmbar. Der offensichtlichste Unterschied ist der Umfang der Berichte. (taz/AP/dpa, 1994; taz, 1994a) So sind die Berichte der Korrespondent*innen wesentlich ausführlicher und die inhaltliche Auseinandersetzung viel tiefergehend im Vergleich. (Schmid, 1994; Huffscheid, 1994b; Huffscheid, 1994f) Eine permanente Konstante der Berichte der Nachrichtenagenturen ist die Verschleierung der Autor*innen durch die Anonymisierung des*der Autor*in. Dies führt in weiterer Folge zur Anonymisierung der Informationsquelle und es verunmöglicht der Öffentlichkeit, Kritik persönlich zu adressieren. Schlicht und ergreifend geht der Allgemeinheit Einfluss auf das Geschriebene abhanden.

Die folgende Parallele kann kein Zufall sein. Ralf Leonhard äußerte sich im „Der Standard“ zu NAFTA fast wortgleich, wie es Gerardo Tena (AFP) in der „taz“ formuliert hat.

Der mit Jahresbeginn in Kraft getretene Freihandelsvertrag (NAFTA) zwischen Mexiko, den USA und Kanada, der den transnationalen Unternehmen Tür und Tor öffnet, droht jetzt die letzten Refugien der Minderheiten den Gesetzen des Marktes auszuliefern. (Leonhard, 1994, 2)

Und zum direkten Vergleich nochmals der entsprechende Ausschnitt aus Tenas „taz“ Artikel:

Der mit Jahresbeginn in Kraft getretene Freihandelsvertrag zwischen Mexiko, den USA und Kanada (Nafta), der den transnationalen Unternehmen Tür und

Tor öffnet, droht jetzt die letzten Refugien der Minderheiten den Gesetzen des Marktes auszuliefern. (Tena, 1994,1)

Die Wahrscheinlichkeit ist sehr hoch, dass Ralf Leonhard den Text von Gerardo Tena übernommen hat, da Tena über eine Nachrichtenagentur (AFP) publiziert hat. NAFTA wird in der weiteren analysierten Berichterstattung des „Der Standard“ dann nicht mehr erwähnt.

NAFTA in „Die Zeit“

Am 14. Jänner 1994 schrieb der deutsche Journalist Christian Wernicke in der „Die Zeit“ über die politökonomische Dimension des Freihandelsabkommens.

So droht, daß nach Mexikos Beitritt in die Nordamerikanische Freihandelszone (Nafta) billige Maisimporte 1.6 Millionen Familien ihre Existenz, ihr Land, rauben. Weil dies auch viele Campesinos in Mexikos Armenhaus Chiapas träfe, hatte der Aufstand am 1. Januar, dem Tag des Inkrafttretens von Nafta begonnen. "Wir wollen Freiheit, nicht Freihandel", pinselte ein Rebell an eine Häuserwand. (Wernicke, 1994, 2, Herv. i. O)

Christian Wernicke nutzte NAFTA als Metapher für den Ursprung bzw. die Initialzündung des Aufstands und übernimmt so das Narrativ der EZLN. Insgesamt schrieb Christian Wernicke zwei ausführliche Berichte über den Aufstand in Chiapas. Der Beitritt Mexikos zur NAFTA nimmt einen zentralen Platz in seinem Artikel vom 14.01.1994 ein. Er argumentierte, dass die Auswirkungen des Freihandelsabkommen problematisch sind. Einerseits, weil der Markt durch billige amerikanische Importe unter Druck geraten ist und andererseits, der Maispreis dadurch sinken würde. Die Existenz von 1,6 Millionen Familien wäre dadurch gefährdet. Die Öffnung des Marktes wegen NAFTA hat dazu geführt, dass die Kleinbäuer*innen in Mexiko aufgrund der billigen Preise der Konkurrenz in eine ökonomische Notlage gerieten, folgerte er.

Das mächtige, das reiche Mexiko scheint die Kompromißbereitschaft der Regierung eher zu verunsichern. Am Montag erlebte die Börse einen schweren Kurssturz. Unternehmervertreter beeilten sich, die Zapatisten als "rein

politisches Problem" zu definieren. Industrielle und Großgrundbesitzer scheuen soziale Kurskorrekturen an Salinas' radikal marktwirtschaftlicher Politik. (Wernicke, 1994, 3, Herv. i. O.)

Christian Wernicke sah die Geldelite des Landes als homogene Gruppe und spricht von deren Verunsicherung aufgrund des Aufstands. (Wernicke, 1994) Die Folge der Verunsicherung wäre ein schwerer Börsensturz vieler in Mexiko gehandelter Wertpapiere. Christian Wernicke folgte der Argumentationslinie, wie viele andere Autor*innen in der „FAZ“, dass die Verunsicherung der Anleger*innen zu einem Börsensturz und somit zu einer Finanzkrise führen wird. (Wernicke, 1994) Somit stellte er einen Zusammenhang zwischen dem Aufstand der Zapatistas und einer nationalen Wirtschaftskrise her. Diese Argumentationslinie wiederholt sich in der Berichterstattung über die Auswirkungen des Aufstands. (Fuentes, 1994; Wernicke, 1994)

In der Analyse zur Frage, wie die Zeitungsartikel das Thema NAFTA behandeln, wird sichtbar, dass es mehrere Perspektiven gab und die Einschätzungen divergierten. Die ideologische Ausrichtung der Zeitung bestimmt die Themensetzung. Diese jeweilige ideologische Verortung zu verlassen, wagte kein*e* Autor*in. NAFTA wird von konservativer Seite zum wohlstandsbringenden Allheilmittel stilisiert und von der progressiven Seite als Ursache für den Aufstand detektiert. „Der Standard“ berichtete gar nicht über das Abkommen bzw. erwähnte es kaum. In der Hamburger „Die Zeit“ wurde NAFTA als Bedrohung für die Campesinos benannt sowie die Angst vor einer Wirtschaftskrise artikuliert.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die deutschsprachigen Massenmedien dem Erinnern an die Verbrechen in der Geschichte, die den Pueblos originarios angetan wurden, kaum Beachtung schenken. Die Kolonialisierung des Kontinents durch die Europäer*innen wird in den Narrativen ausgelassen. Die Kolonisator*innen waren getrieben von Gier auf der Suche nach materiell Verwertbarem, vor allem Edelmetallen. Die systematische Ausrottung der Bevölkerung Mittelamerikas nach Ankunft der Europäer*innen wird nicht erwähnt. Über 90 % der Menschen in Mittelamerika verloren durch die Einschleppung von Krankheiten und Krieg ihr Leben. Die europäische Öffentlichkeit entzieht sich jeder Verantwortung für die Verbrechen.

Die Ausbeutung der Ressourcen wird zum Normalzustand. Durch diese Auslassung wird vermieden, sich in einen Verantwortungsdiskurs zu verstricken. Sie ist kein Zufall, sondern einem Leitbild geschuldet, welches keine Erinnerungskultur pflegt, wenn es zur Ausbeutung von Marginalisierten und der Verantwortung der Herrschenden kommt. Die massive Benachteiligung und Ausgrenzung der Pueblos originarios wurden in ihrem wirklichen Umfang nicht zum Thema gemacht.

Exklusionsmechanismen wurden reproduziert und manifestierten sich in den Bezeichnungen der Zapatistas. Manche Korrespondent*innen, die vor Ort in Mexiko waren, schafften es, ausführlicher und detailreicher zu erzählen. Die Botschaften der Zapatistas fanden in „taz“ und „Der Standard“ eine Plattform und wurden nacherzählt. Die internationale Öffentlichkeit war von Beginn eine tragende Säule des Zapatismus. Der Aufstand sorgte in der „taz“ Berichterstattung für enorme Resonanz. Damals hatte die „taz“, welche verhältnismäßig wenig finanzielle Ressourcen hatte, zwei Korrespondent*innen in Mexiko. Der Zapatismus bediente die Sehnsucht nach antikapitalistischen Realitäten bzw. nach alternativen Gesellschaftsvisionen in den intellektuellen Eliten des Westens. Das war seine Lebensversicherung und ist es, auch wegen der Haupteinnahme durch den Kaffeehandel, bis heute.

6 Conclusio

In dieser Masterarbeit wurde der Diskurs in deutschsprachigen Printmedien über den Aufstand der Zapatistas im Jänner 1994 untersucht. Die Voraussetzungen für die Recherche im Archiv eines Printmediums waren eine Mindestreichweite von 250.000 Leser*innen, die Veröffentlichung im deutschsprachigen Raum sowie der redaktionelle Anspruch, ein Qualitätsmedium zu sein. Untersuchungsgegenstand waren alle Artikel über den Aufstand, die im österreichischen „Der Standard“ im Untersuchungszeitraum veröffentlicht wurden und alle Artikel im selben Zeitraum, die in den deutschen Printmedien, „Die Zeit“, „FAZ“ und „taz“ veröffentlicht wurden. Die Forschungsfrage lautete: „Wie wurde der Aufstand der Zapatistas 1994 in ausgewählten Printmedien dargestellt?“

Das Ziel der Auseinandersetzung mit dem Mediendiskurs über den Aufstand der Zapatistas 1994 war u.a. Mechanismen der medialen Praxis zu beleuchten. Die globale Medienpolitik schafft eine Aufmerksamkeitsstruktur, die sich dahingehend darstellt, dass sie gewissen geografischen Räumen viel mehr Beachtung schenkt als anderen. Alle weltweit agierenden Nachrichtenagenturen, die der westlichen Welt zugeordnet werden, haben ihren Hauptsitz in einem globalen Finanzzentrum. (AP: New York, Reuters: London, AFP: Paris). Die Ungleichheit in der Aufmerksamkeitsstruktur der Massenmedien, welche viele Räume etwa im globalen Süden benachteiligt, ist u.a. darauf zurück zu führen, dass Korrespondent*innen-Netzwerke im globalen Süden viel undichter sind als im globalen Norden oder in anderen Weltregionen. Manche kriegerischen Auseinandersetzungen finden deutlich mehr mediale Beachtung als andere.

Medienunternehmen sind bestimmten strukturellen Mechanismen unterworfen. Eine essentielle Ursache ist die strukturelle Einbettung der Massenmedien in den ökonomischen Wirtschaftskreislauf. Die Entstehung einer Nachricht ist ein komplexes Unterfangen. Der Inhalt der Nachricht ist durch strukturelle Einbettung mitbestimmt und ist kein Zufall, denn jede Nachricht hat immer einen ideologischen Kern. Die Struktur der Massenmedien ist geprägt von den jeweiligen Eigentumsverhältnissen und der internen Hierarchie. Der Aufstand der Zapatistas ist beispielhaft dafür, wie ein mediales Ereignis einen Monat lang konzentriert die Aufmerksamkeit der westlichen

Medien auf sich gezogen hat. Danach ebnete das mediale Interesse stetig ab. Wieso also konnte der Aufstand der Zapatistas Aufmerksamkeit generieren?

6.1 Das Ereignis und seine Protagonist*innen

Für den Zapatismus war die Kommunikation mit der Öffentlichkeit von Beginn an dessen Lebensversicherung. Die technologische Errungenschaft des Internets ermöglichte eine noch nie dagewesene Reichweite in der Kommunikation. Die Plattform enlacezapatista.com sammelt alle Beiträge der EZLN in verschiedenen Sprachen, so auch auf Deutsch und Englisch, und bietet ein Archiv für ihre Texte.

In den untersuchten Massenmedien war die Dichte der Berichterstattung je nach Medium unterschiedlich. Die Recherche hat ergeben, dass die zwei Medien, die am meisten über den Aufstand berichteten, die „taz“ und die „FAZ“ waren. Auffällig ist zudem, dass eine politisch bekanntermaßen konservative Tageszeitung wie die „FAZ“ relativ breit und teilweise durchaus auch wohlwollend über eine bewaffnete Bewegung berichtet. (Hufschmid, 2004, 213) Die ideologische Grundausrichtung der Zeitungen bestimmt den inhaltlichen Bias der Artikel. Artikel, die von Korrespondent*innen geschrieben wurden, sind inhaltlich tiefergehend als solche, die von den Nachrichtenagenturen übernommen wurden. Jene Nachrichtenartikel, die die Agenturen den Zeitungen verkauften, haben das Alleinstellungsmerkmal, dass sie die allerersten Artikel in den Tageszeitungen waren. Damit generierten diese Nachrichtenagenturen Diskursmacht, indem sie das erste Framing setzten und somit das diskursive Terrain absteckten. Beispielsweise haben der österreichische „Der Standard“ und die deutsche „FAZ“ viele Texte unbearbeitet von den Nachrichtenagenturen übernommen. Die Artikel der Nachrichtenagenturen zeichneten sich durch inhaltliche Kürze der Texte und der Anonymisierung der Autor*innen aus. In fast allen Artikeln der Nachrichtenagenturen wurden die Zapatistas als mehrheitlich böse, wild und gefährlich dargestellt. Gegenteiliges ist bei Artikeln von Korrespondent*innen wahrnehmbar.

Auffällig ist die journalistische ‚Verwirrung‘ im Jänner 1994 darüber, wie das Ereignis bzw. seine Protagonist*innen zu klassifizieren seien: „Zapatistische Landarbeiter“, „bewaffnete Landarbeiter indianischer Abstammung“, „Rebellen“, „rebellierende

Indios“, „Indianerbevolkerung“, „besitzlose Campesinos“, „Ureinwohner“, „Indios“, „Guerilleros“ oder einfach nur „Aufständische“ (Huffscheid, 2004, 211). Bei den meisten Artikeln, die von Korrespondent*innen geschrieben wurden, lässt sich so etwas wie eine verbreitete Bereitschaft konstatieren, das Agieren der EZLN als grundsätzlich legitim zu framen, sie also nicht – wie bei anderen bewaffneten Bewegungen – von vorneherein auf militärische Strukturen oder etwaige terroristische Bedrohungen zu reduzieren. (Huffscheid, 2004, 211)

Ein Abfallen der journalistischen Qualität wurde in den von den Nachrichtenagenturen übernommenen Texten wahrnehmbar. 33 von 74 Artikeln, die im Jänner 1994 erschienen, wurden direkt von Nachrichtenagenturen übernommen. Insgesamt bekamen die Nachrichtenagenturen gehörigen Einfluss auf den medialen Diskurs. Dennoch bleibt die Glaubwürdigkeit der Artikel begrenzt, da es ihnen offensichtlich an Qualität mangelt. Den Korrespondent*innen kommt eine wichtige Rolle im medialen Diskurs zu. Sie eröffneten den Leser*innen die Möglichkeit, einen Blick auf die weltpolitische Bühne zu werfen, die die Medienschaffenden selbst inszenieren können.

Laut Noam Chomsky besteht die Funktion der Massenmedien vor allem darin, die Menschen von den wesentlichen Dingen abzulenken. Die bürgerlichen Medien produzieren Ideologie, welche die Agenden der herrschenden Eliten unterstützt. (Chomsky, 1997; Mausfeld, 2017) Gesellschaftspolitische Visionen fernab vom neoliberalen Konsens werden in medialen Diskursen als impraktikable Utopien abgehandelt. Die Zapatistas leben nun schon fast seit 30 Jahren eine ‚Utopie‘. Seit dem Aufstand im Jänner 1994 hat sich die mediale Aufmerksamkeit deutlich reduziert. Die Massenmedien schenken einem realen gesellschaftspolitischen Experiment keine Beachtung mehr. Was sagt es über den Zustand der Medien aus, wenn nach dem Aufstand kaum mehr über die Zapatistas berichtet wurde? Trotz andauernder staatlicher Repression gelingt es den Zapatistas, in Chiapas ein alternatives Gesellschaftsmodell vorzuleben. Deren Autonomie ist in der Form weltweit einzigartig.

Aussagekräftig ist auch, was nicht auf dieser Bühne Platz zu haben scheint. Die Kolonialisierung der Europäer*innen ist in den deutschsprachigen Medien nicht zum Thema in der Berichterstattung des Aufstands der Zapatistas 1994 geworden. Das Nicht-Thematisieren der Kolonialgeschichte Mexikos in diesem Kontext zeigt

Verdrängungsmechanismen auf. Es wäre naiv von einer zufälligen Auslassung auszugehen. Vielmehr ist anzunehmen, dass die Auslassung der Kolonialgeschichte eine Funktion erfüllt. Die Geschichte Mittelamerikas ist voll von gewaltvollen Ereignissen, die bereits vor der Invasion der Europäer*innen vorkamen. Das Ausmaß der Gewalt, die von den Kolonisator*innen ausging, war jedoch von einer neuen Intensität. Das regelrechte Abschachten der autochthonen Bevölkerung durch die weitgereisten Europäer*innen erreichte ein in der Geschichte Mittelamerikas noch unbekanntes Ausmaß an Grausamkeit. Millionen Tote fielen der Eroberungswut der Invasor*innen zum Opfer oder verstarben aufgrund von Infektionskrankheiten, die von den Kolonisator*innen eingeschleppt wurden, nur ein Zehntel der Bevölkerung überlebte. Dass in diesem Zusammenhang in der Berichterstattung kein Wort über die Verantwortung der kolonialen Aggressor*innen erwähnt wird, ist keine Überraschung. Das Erinnern an die koloniale Gewalt würde die historische Verantwortung der Europäer*innen zu Tage bringen.

7 Quellenverzeichnis

7.1 Literaturverzeichnis

AFP (2022): AFP weltweit. <https://www.afp.com/de/die-agentur/ueber-afp/afp-weltweit> [27.09.2022]

AG Feministisch Sprachhandeln der Humboldt-Universität zu Berlin (2014): https://feministisch-sprachhandeln.org/wp-content/uploads/2014/03/onlineversion_sprachleitfaden_hu-berlin_2014_ag-feministisch-sprachhandeln.pdf [15.08.2022]

AP (2022): Audience Reach. <https://www.ap.org/about/> [27.09.2022]

APA (2022): Fact figures. <https://apa.at/about/facts-figures/> [27.09.2022]

Arrighi, Giovanni ; Hopkins, Terence ; Wallerstein, Immanuel (1989): Antisystemic Movements. Bristol: Verso.

Apelli, Jürgen; Gasser, Luciane; Gutzwiller, Eveline; Tettenborn, Annette (2016): Empirisches wissenschaftliches Arbeiten. Ein Studienbuch für die Bildungswissenschaften. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

Atteslander, Peter (2010): Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin: Erich Schmidt.

Bakir, Daniel (2016): Posse um Servus TV: Wie der Red Bull Chef einen Betriebsrat verhindert. In: Stern: <https://www.stern.de/wirtschaft/news/posse-um-servus-tv--red-bull-chef-verhindert-betriebsrat-und-sendet-weiter-6836004.html> [23.03.2023]

Bechle, Karsten (2018): Guatemala. Bonn: bpb.
<http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54783/guatemala> [15.3.2022]

BIPproKopf (2022): Mexiko. Abb. 13: „Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Mexiko“. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14442/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-mexiko/> [28.12.2022]

Blum, Roger; Hemmer Kathrin; Perrin, Daniel (1995): Die Aktualität. Die Rolle der Nachrichtenagenturen in der Schweiz. Bern: Paul Haupt.

Brand, Ulrich; Ceceña, Ana Esther (2002): Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.

Bundesverfassung (1918): Artikel 1. Alles Recht geht vom Volke aus.: <https://www.ris.bka.gv.at/eli/bgbl/1930/1/A1/NOR12015119> [08.11.2022]

Chomsky, Noam (1997): Der Mythos der freien Presse. In: Jens Wernicke: Lügen die Medien? Frankfurt: Westend, 103 – 127.

Clarke, Adele; Keller, Reiner (2012): Situationsanalyse. Grounded Theory nach dem Postmodernen Turn. Wiesbaden: Springer Fachmedien, Verlag für Sozialwissenschaften.

Commandanta Esther (2001): Zócalo, Comandanta Esther: no descansaremos nosotras las mujeres porque nadie más vendrá por nosotras.
<https://enlace Zapatista.ezln.org.mx/2001/03/11/zocalo-comandanta-esther-no-descansaremos-nosotras-las-mujeres-porque-nadie-mas-vendra-por-nosotras/>
[09.12.2022]

Cusset, François; übersetzt von Sabine Jainski (2018): Die bescheidene Revolution. In: Le Monde Diplomatique 2018
<https://mondediplomatique.de/artikel/!5426138> [23.11.2020]

Dannecker, Petra; Englert, Birgit (2014): Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. Wien: Mandelbaum.

Dewey, John (1961): Our unfree Press. <https://cognitive-liberty.online/john-dewey-our-unfree-press-1961/> [01.02.2022]

Der Standard (1994): Besitzlose rebellieren in Mexiko. In: Der Standard 03.01.1994: 5.

Die Zeit (1994): Interview mit Bischof Ruiz. Es geht um Gerechtigkeit. In: Die Zeit 1994: Band 17, 1-3.

Dörfler Edith; Pensold Wolfgang (2001): Die Macht der Nachricht. Die Geschichte der Nachrichtenagenturen in Österreich. Wien: Molden.

Dreesen, Philipp; Kumiega, Lukasz; Spieß, Constanze (2012): Mediendiskursanalyse: Diskurse ; Dispositive ; Medien ; Macht. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

dpa (2022): Über uns. <https://www.dpa.com/de/unternehmen#ueber-uns>
[27.09.2022]

Durán de Huerta, Marta; übersetzt von Andreas Löhner und Horst Rosenberger (2001): Yo Marcos. Gespräche über die zapatistische Bewegung. Hamburg: Nautilus.

Edelman Trust Barometer (2022): Edelman Trust Barometer.
https://www.edelman.com/sites/g/files/aatuss191/files/2022-01/2022%20Edelman%20Trust%20Barometer%20Global%20Report_Final.pdf
[19.10.2022]

Englert, Birgit; Dannecker, Petra (2014): Praktische und ethische Aspekte der Feldforschung. In: Dannecker, Petra; Englert, Birgit (Hg*innen): Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. Wien: Mandelbaum, 233 – 265.

Entman, Robert (1993): Framing: Towards a Clarification of a Fractured Paradigm. In: Journal of Communication 43 (3), 51 – 58.

Epple, Frank (2014): Die Befreiungsphilosophie Enrique Dussels und die zapatistische Bewegung in Mexiko. Diplomarbeit, Universität Wien.

EZLN (2023): Archiv der Zapatistas. <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/> [03.02.2023]

EZLN (2020): Für das Leben und Gegen das Geld. Cengreso Nacional Indígena (CNI) – Indigener Regierungsrat (Cig) Und EZLN rufen zur Solidarität auf mit der frente de pueblos en defensa de la tierra y el agua de morelos puebla y tlaxcala. <https://enlacezapatista.ezln.org.mx/2020/11/26/fur-das-leben-und-gegen-das-geld-congreso-nacional-indigena-cni-indigener-regierungsrat-cig-und-ezln-rufen-zur-solidaritat-auf-mit-der-frente-de-pueblos-en-defensa-de-la-tierra/> [04.04.2023]

EZLN (1998): 5° declaración de la Selva Lacandona.
<https://enlacezapatista.ezln.org.mx/1998/07/17/v-declaracion-de-la-selva-lacandona/>
[04.04.2023]

EZLN (1995): Doce años del nacimiento del Ejército Zapatista de Liberación Nacional. 17 de noviembre de 1995. <https://enlacezapatista.ezln.org.mx/1995/11/17/doce-anos-del-nacimiento-del-ejercito-zapatista-de-liberacion-nacional/> [04.04.2023]

EZLN (1994a): Marcos Interview mit L'Unitá. <https://enlacezapatista.ezln.org.mx/1994/01/04/subcomandante-marcos-nos-hemos-estado-preparando-en-la-montana-desde-hace-diez-anos/> [04.04.2023]

EZLN (1994b): Sobre el EZLN y las condiciones para el dialogo. 6 de enero de 1994. <https://enlacezapatista.ezln.org.mx/1994/01/06/sobre-el-ezln-y-las-condiciones-para-el-dialogo/> [04.04.2023]

EZLN (1994c): Sobre las demandas centrales y las formas de lucha.: 20 de enero de 1994. <https://enlacezapatista.ezln.org.mx/1994/01/20/sobre-las-demandas-centrales-y-las-formas-de-lucha/> [04.04.2023]

EZLN (1994d): Segunda Declaración de la Selva Lacandona. 10.06.1994. <https://enlacezapatista.ezln.org.mx/1994/06/10/segunda-declaracion-de-la-selva-lacandona/> [04.04.2023]

EZLN (1994e): Subcomandante Marcos: Nos hemos estado preparando en la montaña desde hace diez años. 04.01.1994. <https://enlacezapatista.ezln.org.mx/1994/01/04/subcomandante-marcos-nos-hemos-estado-preparando-en-la-montana-desde-hace-diez-anos/> [04.04.2023]

EZLN (1993): 1° Declaración de la Selva Lacandona. <https://enlacezapatista.ezln.org.mx/1994/01/01/primera-declaracion-de-la-selva-lacandona/> [04.04.2023]

FAZ (1994a): Berufsmäßige Kämpfer. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 1994: 6, 5.

FAZ (1994b): „Indianer Crash“ in Mexiko. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 1994: 3, 15.

Frank, André Gunder (2008): Die Entwicklung der Unterentwicklung. In: Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Sievers, Wiebke (Hg.*innen): Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. Wien: Mandelbaum, 147-167 [Orig.: The Development of Underdevelopment. In: Monthly Review 18, 4/1966, 17-31].

Forbes (2022): David Thomson and family. <http://forbes.com/profile/david-thomson/?sh=74fd31db5628> [10.10.2022]

Forschungsgruppe Propaganda (2016): Wie globale Nachrichtenagenturen und westliche Medien Propaganda verbreiten. In: Wernicke, Christian (Hg.): Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung. Frankfurt: Westend, 147-204.

Foucault, Michel; übersetzt von Walter Seitter (1991): Überwachen und Strafen. Frankfurt am Main: Suhrkamp. [Orig.: Surveiller et punir: naissance de la prison. Paris: Gallimard, 1975].

Foucault, Michel; übersetzt von Ulrich Köppen (1981): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp. [Orig.: L'archéologie du savoir. Paris: Galimard, 1969]

Foucault, Michel; übersetzt von Walter Seitter (1973): Die Geburt der Klinik: Eine Archäologie des ärztlichen Blicks. München: Hanser. [Orig.: Naissance de la clinique: une archéologie du regard médical. Paris: Presses Universitaires de France, 1963]

Fuentes, Carlos (1994): Chiapas, wo Steine schreien. <https://www.zeit.de/1994/03/chiapas-wo-selbst-die-steine-schreien> [18.08.2022]

Gabriel, Leo (1994): Hunger wartet nicht auf eine passende Gelegenheit. In: Der Standard 19.1.1994: 2.

Galtung, Johann (1998): Frieden mit friedlichen Mitteln. Opladen: Leske + Buderich.

Geiß, Stefan; Schemer, Christian (2015): Frames – Framing – Framing-Effekte: Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion. In: Schlüsselwerke der Medienwirkungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien. 309-322.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-09923-7_26 [20.01.2022]

Gerber, Philipp (2012): Zapatisten marschieren in Chiapas.
<https://amerika21.de/nachrichten/2012/12/73181/maya-aufstand-zum-zeitenwechse>
[13.12.2020]

Gilgenbacher, Dominik; Moser, Bettina (2012): Lieber autonom als entwickelt? Zapatistische Autonomie als empirische Stütze des Post-Development? In: Ziai Aram (Hg.): Journal für Entwicklungspolitik. Post-Development. Empirische Befunde. Mattersburg: Mandelbaum edition Südwind, 8-30.

Gramsci, Antonio , übersetzt v. den Herausgeber*innen und Ruedi Graf, Gerhard Kuck, Joachim Meinert, Leonie Schröder (1998): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe in 10 Bänden. Hg.: Bochmann, Klaus; Haug, Wolfgang Fritz; Jehle, Peter. Hamburg: Argument.

Haberland, Marius (2006): Radikale Demokratie in Chiapas. In: Forschungsjournal NSB, JG. 19, 4/2006, 103-110.

Hall, Stuart; übersetzt von Ulrich Mehlem (1994): Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht. In: Rassismus und kulturelle Identität. Hamburg: Argument, 137-179. [Orig.: The West and the Rest: Discourse and Power. London: Routledge, 1992]

Hall, Stuart (1989): Die Konstruktion von „Rasse“ in den Medien In: Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus. Hamburg: Argument, 150-171. [Orig. The Whites and their Eyes. Racist Ideologies and the Media. Hamburg: Argument, 1989]

Hall, Stuart; Critcher, Chas; Jefferson, Tony (1978): Policing the crises. London: Macmillan.

Haraway, Donna (1988): Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. In: Feminist Studies. Vol. 14, No. 3 (Autumn 1988), 575-599.

Hartmann, Jürgen (2017): Die politischen Systeme Lateinamerikas. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Haubrich, Walter (1994a): In Armut selbstbewußt und auf Distanz bedacht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 05.01.1994, Archivband 3, 3.

Haubrich, Walter (1994b): Das Signal von Chiapas. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 19.01.1994, Archivband 15, 1.

Haubrich, Walter (1994c): Redselige Stipendiaten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 25.01.1994 Archivband 20, 29.

Hentges, Gudrun; Jansen Mechthild; Nottbohm Kristina (2014): Rassismuskritik und Widerstandsformen - Eine Einleitung. In: Hentges, Gudrun; Nottbohm, Kristina; Jansen, Mechthild (Hrsg.*innen): Sprache Macht/macht Rassismus. Berlin: Metropol. 15 –16

Hoeres, Peter (2019): Eine unwahrscheinliche Erfolgsgeschichte.
<https://www.faz.net/aktuell/70-jahre-f-a-z/die-unwahrscheinliche-erfolgsgeschichte-der-f-a-z-16460690.html> [21.03.2022]

Holloway, John; übersetzt von Marcel Stoeltzler (2010): Kapitalismus aufbrechen. Münster: Westfälisches Dampfboot. [Orig.: Crack capitalism. New York: Pluto, 2010].

Holloway, John; übersetzt von Jens Kastner (2007): Die zwei Zeiten der Revolution. Würde, Macht und die Politik der Zapatistas. Wien: Turia + Kant. [Orig.: Zapatista! Reinventing Revolution in Mexico. New York: Pluto, 1998].

Holloway, John; übersetzt von Lars Stubbe (2002): Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen. Münster: Westfälisches Dampfboot [Orig.: Change the world without taking Power. New York: Pluto, 2002].

Holloway, John; übersetzt von Gerold Schmidt (2000): Der Aufstand der Würde. In: Brand, Ulrich; Ceceña, Ana Esther (Hg.*innen): Reflexionen einer Rebellion: „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis. Münster: Westfälisches Dampfboot, 110-135 [Orig.: Zapatista!. Reinventing Revolution in Mexico. New York: Pluto, 1998].

Huffschmid, Anne (2004): Diskursguerilla: Wortergreifung und Widersinn. Die Zapatistas im Spiegel der mexikanischen und internationalen Öffentlichkeit. Heidelberg: Synchron.

Huffschmid, Anne (1995): Subcomandante Marcos: Ein maskierter Mythos. Berlin: Elefanten Press.

Huffschmid, Anne (1994a): Abtasten von Regierung und Guerilla. In: taz Archiv 20.01.1994: <https://taz.de/!1581128/> [18.08.2022]

Huffschmid, Anne (1994b): „Einstellung aller Feindseligkeiten“. In: taz Archiv 19.01.1994: <https://taz.de/!1581317/> [18.08.2022]

Huffschmid, Anne (1994c): Eintreten in eine neue Etappe. In: taz Archiv 27.01.1994: <https://taz.de/!1579955/> [18.08.2022]

Huffschmid, Anne (1994d): Kapitulation kommt für Zapatisten nicht in Frage In: taz Archiv 10.01.1994: <https://taz.de/!1582764/> [18.08.2022]

Huffschmid, Anne (1994e): Mexikos Regierung akzeptiert EZLN-Forderungen. In: taz Archiv 31.01.1994: <https://taz.de/!1579308/> [18.08.2022]

Huffschmid, Anne (1994f): Mexikos Regierung merkt, daß es den Aufstand gibt. In: taz Archiv 13.01.1994: <https://taz.de/!1582228/> [18.08.2022]

Huffschmid, Anne (1994g): Mexiko sucht nach den Sündenböcken. In: taz Archiv 06.01.1994: <https://taz.de/!1583401/> [18.08.2022]

Huffschmid, Anne (1994h): Wenig Erfolg für Mexikos Armee. In: taz Archiv 08.01.1994: <https://taz.de/!1582983/> [18.08.2022]

Huffschmid, Anne (1994i): Salvador Castañeda zur Perspektive der Zapatisten- Als langfristiger Volkskrieg angelegt. In: taz Archiv 14.01.1994: <https://taz.de/!1582091/> [18.08.2022]

Huffschmid, Anne (1994j): Zapatistenbewegung ist nicht vom Himmel gefallen. In: taz Archiv 18.01.1994 <https://taz.de/!1581445/> [18.08.2022]

Imbusch, Peter; Zoll, Rolf (2010): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Jäger, Johannes; Springler, Elisabeth (2012): Ökonomie der internationalen Entwicklung. Wien: Mandelbaum.

Kastner, Jens (2011): Alles für alle! Zapatismus zwischen Sozialtheorie, Pop und Pentagon. Münster: Edition assemblage.

Keller, Reiner (2007): Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung der Diskursforschung. Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, 8 (2), <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0702198> [30.03.2023]

Keller, Reiner (2005): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Die Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden: VS-Verlag.

Keller, Reiner (2004): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Opladen: Leske + Budrich.

Kerkeling, Luz (2012): ¡LA LUCHA SIGUE! – Der Kampf geht weiter. Münster: Unrast.

Köhler, Ulrich (1999): Der Chamula - Aufstand in Chiapas, Mexiko, aus der Sicht heutiger Indianer und Ladinos. Münster: DFG.

Krause-Solberg, Lea (2018): Die Zapatistas in Mexiko – Hoy decimos ¡basta! Eine Analyse der Zapatistas als soziale Bewegung. Forschungsstelle Krieg, Rüstung und Entwicklung: Universität Hamburg. <https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sowi/professuren/jakobeit/forschung/akuf/publikationen/pdfs/ap1-2018-krause-zapatistas.pdf> [13.12.2020]

Leonhard, Ralf (1994a): Ausweitung der Indio-Revolte in Mexiko befürchtet. In: Der Standard 10.01.1994: 4.

Leonhard, Ralf (1994b): Revolte der Ärmsten für eine Bodenreform – Katholische Bischöfe in Mexiko bieten ihre Vermittlung an. In: Der Standard 04.01.1994: 3

Leonhard, Ralf (1994c): Mexikos Guerilla fordert Dialog. In: Der Standard 12.01.1994: 4.

Ludin, Walter (1995): Chiapas. Von der strukturellen Gewalt zur Revolution. In: Neue Wege. Beiträge zu Religion und Sozialismus. <http://doi.org/10.5169/seals-143900> [21.01.2020]

Lynd, Staughton; Grubacic, Andrej (2008): Wobblies & Zapatistas. Conversations on Anarchism, Marxism und Radical History. Oakland: PM Press.

Marcos, Subcomandante Insurgente; übersetzt von Horst Rosenberger (2005): Botschaften aus dem Lakandonischen Urwald. Überarbeitete und erweiterte Neuauflage. Hamburg: Nautilus.

Mausfeld, Rainer (2017): Massenmediale Ideologieproduktion. In: Jens Wernicke: Lügen die Medien? Frankfurt: Westend, 128-146.

Moser, Bettina (2009): Autonomie statt Entwicklung. Zapatismus und Post-Development. Universität Wien: Diplomarbeit.

Niederhauser, Julian (2019): Von der ‚Finanz- und Wirtschaftskrise‘ zur ‚Staats-schuldenkrise‘. Das strategisch-selektive Terrain massenmedialer Deutungskämpfe im Kontext des politischen Projekts Euro-Rettung. Universität Wien: Masterarbeit.

Paz, Octavio (1994): Die Schlinge von Chiapas. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 10.01.1994, Band 7, 25.

Pewresearch (2020): Democrats report much higher levels of trust in a number of news sources than Republicans.
<https://www.pewresearch.org/journalism/2020/01/24/democrats-report-much-higher-levels-of-trust-in-a-number-of-news-sources-than-republicans/> [08.12.2022]

Pich Ortega, Angela (2009): Indigene Lebensentwürfe. Lernprozesse im Kontext konkurrierender Wissensprofile. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Rabeberger, Romana Maria (2002): Zur historischen Kontinuität indigenen Widerstands in Land des Frühlings (Chiapas). Exemplarische Beispiele aus fünf Jahrhunderten. Diplomarbeit: Wien.

Ranisek, Anna; Rosenthal Gabriele; Völter, Bettina (2015): Diskursanalysen. In: Rosenthal, Gabriele (Hg.in): Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung. Weinheim und München: Juventa, 247-258.

Redaktion (2000): Sektenführer rettet Nachrichtenagentur UPI vor Konkurs. In: Standard online: <https://www.derstandard.at/story/232233/sektenfuehrer-rettete-nachrichtenagentur-upi-vor-konkurs> [23.03.2023]

Reuters (2022): About Reuters Fact Check. <https://www.reuters.com/fact-check/about> [28.09.2022]

Reuters/AP/AFP (1994): Indios erheben sich gegen die mexikanische Regierung. In: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung 1994: 2, 1

Roesler, Jörg (2011): Tierra y Libertad. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/198105.tierra-y-libertad-n-land-und-freiheit.html> [01.03.2022]

Rosenthal, Gabriele (2015): Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung. Weinheim und München: Juventa.

Santler, Helmuth (1994): Guerilla-Chef "Marcos": Kampf der Demütigung. In: Der Standard 13.1.1994: 4

Sayer, Andrew (1992): Method in Social Science. A Realist Approach. London: Routledge.

Schilder, Peter (1994): Mit harter Hand in Mexiko. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 10.01.1994, Archivband 7, 5.

Schmid, Thomas (1994): Die Invasion der "Cucarachas". In: taz Archiv: <https://taz.de/!1582763/> [14.12.2022]

Schmidt, Lukas; Schröder, Sabine (2016): Entwicklungstheorien: Klassiker, Kritik und Alternativen. Wien: Mandelbaum.

Schmidt, Michael (2010): Mexiko – am Rand des Abgrunds. In: Zeit Online. <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/land-derkontraste/1933326.html> [17.08.2022]

Segbers, Micheal (2007): Die Ware Nachricht. Konstanz: UVK.

Statista (2022): Anzahl der Internetnutzer in Deutschland in den Jahren 1997 – 2022.: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36146/umfrage/anzahl-der-internetnutzer-in-deutschland-seit-1997/> [15.12.2022]

taz (2022): Über uns. <https://taz.de/Info/Ueber-uns> [26.11.2022]

taz (1994a): Tierra y libertad, Viva Zapata!. In: taz Archiv 03.01.1994.
<https://taz.de/!1583855/> [18.08.2022]

taz (1994b): Zapatisten wollen nicht verhandeln. In: taz Archiv 22.01.1994
<https://taz.de/!1580657/> [22.12.2022]

taz/AP/dpa (1994): Die Revolte in Mexiko weitet sich aus. In: taz Archiv 04.01.1994.
<https://taz.de/!1583683/> [19.08.2022]

Tena, Gerardo (1994): „Gerechter Krieg“ gegen die Erben der Eroberer. In: taz Archiv 04.01.1994. <https://taz.de/!1583704/> [18.08.2022]

Vargas Llosa, Mario (1994): Mexiko in Flammen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.01.1994, Band 14, 27.

Vera Lopez, Raoul; Chanteau, Michel (1998): Der versteckte Krieg gegen die Zivilbevölkerung in Chiapas. In: Neue Wege. Beiträge zu Religion und Sozialismus.
<http://doi.org/10.5169/seals-144119> [21.01.2020]

Vogel, Wolf-Dieter (2020): Man nimmt die Hilferufe nicht ernst In: Zeit Online:
<https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-05/frauenmorde-mexiko-haeusliche-gewalt-corona-krise> [17.08.2022]

Vogel, Wolf Dieter (2015): Selbstbestimmung für alle Zapatisten In: taz Archiv.
<https://taz.de/!5583977/> [18.08.2022]

Wagner, Katharina (2019): Mexikos junge Demokratie in der Krise. Eine Analyse der demokratischen Qualität Mexikos auf nationaler und subnationaler Ebene. Würzburg: Springer.

Wallerstein, Immanuel (2008): Entwicklung: Leitstern oder Illusion? In: Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Sievers, Wiebke (Hg*innen) : Klassiker der Entwicklungstheorien. Von Modernisierung bis Post-Development. Wien: Mandelbaum, 168-193.

Watzlawick, Paul (2015): Man kann nicht nicht kommunizieren. Bern: Hogrefe.

Weissenburger, Peter (2019): Die Kampagne als Prinzip. In: taz Archiv 11.04.2019.
<https://taz.de/Oesi-Bild-hat-Geburtstag/!5584809/> [23.03.2023]

Wernicke, Christian (1994) Die halbe Revolution. In: Die Zeit 22.04.1994, Band 17, 16.

Wernicke, Christian (1994a): Ein Krieg um Zapatas Erbe. In: Die Zeit 14.01.1994, Band 3, 1-3.

Wernicke, Jens (2017): Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung. Frankfurt: Westend.

YouGov (2022): Trust in Media 2022: Where Americans get their news and who the trust for information.: <https://today.yougov.com/topics/politics/articles-reports/2022/04/05/trust-media-2022-where-americans-get-news-poll> [08.12.2022]

Ziai, Aram (2014): Post-Development-Ansätze: Konsequenzen für die Entwicklungstheorie. In: Müller, Franziska; Sondermann, Elena; Wehr, Ingrid; Jakobeit, Cord (Hg.*innen): Entwicklungstheorien. Weltgesellschaftliche Transformationen, entwicklungspolitische Herausforderungen, theoretische Innovationen. PVS-Sonderheft 48, 410-439.

Ziai, Aram (2004): Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development-Kritik. Ein Beitrag zur Analyse des Entwicklungsdiskurses. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut.

Zimmering, Raina (2010): Die Zapatistas in Mexiko: Der antisystemische und antietatistische Charakter einer populären Bewegung. Welttrends Papiere, Band 13. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam.

7.2 Abbildungsverzeichnis

Abb.1: „Logos der Nachrichtenagenturen (2020)“. Quelle:

<https://www.pressenza.com/de/2020/04/der-propaganda-multiplikator/> [16.11.2022]

Abb. 2: „Zapatistas (2016)“. Quelle:

<https://dorsetchiapassolidarity.wordpress.com/2016/05/15/the-zapatista-struggle-against-global-neoliberalism/> [10.08.2022]

Abb. 3: „Landkarte Mexiko (2014)“

<https://www.landkartenkatalog.de/landkartenindex/weltatlas/2014/08/online-n-verwaltungsbezirke-mexiko.png> [28.03.2023]

Abb. 4: „Landkarte Chiapas (2022)“. Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Chiapas> [10-08.2022]

Abb.5: „Landkarte Chiapas Pueblos Originarios (2016)“. Quelle:

<https://dorsetchiapassolidarity.wordpress.com/2016/05/15/the-zapatista-struggle-against-global-neoliberalism/> [10.08.2022]

Abb.6: „Leiche Zapatas (o.J)“. Quelle:

<https://mediateca.inah.gob.mx/repositorio/islandora/object/fotografia%3A452841> [10.08.2022]

Abb.7: „EZLN (2019)“. Quelle: <https://jungle.world/artikel/2019/03/mexikos-neuer-vorarbeiter> [30.03.2023]

Abb.8: „Massenmedien 1“. Quelle: Eigene Erhebung. 2022

Abb. 9: „Statistik Massenmedien 2“. Quelle: Eigene Erhebung. 2022

Abb. 10: „Subcomandante Marcos C (2009)“. Quelle: <https://edition-nautilus.de/wp-content/uploads/cover/9783894015909.jpg> [28.03.2023]

Abb. 11: „Subcomandante Marcos A (o.J)“. Quelle:
<https://www.anarchismus.at/bildergalerie-ezln-zapatismus/11-ezln-zapatismus/detail/368-subcomandante-marcos> [28.03.2023]

Abb. 12: „Subcomandante Marcos B (o.J)“. Quelle:
<https://addons.videolan.org/p/1022015> [22.12.2012]

Abb.13: „Erster Artikel im Standard (1994)“. Quelle: Eigene Recherche.

Abb. 14: „Rassistische Darstellung in der FAZ (1994)“. Quelle: Eigene Recherche.
1994

7.3 Abkürzungsverzeichnis

AFP	Agence France Presse
AP	Associated Press
APA	Austria Presse Agentur (APA)
BIP	Bruttoinlandsproduktes (BIP)
CNN	Cable News Network
CBS	Columbia Broadcasting System
DDR	Deutsche Demokratische Republik
dpa	Die Deutsche Presse Agentur
SDA	Die Schweizerische Depeschenagentur
FAZ	Die Frankfurter Allgemeine Zeitung
EZLN	Ejército Zapatista de Liberación Nacional
MIT	Massachusetts Institute of Technology
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NZZ	Neue Zürcher Zeitung- Gruppe
PRI	Partido Revolucionario Institucional
ORF	Öffentlich-rechtlichem Rundfunk
UPI	United Press International

8 Anhang

Im Anhang befinden sich alle Artikel der „FAZ“ und des „Der Standard“, die im Untersuchungszeitraum Jänner 1994 veröffentlicht wurden. Die restlichen Artikel der anderen Printmedien („Die Zeit und „taz“) bzw. die der Zapatistas sind online abrufbar. Die rote Markierung des Texts in den „Der Standard“ Artikeln ist Folge der Archivrecherche des „Der Standard“ und hat für diese Arbeit keine Bedeutung.

In Armut selbstbewußt und auf Distanz bedacht

Die Ursachen des Indioaufstands im Süden Mexikos reichen weit zurück / Von Walter Haubrich

MADRID, 4. Januar. In den kleinen Dörfern in reizvoller Landschaft an der Straße von Tuxtla Gutiérrez nach San Cristóbal de las Casas und von dort weiter über Comigán zur guatemaltekischen Grenze hin begegnen die indianischen Campesinos den Fremden mit großer Zurückhaltung, ja mit Mißtrauen. Wenn sie ein Fest feiern, laden sie den vorbeikommenden Besucher, ob es nun ein weißer Mexikaner oder ein Ausländer ist, nicht zum Mitfeiern ein, wie das die Indios in anderen Teilen Mexikos gewöhnlich tun. Die Indianer in Chiapas, Nachfahren der Mayas, zeigen sich trotz ihrer sichtbaren Armut selbstbewußt und abweisend. Sie haben gute Gründe für ihr Mißtrauen. Es geht ihnen im südlichsten Bundesstaat seit langer Zeit schon schlechter als den Ärmsten in anderen Staaten Mexikos. In Chiapas haben sich indianische Traditionen und Lebensformen besser bewahrt als sonstwo im Land. Der Bundesstaat war lange Zeit isoliert von dem mestizisch

geprägten Zentrum und dem Norden Mexikos. Die Agrarreform hat Chiapas kaum erreicht; auch von den Verbesserungen im Erziehungs- und Gesundheitswesen in den Jahren nach der großen Revolution (1910 bis 1917) spürte der südliche Staat wenig. In Chiapas gibt es kleine und mittlere bäuerliche Anwesen; doch in den vergangenen Jahren haben Großgrundbesitzer immer mehr Land aufgekauft, Kleinbauern - Campesinos - zu Landarbeitern gemacht und ihnen die Arbeitsbedingungen diktiert. Die Arbeitsgesetze des Staates sind in dem entlegenen Chiapas leicht zu unterlaufen. Gouverneure und Bürgermeister konnten im "tiefen Süden" mit wenig Risiko, bestraft zu werden, sich über Vetternwirtschaft und Korruption bereichern sowie durch Tricks und Willkür mithelfen, der ärmeren Bevölkerung ihr Land wegzunehmen.

"Tierra y Libertad", "Land und Freiheit" - mit diesem Kampfruf des legendären Bauernrevolutionärs Emiliano Zapata (1883 bis 1919) zogen die bewaffneten Campesinos in den ersten Tagen des neuen Jahres in die Städte San Cristóbal, Ocosingo, Altamirano und andere ein. Mexikos populistische Präsidenten haben

immer gern Land verteilt. Da fühlten sie sich ganz als Erben der Revolution und waren ja schließlich Vertreter der Partei, welche die Revolution schon in ihrem Namen zur Institution gemacht hat. Nicht selten verteilten sie allerdings das gleich Land an mehrere neue "Eigentümer". Zahlreiche, von der Regierung gern verheimlichte oder heruntergespielte kleinere Revolten in den vergangenen Jahren begannen mit Streitigkeiten über das verteilte Land.

In San Cristóbal konnte man seit Jahren zahlreiche junge europäische und lateinamerikanische Linke antreffen: von tatkräftigen Idealisten, welche vor allem den Indios helfen wollten, bis zu Maoisten, die hofften, die große Weltrevolution werde nun doch bei den Indios in Chiapas beginnen. Die jungen Theoretiker der großen Revolution aus Berlin, Paris oder Madrid fanden jedoch nicht viel Gehör bei der indianischen Bevölkerung. Doch wußten sie schon vor zwei Jahren von kleinen bewaffneten Gruppen zu berichten und machten sich Sorgen um weitere Waffenlieferungen. Waffen sind in Chiapas über die grüne Grenze zu Guatemala hin, wo im Norden die dortige Guerrilla ja immer noch stark ist, leicht zu erhalten. In Chiapas wurden mit kirchlicher Hilfe Lager und bäuerliche Siedlungen für die guatemalteken Fluchtlinge eingerichtet. Die Fluchtlinge wurden von den Kleinbauern von Chiapas im allgemeinen gut behandelt. Viele Guatemalteken sind geblieben. Obwohl ihr Land jetzt wieder demokratisch regiert wird, ist es für viele Indio Stämme immer noch recht unsicher. Fluchtlinge aus Guatemala sind im Lauf der Zeit für die einheimischen Landarbeiter allerdings auch zu Rivalen bei der Suche nach den wenigen Arbeitsplätzen geworden, zumal die Großgrundbesitzer das Überangebot bewußt und brutal ausnützen. Die katholische Kirche, aber auch evangelische Pfarrer bemühen sich seit vielen Jahren, die Not der Campesinos, der Mexikaner wie der Guatemalteken, zu lindern. Bischof Samuel Ruiz Garcia von San Cristóbal und seine Amtsbrüder aus Tapachula und Tuxtla Gutiérrez haben die Anschuldigungen staatlicher Sender, katholische Priester und Befreiungstheologen hätten den Aufstand vorbereitet, scharf zurückgewiesen. Das Zentrum für Menschenrechte, Fray Bartolomé de las Casas in San Cristóbal, hat häufig aus linker Perspektive die Politik der mexikanischen Regierung und die Repression der Indios durch die Polizei kritisiert; doch daß der Generalsekretär des Zentrums das jetzt "Zapatistische Nationale Befreiungsheer" (EZLN) leitete, das bestreiten nicht nur der regierungskritische Bischof von San Cristóbal, sondern fast alle, die sich in Chiapas auskennen.

Die mexikanische Regierung hat den Fremdenverkehr in Chiapas gefördert: San Cristóbal, die prächtige ausgegrabene Stadt Palenque, die Seen sowie Camula mit seiner berühmten Kirche erhielten bessere Verkehrsverbindungen. Doch die Menschen mußten häufig das Gefühl haben, eigentlich immer noch nicht zu dem großen Mexiko zu gehören, so wie in der Kolonialzeit, als ihre Region von Guatemala aus verwaltet wurde. Die volkstümlichen Helden der Revolution, Pancho Villa und vor allem der selbstlose Bauer Emiliano Zapata, werden in Mexiko noch immer besungen. Die Regierung fördert diese Heldenverehrung. Zapata wollte sich den Speichern: In Armut selbstbewußt und auf Distanz bedacht wirtschaftlichen Zwängen und denen der Staatsräson nicht beugen, nachdem es seinen Bauern trotz der militärischen Erfolge der Revolution immer noch schlechtging. Er wurde dann in eine Falle gelockt und von seinen politischen Gegnern ermordet.

Keine andere Figur aus der mexikanischen Heldengeschichte eignet sich so sehr, um von den indianischen campesinos des Südens, die sich immer wieder von neuem betrogen fühlen, verehrt zu werden. Deswegen nahm die Guerrilla-Organisation in Chiapas seinen Namen an. Mitte vorigen Jahres wurden zwei Militärs in Chiapas getötet. Kurz darauf wurden mehrere Mitglieder des "Zapatistischen Nationalen Befreiungsheeres", unter ihnen zwei Guatemalteken, festgenommen. Die Regierung versuchte, die Angelegenheit als einen kriminellen Zwischenfall herabzuspielen. Doch sie wußte von dem Aufbau einer neuen bewaffneten Organisation. Präsident Salinas de Gortari versprach in aller Eile besondere Hilfsmaßnahmen und Entwicklungsgelder für Chiapas, von denen offenbar bisher kaum etwas in dem südlichen Staat eingetroffen ist. Die Gefahr eines bewaffneten Aufstandes wurde zwar geleugnet, doch Touristen wurde schon hin und wieder nahegelegt, doch lieber nicht von San Cristóbal über Ocosingo nach dem vielbesuchten Palenque zu fahren. Ocosingo war jetzt eine der ersten Eroberungen der Rebellen.

Der Aufstand begann am gleichen Tag, als der Freihandelsvertrag Nafta zwischen Mexiko, den Vereinigten Staaten und Kanada in Kraft trat. Außer "Tierra y Libertad" trugen die Aufständischen bei ihrem Einmarsch in die Städte auch Spruchbänder mit dem Satz "Wir wollen keinen Freihandelsvertrag, sondern Freiheit". Sie fühlen sich von der viel gelobten Austeritäts- und Liberalisierungspolitik des Präsidenten Salinas de Gortari besonders benachteiligt. Das Zapatistische Heer wußte wohl, daß es die besetzten Städte nicht halten konnte, und zieht sich wieder in den großen Wald von

Lacandona nahe der guatemaltekischen Grenze zurück. In der "Erklärung aus dem Wald von Lacandona" gibt die Guerrilla ihr Programm bekannt. Der Kommandant Marcos, von seinen Gesprächspartnern während der Besetzung von San Cristóbal wegen seiner auserlesenen Höflichkeit und seiner Sprachkenntnisse gelobt, sagte: "Wir mußten einmal die Welt auf unsere Not hinweisen." Dieser Hinweis hat etwa 200 Menschen das Leben gekostet und Mexiko um einiges seiner internationalen Wertschätzung als ein stabiles und von revolutionärer Gewalt verschontes Land gebracht.

Bildunterschrift: Überwiegend zu Fuß legen die Indios im Süden Mexikos weite Strecken zurück. Foto Barbara Klemm

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

"Indianer-Crash" in Mexiko

MEXICO-CITY, 4. Januar (Reuter). Mexikanische Aktien haben mit einem Kurseinbruch auf den Indianeraufstand im süd mexikanischen Bundesstaat Chiapas reagiert. Analysten berichteten, daß ausländische Investoren mit Verunsicherung auf die Nachrichten reagiert hätten. Viele nahmen dies zum Anlaß für Gewinnmitnahmen nach dem langanhaltenden Kursanstieg der mexikanischen Titel im vergangenen Jahr. "Die gewalttätigen Unruhen mit rund 100 Toten haben die sozialen Spannungen innerhalb Mexikos und damit die Risiken für Kapitalanleger offenbart", hieß es in einem New Yorker Brokerhaus. Mexiko war im vergangenen Jahr eine beliebte Schwellenlandbörse für internationale Anleger, zumal das nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta für die mexikanische Wirtschaft völlig neue Perspektiven eröffnete. Sogar auf Dollarbasis waren mexikanische Aktien 1993 im Durchschnitt um 44 Prozent gestiegen.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Chiapas

Tierra y Libertad!, Land und Freiheit: Mit diesem Kriegsruf, so erfahren wir, sei ein zunächst nur sechshundert Mann starkes Heer von Indios, spärlich bekleidet und schlecht bewaffnet mit fünfundzwanzig Revolvern und zwölf Jagdgewehren, aus dem Dschungel im Süden der Republik Mexiko aufgebrochen, um die Regierung zu stürzen. Der Berichterstatter fährt fort: "Was sie in ihrer Gedrücktheit und in ihrer bemitleidenswerten Unwissenheit an Poesie empfanden, an Sehnsucht nach Schönheit, an Wunsch nach Frieden, an Liebe zu Menschen und Geschöpfen, an natürlichem Glauben an eine unerschütterliche Gerechtigkeit, alles das vermochten sie in jenem Kriegsschrei auszudrücken." Dann schildert er die siegreichen Scharmützel der Indios mit einigen Großgrundbesitzern, die Eroberung von Ländereien und einzelnen Dörfern, die Plünderung von Geschäften und schließlich ein großes Gefecht mit den Truppen der Staatspolizei. Kein Zweifel, der Berichterstatter ist Partei, sein Herz schlägt für die Erniedrigten und Unterdrückten, für die Armen und Ausgebeuteten. Aber er weiß zugleich, daß "Menschen, die vierhundert Jahre, wohl gar viertausend Jahre lang in Knechtschaft gelebt haben", auch durch eine "Rebellion nicht innerhalb eines Jahres zu freien Bauern gemacht werden, die selbständig denken, handeln und wirtschaften können". Wir haben es bei diesen Schilderungen nicht mit einem Korrespondentenbericht aus dem Mexiko dieser Tage zu tun. Das so gegenwärtig anmutende Szenario aus der Provinz Chiapas steht vielmehr in dem 1939 erstmals erschienenen Roman "Ein General kommt aus dem Dschungel". Sein Verfasser ist jener trotz jahrzehntelanger Enthüllungsversuche immer noch geheimnisumwitterte deutsche Autor B. Traven, dem die Literatur dieses Jahrhunderts zumindest zwei Bücher von bleibendem Rang verdankt: "Das Totenschiff" (1926) und "Der Schatz der Sierra Madre" (1927). Das Buch "Ein General kommt aus dem Dschungel", Teil eines sechsbändigen Romanzyklus über das revolutionäre Mexiko zwischen 1910 und 1925, ist literarisch nicht eben sein Meisterstück. Keineswegs unerheblich aber ist sein dokumentarischer Wert. So heißt der General im Buch Juan Mendez - in Wahrheit ist er ein Porträt jenes Emiliano Zapata, der 1919 durch die Kugeln des Militärs starb, bis heute in Mexikos Süden fast wie ein Heiliger verehrt wird - und in dessen Namen

die Aufständischen von 1994 ihren Kampf führen. Geschichte, aus der Geschichten entstanden, und eine Gegenwart, die ihr Drehbuch aufs neue aus den alten Geschichten zu beziehen scheint: das spricht nicht nur für die nüchterne Hellsicht B. Travens, sondern auch für Zähigkeit sozialer und politischer Verhältnisse. Der Fortschritt Mexikos wurde von den Indios als Stillstand erlebt. Travens Roman freilich endet voller Hoffnung. In einem Dorf mit dem etwas zu schönen Namen Solipaz finden die Muchachos neben Sonne und Frieden zugleich das, was sie bis heute noch nicht erringen konnten: Tierra y Libertad. hie.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Mexiko setzt Flugzeuge und Panzer gegen Aufständische ein

Rebellen ziehen sich in die Wälder zurück und verweigern Verhandlungen / 12 000 Soldaten im Einsatz

MEXIKO-STADT, 5. Januar (AFP). Die mexikanische Armee hat am Dienstag den Druck auf die indianischen Guerrilleros in Chiapas verstärkt. Die Luftwaffe wurde eingesetzt, um den seit vier Tagen anhaltenden Aufstand niederzuschlagen. Zur Verstärkung der Armee-Einheiten soll auch eine Panzerkolonne in dem Gebiet eingetroffen sein. Die Kämpfer des "Zapatistischen Nationalen Befreiungsheeres" (EZLN) hatten im Laufe des Tages damit begonnen, sich in die Berge zurückzuziehen. Der Bischof von San Cristóbal de las Casas, Ruiz, warf dem Militär vor, gefangene Indianer exekutiert zu haben und bei ihren Operationen auch die Zivilbevölkerung massiv zu unterdrücken.

Mehrere Flugzeuge und Hubschrauber der Luftwaffe griffen einen Hügel bei San Cristóbal an. Die Rebellen hätten das Feuer mit Maschinengewehren erwidert. Später traf in der Stadt eine Kolonne von 15 Panzern sowie von Jeeps und Ambulanzwagen ein. Die Kolonne befand sich offenbar auf dem Weg in die von den Rebellen besetzte Stadt Ocosingo. San Cristóbal, die zweitgrößte Stadt in Chiapas, war schon am Sonntag von den Aufständischen geräumt worden.

Die Aufständischen zogen sich inzwischen auch aus den Ortschaften Altamirano und Rancho Nuevo in die Berge zurück. In Ocosingo gingen die Gefechte hingegen weiter. Die Rebellen hätten sich dort in mehreren Häusern verschanzt, in den Straßen seien Leichen zu sehen. Nahe Ocosingo raubten die Rebellen nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft von einer Brigade des staatlichen Ölkonzerns Pemex 1600 Kilogramm Dynamit.

Nach Angaben von Bischof Ruiz waren 12 000 Soldaten im Einsatz. Die Zahl der Rebellen wurde von Augenzeugen auf tausend geschätzt. Nach einer am Dienstag nachmittag vom Verteidigungsministerium verbreiteten Bilanz wurden bis dahin 92 Menschen bei den Gefechten getötet, 58 Aufständische, sieben Soldaten sowie 27 Zivilisten und Polizisten. Die Zahl der Toten wird aber deutlich höher geschätzt. Bischof Ruiz erhob den Vorwurf, für die Armee gebe es keine Begrenzung des

Kampfgebietes, weshalb auch die zivilen Einwohner in Mitleidenschaft gezogen würden. Die Haltung der EZLN, die jedes Verhandlungsangebot der Regierung abgelehnt hatte, nannte der Bischof "selbstmörderisch".

Die Regierung hat den Rebellen vier Bedingungen für die Aufnahme eines Dialogs gestellt. Zunächst solle Waffenstillstand herrschen. Dann mü.ßen die Anführer benannt werden. Außerdem sollen die Indianer ihre Waffen und den geraubten Sprengstoff abgeben. Alle Geiseln, unter ihnen der ehemalige Gouverneur von Chiapas, sollen freigelassen werden.

Das mexikanische Außenministerium teilte unterdessen mit, daß es keine Hinweise für eine organisatorische Verbindung zwischen dem EZLN und dem guatemaltekischen Guerrillaverband Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas (UNRG) gebe. Allerdings sei es möglich, daß es eine "individuelle" Beteiligung von Guerrilleros aus anderen mittelamerikanischen Staaten an dem Aufstand in Chiapas gebe. Die URNG hatte zuvor bestritten, an der Rebellion im Nachbarland beteiligt zu sein. Dies war ihr von der guatemaltekischen Armee vorgeworfen worden.

In Bolivien wollten Führer der Bauerngewerkschaft CSTCD eine ähnliche Rebellion wie in Mexiko nicht ausschließen. Angesichts der extremen Armut, in der Tausende von indianischen Bauernfamilien lebten, könne es zu ähnlichen Erhebungen auch in Bolivien kommen.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Demokratische Wahlen gefordert

Qu. FRANKFURT, 5. Januar. Das "Zapatistische Nationale Befreiungsheer" (EZLN) in Chiapas hat in Mexiko Wahlen gefordert, bei denen alle Parteien gleiche Chancen haben. Der Kommandant Marcos des EZLN kritisierte gegenüber der mexikanischen Zeitung "Jornada", das derzeitige Wahlgesetz sei nach dem Willen Präsident Salinas de Gortari gemacht und favorisiere die seit Jahrzehnten regierende "Partei der Institutionalisierten Revolution" (PRI). Marcos stritt ab, daß das EZLN eine Regierung bilden wolle. Die "Zapatistas" forderten nur eine demokratisch legitimierte Regierung und eine Anerkennung der verschiedenen Völker in Mexiko. Einen Zusammenhang mit der Befreiungstheologie gebe es nicht. Der Anführer der Kämpfer in San Cristóbal de las Casas sagte weiter, die "Zapatistas" verfügten unter den Indios über zahlreiche Anhänger. Die Kenntnis des Geländes und ihre Zugehörigkeit zur einheimischen Bevölkerung mache den Mangel an schweren Waffen wett. Marcos warf den nichtindianischen Bewohnern Chiapas Rassismus vor. So würden etwa Indios in den öffentlichen Verkehrsmitteln gezwungen, ihre Plätze für Weiße zu räumen. Die ständigen Verletzungen der Menschenrechte durch die Armee, der Hunger und das Elend, in das Salinas das Land getrieben habe, hätten die "Zapatistas" zu ihrem Kampf gezwungen.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Mexikos Armee jagt die Rebellen

SAN CRISTÓBAL DE LAS CASAS, 6. Januar (AP). Die mexikanische Armee hat am Mittwoch die Suche nach aufständischen Indios im Süden des Landes fortgesetzt und dabei Kampfflugzeuge und schwere Artillerie eingesetzt. Gleichzeitig bot die Regierung den Rebellen Verhandlungen an, stellte dabei aber weitgehende Bedingungen. Auch demonstrierte sie den Willen, Übergriffe der Armee bei der Bekämpfung der Guerrilleros zu untersuchen. Die Zahl der Todesopfer wurde nun mit insgesamt 105 angegeben. Nach Angaben der katholischen Kirche sind jedoch bislang mehr als 400 Menschen getötet worden.

Zwei Kampfflugzeuge der Armee griffen am Mittwoch Ziele in dem Elendsviertel am Rand der Stadt San Cristóbal de las Casas an. Über Opfer und Schäden wurde zunächst nichts bekannt, da Reporter von Soldaten am Betreten dieses Gebiets gehindert wurden. Außerdem durchkämmte die Armee den Dschungel im Krisengebiet des Staates Chiapas. Dorthin haben sich die Guerrilleros zurückgezogen.

Wie verlautete, haben die Rebellen unter anderem Stellungen beim Dorf El Corralito bezogen, das in der Umgebung von San Cristóbal liegt. Die Armee teilte mit, in der Stadt Ocosingo seien noch Heckenschützen aktiv. Die Zeitung "Excelsior" berichtete, etwa 14 000 Soldaten seien im Einsatz. Die Zahl der Rebellen wird auf etwa tausend geschätzt.

Erstmals gestand die Regierung ein, daß sie schon seit Mai vergangenen Jahres von der Existenz einer Rebellengruppe im Staat Chiapas, der als besonders rückständig gilt, gewußt hat. Am 23. Mai seien bei Ocosingo drei Soldaten in einem Gefecht mit Aufständischen getötet worden, teilte die Staatssekretärin im Innenministerium, Socorro Diaz, mit. Bei den Guerrilleros habe es sich um Mexikaner und Ausländer gehandelt. Bisher habe die Regierung diese Kenntnisse aus Sicherheitsgründen nicht bekanntgegeben. Es hatte geheißen, eine derartige Organisation sei nicht bekannt gewesen.

Auf Ersuchen von Präsident Salinas de Gortari traf am Mittwoch der Vorsitzende der in hohem Ansehen stehenden Nationalen Menschenrechtskommission Mexikos,

Jorge Madrazo, in San Cristóbal ein, um Berichten über Übergriffe des Militärs bei der Bekämpfung des Aufstands nachzugehen. "Wenn es konkrete Vorwürfe gegen die Armee gibt, müssen sie untersucht werden", sagte er vor Reportern. Eloyy Cantu Segovia, ein Berater von Innenminister Gonzalez, der früher Gouverneur von Chiapas war, deutete in San Cristóbal an, zu den Vorfällen, die untersucht werden sollten, gehöre der Tod von zwei Männern, einer Frau und eines Mädchens in der Nähe von Ocosingo. Ihre Leichname waren am Mittwoch in einem von Schüssen durchsiebten Kleinlaster gesehen worden. Ein Offizier der Armee erklärte, die vier hätten an einer Straßensperre nicht anhalten wollen.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

In Chiapas geschätzt

Die Erschütterungen, die vom Süden Mexikos her die Hauptstadt erreichen und dort Veränderungen bewirken sollen, haben die Stellung eines Mannes gefestigt, dessen Absetzung schon ausgemacht schien. Der Bischof von San Cristóbal de las Casas, Samuel Ruiz García, wird jetzt mit seinen Nachbarbischöfen, Felipe Aguirre Franco und Felipe Arizmendi Esquivel, als Vermittler gebraucht. Bischof Ruiz, der im November siebzig Jahre alt wird, hat das Vertrauen der Menschen in der Umgebung von San Cristóbal und wird auch unter den nichtgetauften Indios geschätzt. In dem Maße und in der Weise jedoch, wie er in fast 35 Bischofsjahren die Wertschätzung der Bevölkerung gewonnen hat, hat er sich das Mißtrauen und die Kritik der Regierung und des Apostolischen Nuntius in Mexiko zugezogen, der in Rom seine Absetzung betrieben hat.

Man kann Ruiz einen linken Bischof nennen, und er wird sich vermutlich nicht darüber empören, obgleich er selbst seine Arbeit nicht unter politischen Kategorien sieht. Laut und öffentlich hat er die Mißstände im Bundesstaat Chiapas benannt und angeklagt und sich auf die Seite der Indios gestellt. Selbst der Präsident Mexikos sprach in diesen Tagen von bestehenden Ungerechtigkeiten. Während ein kleiner Teil der Menschen dort in Wohlstand lebt, darbt ein viel größerer Teil. Es ist dort üblich, sich auf den großen Plantagen für einen Hungerlohn zu verdingen. Die Bildungseinrichtungen sind schlecht, und die Wohlhabenden setzen zudem die Habenichtse unter Druck. Wo immer er kann, weist Bischof Ruiz auf die ungerechte Verteilung hin. Menschenrechtsverletzungen prangert er an und geht mit juristischen Mitteln dagegen vor. Die Indios ermuntert und fördert er, ihr Leben im Vertrauen auf Gott selbst zu gestalten. Offenbar sahen sich einige dadurch bestärkt, sich der Guerrilla anzuschließen, deren Aufbau, wie zu hören ist, schon vor Jahren begonnen hat. Auch Katecheten und pastorale Helfer sollen dazu gehören.

Das gibt zwar noch keinen Grund, den Bischof von San Cristóbal und die ganze katholische Kirche in Verbindung mit den Aufständischen zu bringen, doch genügte es dem Nuntius Girolamo Prigione, die Diözese in Unordnung zu sehen und dem Bischof schwere Irrtümer in der Lehre und in der Seelsorge vorzuwerfen.

"Einseitigkeit" in der pastoralen Arbeit und Gebrauch "marxistischer Elemente"

wurden ihm vorgeworfen. Die Vorhaltungen wurden nach Rom gemeldet. Dabei soll der Nuntius eng mit Regierungskreisen in der Hauptstadt zusammengearbeitet haben. Die Regierung bestreitet jede Einflußnahme und verweist auf das Recht und die Pflicht der Kirche, ihre Angelegenheiten eigenständig zu regeln.

Bischof Ruiz sieht sich im Einvernehmen und in Übereinstimmung mit dem Papst, wenn er für die Armen und die Achtung der Menschenrechte eintritt. Auch läßt er keinen Zweifel an seiner Treue zur Kirche aufkommen. "Wenn man mir andere Aufgaben überträgt, werde ich akzeptieren", sagte er, als sich der Konflikt zuspitzte. 180 Nicht-Regierungsorganisationen haben sein Verbleiben im Amt gefordert. Auch in der mexikanischen Bischofskonferenz, in der durchaus gegensätzliche Meinungen vertreten werden, fand Ruiz schließlich Unterstützung. Die Bischöfe wählten ihn zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden. Damit dokumentierten sie, daß der Nuntius nicht der Prinzipal der mexikanischen Kirche ist. Auch aus Rom soll inzwischen ein versöhnlich gehaltenes Schreiben bei Ruiz eingegangen sein. Jetzt will auch die Regierung seine Verbindungen zum Mittlerdienst nutzen.

PETER SCHILDER

Bildunterschrift: Samuel RUIZ GARCÍA Foto KNA

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Mit harter Hand in Mexiko

Der Aufstand der Indios / Schaden für das Ansehen des Landes / Von Peter Schilder
FRANKFURT, 9. Januar. Mexiko, geographisch zu Nordamerika gehörig, aber kulturell mit dem Süden des Kontinents verbunden, schickt sich gerade an, zu den Industrienationen aufzuschließen. Da läßt der Aufstand in Chiapas, über dessen Hintergrund und Ablauf bisher nur wenig Verlässliches bekannt ist, das Land wie einen ertappten Schüler erscheinen, der seine Hausaufgaben nicht gemacht hat. Die seit einigen Jahren gewonnene Reputation steht auf dem Spiel.

Die sechsjährige Amtszeit des Staatspräsidenten Salinas de Gortari geht zu Ende. Er hat das Land aus einer wirtschaftlich desolaten Lage herausgeführt und vielversprechende Perspektiven eröffnet. Er hat eine grundlegende Umschuldung zustande gebracht und eine umfassende Wirtschaftsreform eingeleitet. Die Staatsverschuldung konnte zurückgedrängt, die Preise konnten stabilisiert werden. Von Anfang an hatte Salinas dabei die Vereinigten Staaten im Blick, mit denen Mexiko etwa 70 Prozent seines Außenhandels abwickelt. Das Freihandelsabkommen Nafta schafft jetzt eine vertragliche Grundlage dafür und soll neue Chancen eröffnen. Mexiko will aus dem Kreis der Entwicklungsländer heraustreten. Auch deshalb gab Salinas der industriellen Produktivität Vorrang in seiner Politik.

Der Präsident hat nach anfänglicher Skepsis immer mehr Popularität und Zustimmung im Land gewonnen. Seine Regierung nahm lange verschobene Vorhaben in Angriff und brachte soziale Projekte auf den Weg. Salinas wandte sich gegen die verbreitete Korruption und suchte selbst immer wieder den Kontakt zu den Menschen. Er warb für seine Politik, die manche Erschwernisse brachte, und verbreitete optimistische Stimmung im Land. Die Mexikaner begegneten ihm überwiegend freundlich und zustimmend. Dennoch treten jetzt innenpolitische Versäumnisse in den Vordergrund. Nicht alle Mißstände hat die Regierung Salinas zu verantworten, aber es kann ihr vorgehalten werden, manche strukturell bedingten und historisch gewachsenen Fehlentwicklungen nicht entschieden genug bekämpft zu haben.

Die sozialen Gegensätze sind in Mexiko bis heute groß. Jede Regierung wäre

überfordert, wenn sie das in einer Legislaturperiode beseitigen wollten. Aber die besondere Aufmerksamkeit für die industrielle Entwicklung in den Industriezonen um Mexiko-Stadt und im Norden hat zu einer Vernachlässigung des gesamten Agrarsektors und der ländlichen Entwicklung geführt. Die Landverteilung bedarf schon seit Generationen einer befriedigenden Neuregelung. Große Plantagen verdrängen die Kleinbauern und lassen ihnen nur eine kümmerliche Existenz. Immer wieder kommt es zu Konflikten.

Für die einheimischen Indianer ist das eine Existenzfrage. Sie leben überwiegend in kleinen Gruppen und Dorfgemeinschaften von der Landwirtschaft. Wenn das Land sie nicht mehr ernährt, streben sie in die Städte und fristen dort ihr Leben als Bettler oder Hilfsarbeiter. Die indigene Bevölkerung wird auf sieben bis acht Millionen, also etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung Mexikos geschätzt. Das ist jedoch eine fragwürdige Zahl, da als unterscheidendes Merkmal nur Sprache und Lebensweise herangezogen werden. Etwa 90 Prozent der Mexikaner sind indianischer Abstammung; doch wer in den Städten Fuß gefaßt hat, bezeichnet sich selbst nicht mehr als Indianer. Vielmehr gilt es als schimpflich, Indio genannt zu werden. Die Gruppe "echter" Indios ist offenbar zu klein, um die Aufmerksamkeit der Politiker zu finden, die zudem ständig eine mexikanische Identität propagieren. Die angestammte Lebensweise der Indios steht zudem einer raschen wirtschaftlichen Entwicklung entgegen.

Die regierende "Partei der institutionalisierten Revolution" (PRI) ist seit 1928 in Mexiko an der Macht und hat sich zur Staatspartei entwickelt. Die anerkannten Oppositionsparteien rechts (PAN) und links (PRD) haben so gut wie keinen Einfluß auf die Regierungspolitik, legitimieren aber durch ihre Existenz das System als demokratisch. Die PRI hat im Laufe der Jahre alle Schlüsselpositionen be- und die ganze Verwaltung durchgesetzt. Niemand gewinnt politischen Einfluß ohne die PRI. Dadurch wird das Austragen politischer Meinungsgegensätze fast unmöglich, es gibt kaum offene politische Dispute als Ventil zum Ableiten vorhandener Spannungen. Zudem wird die PRI mit strenger Hand geführt. Zwar hat der Präsident, der sein Amt der Partei verdankt, keine Funktion in der Partei, aber er bleibt ihr erster Vertreter. Sein Wort ist entscheidend. Da gewinnen jene Nachrichten Glaubwürdigkeit, die - unbestätigt zwar - davon sprechen, daß auch PRI-Mitglieder in den Aufstand in Chiapas verwickelt sind, und zwar solche, die sich von Salinas ins Abseits gedrängt wähnen.

Für Entsetzen sorgen die Berichte darüber, mit welcher Härte die Armee gegen die Aufständischen und alle, die sie dafür hält, vorgeht. Kein Staat der Welt wird eine Guerrilla dulden können, doch Mexiko hat seine eigenen Erfahrungen mit Revolten. Sie wurden immer mit harter Gewalt niedergeschlagen. Es kommen jene hundert Studenten in Erinnerung, die 1968 bei einem Polizeieinsatz ums Leben kamen. Auch jetzt gibt es wieder Hinweise auf brutales Vorgehen der Streitkräfte, die nicht zwischen Schuldigen und Unschuldigen unterscheiden.

Präsident Salinas versucht dem verheerenden Eindruck entgegenzuwirken. Er hat den Menschenrechtsbeauftragten nach Chiapas geschickt, damit er dort Vergehen aufdecke und dokumentiere. Auch zeigte Salinas Verständnis für den Unmut der Indios. Er schickte Nahrung und versprach eine Verbesserung der sozialen Infrastruktur. Der PRI-Kandidat für die Präsidentenwahl im August, Colosio, schwieg bisher. Nach seiner Nominierung hatte er sich als moderner und demokratischer Präsidentschaftsbewerber zu erkennen gegeben, der ohne Betrug das Präsidentenamt erreichen will. Bis zum Beginn dieses Jahres hatte er auch gute Chancen dafür.

Bildunterschrift: Mexikanische Regierungssoldaten in San Cristóbal de las Casas. Foto AP

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Die aufständischen Indios schlagen die Nobelpreisträgerin Menchú als Vermittlerin vor

Bombenanschläge in Mexiko-Stadt und in Acapulco / Bislang mehr als hundert Tote

MEXIKO-STADT, 9. Januar (AP). Zum ersten Mal haben die aufständischen Indios im Süden Mexikos, die sich seit dem Beginn dieses Jahres mit den Truppen der Regierung schwere Gefechte liefern, am Wochenende ihre Bereitschaft zu Verhandlungen angedeutet. Die in Mexiko-Stadt erscheinende Zeitung "La Jornada" berichtete am Samstag, sie habe eine Mitteilung der Indios erhalten, in dem die Rebellen unter anderen die guatemaltekeische Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú als Vermittlerin vorschlugen. Nach Angaben der Zeitung wurden auch der Bischof Samuel Ruiz in der Hauptstadt von Chiapas, San Cristóbal, und der Journalist Julio Scherer als Vermittler für die Friedensgespräche benannt.

In Mexiko-Stadt explodierte am Samstag in der Tiefgarage eines Einkaufszentrums eine Bombe. Mindestens ein Mensch wurde verletzt. Es entstand erheblicher Sachschaden. In dem Badeort Acapulco am Stillen Ozean detonierte eine Autobombe vor einem Regierungsgebäude. Niemand wurde verletzt. Vor dem Innenministerium in Mexiko-Stadt demonstrierten fünftausend Menschen gegen das Vorgehen der Streitkräfte im Süden des Landes. Die Demonstranten riefen "Mörder" und forderten "Stoppt den Völkermord in Chiapas". Bei den Kämpfen wurden seit dem Neujahrstag mehr als hundert Menschen getötet.

In den Bundesstaaten Puebla und Michoacan wurden Anschläge auf Hochspannungsleitungen verübt. Die Behörden mutmaßen, daß Indios die Anschläge verübt haben. Vor Beginn des Aufstandes hatten die Indios angeblich 1,5 Tonnen Dynamit und 1500 Zünder gestohlen. In Chiapas und San Cristóbal, wo die Regierung bis zu 12 000 Soldaten zusammenzog, blieb es unterdessen weitgehend ruhig. Nach Angaben von Augenzeugen zogen sich die Aufständischen, die für wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung ihres armen Bundesstaats kämpfen, in die Bergwälder zurück. Die stellvertretende Innenministerin Díaz behauptete, einige führende Kämpfer der Indios seien als leitende Mitglieder linksgerichteter Guerrillaorganisationen anderer mittelamerikanischer Staaten identifiziert worden. Es

beteiligten sich zwar auch Indios aus Chiapas an der Rebellion, doch seien diese zuvor "manipuliert oder erpreßt" worden. Obwohl die Gefechte zwischen den Indios und der Armee nachgelassen haben, stellen sich die Streitkräfte auf einen mehrmonatigen Kampf ein. Nebel und starke Regenfälle verhinderten den Einsatz von Kampfflugzeugen gegen die aufständische Urbevölkerung. Die Armee erwartet, daß die Niederschlagung der Erhebung mindestens sechs Monate dauern wird. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen sind aufgrund der Kämpfe schon mehr als tausend Menschen aus dem Bundesstaat geflüchtet.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Die Schlinge von Chiapas

Über die kulturellen Wurzeln des Aufstands / Von Octavio Paz

Die Vorfälle in Chiapas haben uns alle überrascht, die Mexikaner ebenso wie die ausländischen Beobachter. Zwar hatten wir von ernststen sozialen Konflikten und von wiederholten Zusammenstößen der verschiedenen untereinander zerstrittenen Parteien in dieser Provinz gehört; doch schien keine dieser Unruhen eine wirkliche Bedrohung des Friedens in diesem Bundesstaat und schon gar nicht im ganzen Land darzustellen. Plötzlich, von heute auf morgen, sehen wir uns einer bewaffneten und nach Jahren der Indoktrination in wenigen Monaten sorgfältig vorbereiteten Bewegung gegenüber. Wir haben es nicht mit einer spontanen Revolte, sondern einer gründlich geplanten militärischen Aktion zu tun. Wie läßt sich das Geschehene erklären?

Zunächst einmal ist die Revolte von Chiapas ein Phänomen, das ganz mit den besonderen Bedingungen dieser Region zusammenhängt. Deshalb ist es sehr unwahrscheinlich - wenn auch nicht unmöglich -, daß sich die Erhebung auf andere Teile des Landes ausbreitet. Zugegeben, auch in Oaxaca und Guerrero herrschen Verhältnisse, in denen sich die ländliche Armut mit ethnischen Spannungen verbündet, doch der Fall Chiapas ist ein besonderer: Es handelt sich um eine Region im Süden des Landes, die traditionsgemäß unter einem historischen Rückstand leidet und deren Situation in kultureller, sozialer und historischer Hinsicht unleugbare Ähnlichkeiten mit Teilen Guatemalas und El Salvadors aufweist. Die indianische Präsenz ist sehr lebendig; sie ist es, die dem Staat Gesicht und Persönlichkeit verleiht. Die traditionelle Kultur, obwohl jahrhundertlang beherrscht und in die Knie gezwungen, ist keine Reliquie, sondern Wirklichkeit. Die indianischen Sprachen, die Religion - Verschmelzung von Katholizismus und mittelamerikanische Idolatrie - und viele traditionelle Formen sozialer Organisationen haben sich erhalten. In Chiapas hat die Moderne spät und schlecht Fuß gefaßt. Sie hat die Bauern nicht befreit und ihre Lebensbedingungen nicht verbessert. Ganz im Gegenteil, mit dem Umsturz der traditionellen Kultur und der alten Hierarchien vergrößerte sie die furchtbaren sozialen und kulturellen Ungleichheiten.

Die ländliche Bevölkerung - die zum ganz großen Teil von einem der berühmtesten prähistorischen Völker, den Mayas, abstammt - war seit Jahrhunderten den verschiedensten Demütigungen und Entbehrungen ausgeliefert. Jahr für Jahr wurden ihre Forderungen weder von den wohlhabenden Schichten, den Hauptschuldigen am chronischen Leiden der Landarbeiter, noch von den Regierenden zur Kenntnis genommen. In den letzten Jahren jedoch haben die Bundes- und die Staatsregierung beachtliche Anstrengungen unternommen, um Ungerechtigkeit und Diskriminierung zu mindern. Leider ist die Wirkung dieser Anstrengungen naturgemäß eine langfristige. Es ist unmöglich, von heute auf morgen eine jahrhundertealte Situation zu ändern.

Hier muß ein weiterer wichtiger Umstand in Betracht gezogen werden, ohne den man nicht verstehen kann, was im Moment in Chiapas passiert. Die Beteiligung extremistischer Gruppen an dem Aufstand ist ein offenes Geheimnis. Schon seit langem haben sie die Indiogemeinden durchsetzt, und angesichts der elenden Lebensbedingungen fiel es ihnen ziemlich leicht, das zu formen, was sie selbst "revolutionäre und militärische Basen" nennen. Es ist, um es freundlich zu sagen, erstaunlich, daß die zivilen und militärischen Behörden von diesen Aktivitäten keine Ahnung hatten. Noch erstaunlicher ist, daß sie, wenn sie davon wußten, keinerlei Schritte unternommen haben, um besagte Aktivitäten zu verhindern.

Wo kommen diese in die Landbevölkerung eingeschleusten Gruppen her? Ihren Verlautbarungen und ihrer Rhetorik nach zu schließen, scheint ihr ideologischer Hintergrund klar: Ideenfetzen des Maoismus, der Befreiungstheologie, des "Leuchtenden Pfads" und der revolutionären Bewegungen Mittelamerikas. Mit einem Wort, Reste des großen Schiffbruchs der revolutionären Entwürfe im zwanzigsten Jahrhundert. Ich kenne die Herkunft der Führer nicht. Es liegt jedoch auf der Hand, daß es sich weder um Indios noch um Bauern handelt. Es reicht, sie zu sehen und ihnen zuzuhören, und man weiß: Diese Leute stammen aus der Stadt. Sie kommen aus extremistischen Organisationen, Überlebende der endlosen Krisen der revolutionären Parteien. Von diesen Gruppen haben sie die straffe Disziplin, die Arbeit im Untergrund und den konspirativen Geist übernommen. Es ist nicht auszuschließen, daß sich unter ihnen mittelamerikanische Guerrillakämpfer befinden. Aus all diesen Gründen verwundert es nicht, daß die ersten Aktionen der Aufständischen taktisches Geschick verrieten. Das zeigen der Moment des Ausbruchs (1. Januar), die Gleichzeitigkeit der Aktionen und das

Überraschungsmoment. Vom rein strategischen Gesichtspunkt dagegen - und das ist es, was bei Aktionen dieser Art zählt -, ist die Erhebung illusorisch und zum Scheitern verurteilt. Sie entspricht nicht der Situation und den Zielen unseres Landes. Weit davon entfernt, sich auszubreiten, wird sich die Bewegung gezwungenermaßen immer weiter in den Wald von Lacendona zurückziehen, bis sie verschwindet. Die Bewegung entbehrt der militärischen Strategie. Außerdem ist die Abgestandenheit ihrer Ideologie unübersehbar. Es sind grob vereinfachende Ideen von Leuten, die in einer anderen Epoche als der unseren leben. Neben den wahnhaften Charakter der Erhebung tritt ihre Gewaltverherrlichung. All dies wird am Ende dazu führen, daß sich die Gewalt am Ende gegen die Aufständischen selbst richtet. Es handelt sich um eine selbstmörderische Gewalt.

Die Lösung - ich meine die militärische, nicht die soziale oder politische - wird schnell kommen. Ich glaube, daß es den Streitkräften bald gelingen wird, die Ordnung in dieser Region wiederherzustellen. Das muß mit Menschlichkeit und unter Wahrung der Menschenrechte geschehen. Unsere Behörden sollten stets den Dialog der Anwendung von Gewalt vorziehen. Man darf nicht vergessen, daß die Indiogemeinden getäuscht wurden von unverantwortlichen Demagogen. Sie sind es, die vor dem Gesetz und vor der Nation haften sollten. Sie haben einen zum Scheitern verurteilten Aufstand angeführt, doch der Schaden, den sie der Nation zugefügt haben, ist unabsehbar. Sie haben das internationale Ansehen Mexikos beschädigt; längst sind wir Gegenstand von Spekulationen und schnellen Verurteilungen in der Weltpresse. Sie haben Zweifel an unserer Wirtschaft gesät, ausgerechnet jetzt, da das Freihandelsabkommen (Nafta) in Kraft tritt (die Börse hat den Schlag sofort gespürt). Kurzum, sie haben für Zwietracht und Chaos gesorgt in einem ausgesprochen schwierigen Abschnitt unseres politischen Lebens, und die Präsidentschaftswahlen stehen vor der Tür.

Die Anführer der Bewegung sind nicht die einzigen Verantwortlichen. Ebenso groß - in historischer und moralischer Hinsicht vielleicht noch weit größer - ist die Verantwortung der Oberschicht von Chiapas und vieler Lokalpolitiker. Die Ereignisse sind eine Warnung. Wenn an irgendeinem Ort Mexikos soziale, politische, wirtschaftliche und moralische Reformen dringend nötig sind, dann in Chiapas. Octavio Paz, der mexikanische Schriftsteller und Nobelpreisträger für Literatur, hat seinem Land mehrere Jahrzehnte als Diplomat gedient. Er ist Herausgeber der Zeitschrift "Vuelta".

Aus dem Spanischen übersetzt von Clementine Kügler.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Vor dreißig Jahren in Chiapas

Rosario Castellanos läßt den Aufstand der Indios scheitern

Einer der Romane von Rosario Castellanos, die von 1925 bis 1974 lebte, wurde hierzulande bekannt: *Balún Canán* erschien im Jahr 1957 in Mexiko und unter dem Titel "Die Neun Wächter" bereits 1962 auf deutsch. Auch das fünf Jahre nach *Balún Canán* entstandene Werk "Das dunkle Lächeln der Catalina D'íaz" spielt in Chiapas im Süden Mexikos. Dort wuchs die Autorin in nahem Kontakt zu den Indios auf. Schilderte sie in den "Neun Wächtern" das Leben der zu den Maya gehörenden Tzotzil-Indios mit den Augen eines Kindes, ist der spätere, umfangreichere Roman ein epischer Entwurf mit historischem Anspruch: Rosario Castellanos beschreibt einen Indio-Aufstand, der nach der Agrarreform, welche die mexikanische Regierung neben der Verstaatlichung der Erdölindustrie in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts durchsetzte, begonnen wurde und scheiterte.

Fernando Ulloa, ein Ingenieur, soll im Auftrag der Regierung anhand alter Urkunden den Indios Boden zueignen, den die Großgrundbesitzer seit Generationen zu Unrecht für sich beanspruchen. Die Indios, die in einer Art Reservat in ärmsten Verhältnissen lethargisch dahinleben, werden sich durch sein Engagement ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Weißen erst bewußt. In Pedro Winiktón, der als Gemeinderichter der Indio-Gemeinde dient und als einziger unter ihnen lesen kann, findet Ulloa einen scheuen Verbündeten. Eigentlicher Auslöser für die unkontrolliert ausbrechende Revolte ist indessen der religiöse Wahn, der die Indio-Gemeinde erfaßt. Er wird von der an epileptischen Anfällen leidenden Seherin Catalina D'íaz, der Frau Pedro Winiktóns, geschürt. Die von ihr ins Leben gerufenen Kulthandlungen finden ihren Höhepunkt in der Ermordung des katholischen Priesters und schließlich in einem Opferritus, bei dem am Karfreitag ein junger Indio gekreuzigt wird. Die aus diesem Akt erwachsende kollektive Ekstase mündet in den Aufstand, bei dem die Indios die Siedlungen der Weißen überfallen. Die planlos agierenden Indios werden am Ende von bewaffneten Einheiten der Weißen aufgerieben. Ulloa wird gar gelyncht.

In parallel laufenden Erzählsträngen wechselt der Roman die Perspektive zwischen Weißen und Indios. Innerhalb des breiten Figurenspektrums ergeben sich dabei

überraschende Verschränkungen, die vor allem jene Personen des Romans betreffen, die beiden Gemeinschaften angehören. Das Indio-Mädchen Marcela etwa wird auf einem ihrer Gänge in die Stadt von einem der Großgrundbesitzer vergewaltigt. Daraus entsteht das Kind Domingo, das von dem kinderlosen Paar Catalina und Pedro aufgezogen und bei der Karfreitagsmesse schließlich gekreuzigt wird. Oder Julia Azevedo, die Lebensgefährtin Ulloas: Sie wird die Geliebte des Emporkömmlings Cifuentes, der die Weißen am Ende in den Kampf gegen die Indios führt. So erzeugt die Autorin ein fesselndes Gespinnst, in dem jedes Motiv auf das tragische Ende hinstrebt. Die Erzählhaltung verweist dabei auf eine Bevorzugung der magischen Weltsicht der Indios, die in der Figur der Catalina D'íaz verkörpert ist. Dies ist ein Merkmal des indianerkundlichen Romans, der so die kulturelle Eigenständigkeit der Indios zu betonen versucht.

Die Übernahme des Kreuzigungsrituals bei der Karfreitagsmesse (diese gibt dem Roman im Original auch den Titel) deutet in ähnlicher Weise auf den Versuch einer religiös-kulturellen Emanzipation der Indios. Jedoch haftet dem vergeblichen Opfertod in der Zeit der Agrarreform ein anachronistischer Zug an; er wird den sozialen und ökonomischen Notwendigkeiten nicht gerecht. Die historische Schieflage des Sujets mag daher kommen, daß die Autorin ein Ereignis der Jahre 1867 bis 1870 ins zwanzigste Jahrhundert verlegte. Damit ist indessen ein grundsätzliches Problem der Literatur über die Indios bezeichnet, die oft geneigt ist, deren magische Weltsicht in eine mythisch und poetisch verklärte Archaik und Authentizität zu verwandeln. Ästhetisch überzeugt das nur dort, wo eine solche Sicht mit einer besonderen subjektiven Perspektive, etwa der eines zwischen den Kulturen stehenden Kindes wie in Rosario Castellanos' früherem Roman "Die Neun Wächter", motiviert ist.

WOLFGANG LASINGER

Rosario Castellanos: "Das dunkle Lächeln der Catalina D'íaz". Roman. Aus dem Spanischen übersetzt von Petra Strien-Bourmer. Europaverlag, Wien und Zürich 1993. 408 S., geb., 39,80 DM.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Zehntausende demonstrieren in Mexiko-Stadt gegen Regierung

MEXIKO-STADT, 13. Januar (AFP). Trotz der versöhnlicheren Haltung der mexikanischen Regierung im Konflikt mit den Indianern haben mehrere zehntausend Personen gegen die Politik von Präsident Salinas de Gortari in Mexiko-Stadt demonstriert. Die Teilnehmer an dieser größten Kundgebung seit mehr als fünf Jahren beschimpften Salinas als "Mörder" forderten ein "Ende des Massakers" an der Indio-Bevölkerung im Bundesstaat Chiapas. Salinas hatte zuvor eine einseitige Feuerpause der Regierungstruppen angeordnet.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Das andere Mexiko

ba. Wenn Zehntausende gegen die Regierungspolitik demonstrieren, so ist das in der volkreichsten Stadt der Erde nach Zahlen gewertet noch kein Massenereignis, aber eben für die mexikanische Hauptstadt doch eine ungewöhnliche Erscheinung, seit vor einem Vierteljahrhundert die Studentenproteste mit dem Massaker auf dem "Platz der drei Kulturen" erstickt wurden. Schon vor dieser Demonstration in der Hauptstadt hatte die nervöse Reaktion der Regierung auf den Aufstand im südlichen Bundesstaat Chiapas - zuerst massiver Militäreinsatz, dann eine Offensive der Gesprächsbereitschaft - den Eindruck genährt, daß dies nicht nur eine Krise von lokaler Bedeutung ist. Just in dem Augenblick, da das Mexiko des wirtschaftsliberalen Reformpräsidenten Salinas de Gortari in der neuen nordamerikanischen Freihandelszone sich als modernes westliches Land, von den nördlichen Partnern kaum verschieden, präsentieren will, brechen Risse an der schwächsten Stelle auf und ziehen den Blick auf ein anderes Mexiko. In Chiapas mit seinem Indio-Elend und der Willkürherrschaft lokaler Bonzen ist es besonders kraß ausgebildet. Aber auch in den weniger rückständigen Landesteilen ist Mexiko von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Marktwirtschaft noch weit entfernt.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Camacho bildet Kommission mit Bischöfen in Chiapas

MEXIKO-STADT, 14. Januar (AFP). Das Warten auf die Reaktion der linksgerichteten Guerrilla auf die von Staatspräsident Salinas angeordnete einseitige Feuerpause hat das politische Leben in Mexiko dominiert. Der Sondergesandte des Präsidenten zur Befriedung des süd mexikanischen Bundesstaates Chiapas, der ehemalige Außenminister Camacho, bildete zusammen mit sieben Bischöfen der Region eine Kommission, die Vorschläge zur Beilegung des Konflikts ausarbeiten soll. Die katholische Kirche erklärte ihre Bereitschaft, als Vermittlerin bei Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und dem Zapatistischen Nationalen Befreiungsheer (EZLN) tätig zu werden. Camacho bezeichnete die EZLN als "eine politisch, militärisch und ideologisch festgefügte Organisation".

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

In Mexiko Hinweise auf Übergriffe der Armee

MEXIKO-STADT, 16. Januar (AP/ AFP). Rund zwei Wochen nach Beginn des Aufstandes von Indios in Südmexiko verdichten sich die Anzeichen für Übergriffe der Armee gegen die Rebellierenden: Gerichtsmediziner entdeckten am Wochenende in der Nähe der Ortschaft Ocosingo, die ein Schauplatz der heftigen Kämpfe zwischen den Indios und Regierungstruppen im Staat Chiapas war, ein Massengrab, in dem offenbar Indios verscharrt wurden. Der Leiter der von der mexikanischen Menschenrechtskommission beauftragten Medizinergruppe, González, sagte, bislang seien sechs Leichen geborgen worden. Aber auf dem Grund der zweieinhalb Meter tiefen Grube lägen noch mindestens drei weitere Tote. Nach Angaben des Gerichtsmediziners steht eine Identifizierung der Opfer noch aus. Mindestens eines von ihnen habe Sandalen getragen, wie sie für die indianischen Bauern der Region typisch seien. In Mexiko-Stadt beschuldigte eine Delegation kanadischer Menschenrechtler die Armee, bei der Bekämpfung des Aufstands zahlreiche Indios willkürlich hingerichtet zu haben. Außerdem wurde die Armee beschuldigt, sie schränke die Bewegungsfreiheit der Bewohner in einigen Gegenden von Chiapas so weit ein, daß dies faktisch dem Belagerungszustand gleichkomme. Unterdessen kündigte der mexikanische Präsident Salinas eine Generalsamnestie für die indianischen Rebellen an. In einer im Fernsehen übertragenen Rede an die Nation sagte Salinas, er werde eine Gesetzesvorlage ins Parlament einbringen. Der Staatschef kündigte zudem ein "Gerechtigkeitsprogramm" für Chiapas an.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Mexiko in Flammen

Mario Vargas Llosa über den Aufstand

Nach den mexikanischen Schriftstellern Octavio Paz und Carlos Fuentes (siehe F.A.Z. vom 10. und 11. Januar) hat nun auch der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa die gespannte Lage im mexikanischen Bundesstaat Chiapas kommentiert. Unter dem Titel "Mexiko in Flammen" schrieb Vargas Llosa in der spanischen Tageszeitung "El País", Mexiko sei nun von einer Bewegung erfaßt worden, die man bis dahin aus El Salvador, Guatemala, Kolumbien oder Peru gekannt, in Mexiko aber für unwahrscheinlich gehalten habe: Umstürzler ohne die geringste Aussicht auf Beteiligung an der Macht hielten das Land durch Anschläge in Atem, deren Opfer zum großen Teil Unschuldige und Arme seien. Ihren antikapitalistischen Parolen nach zu urteilen, sei den Guerrilleros offenbar entgangen, warum die Berliner Mauer gefallen sei. Die Ideologie der Aufständischen sei noch rückständiger als die Ideologie der regierenden PRI (Partido Revolucionario Institucional). Angesichts der faktischen Einparteienherrschaft, die er selbst als "vollkommene Diktatur" bezeichnet habe, sei die "zapatistische" Erhebung ein Rückschlag für Mexiko. Sie schade den demokratischen Kräften und der spürbaren Liberalisierung, die mit der Präsidentschaft von Salinas einhergegangen sei. Bewaffnete Aufstände seien nur in hermetisch geschlossenen Diktaturen wie Haiti oder Kuba gerechtfertigt. Vargas Llosa räumte ein, daß die Armen von der Modernisierung kaum profitiert hätten. Doch bedeute die wirtschaftliche Öffnung des Landes nicht nur mehr Wohlstand, sondern auf die Dauer auch ein Ende der undemokratischen Einparteienherrschaft. F.A.Z.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Salinas bietet Amnestie an

MEXIKO-STADT, 17. Januar (AFP). Mit der Ankündigung einer Generalamnestie hat der mexikanische Präsident Salinas einen weiteren Versuch unternommen, den Konflikt mit den indianischen Aufständischen im Bundesstaat Chiapas zu entschärfen. In einer vom Fernsehen übertragenen "Rede an die Nation" sagte Salinas, er werde das Parlament zu einer Sondersitzung einberufen und eine entsprechende Gesetzesvorlage einbringen. Ein Führer des Zapatistischen Nationalen Befreiungsheeres (EZLN), der sich "Mayor Mario" nannte, hielt dem Angebot die Entschlossenheit zur Fortsetzung des bewaffneten Kampfes entgegen. Die Indianer zögen es vor, "im Kampf zu sterben", statt "an Cholera oder an der Unterdrückung durch Großgrundbesitzer".

Der Krieg werde so schnell nicht enden, sagte "Mayor Mario", der eine Gruppe von lokalen Reportern in den Bergen von Chiapas empfangen hatte. Die EZLN kämpfe für "Demokratie ohne Betrug", Land für alle und Arbeit. Zugleich wies der Guerrillaführer Behauptungen zurück, die Aufständischen würden von ausländischen Kämpfern unterstützt. Auf Fragen, wo die indianischen Rebellen ihre militärische Ausbildung erfahren hatten, ging "Mayor Mario", dessen Alter auf 21 Jahre geschätzt wurde, nicht ein.

Die Amnestie soll nach den Worten von Präsident Salinas für alle gelten, die sich vom Neujahrstag bis zum Sonntag an "Gewalttaten" im süd mexikanischen Bundesstaat Chiapas beteiligt hätten. Gewalttaten, die später begangen würden, fielen nicht unter die Amnestie. Der Staatschef kündigte zudem ein umfassendes "Gerechtigkeitsprogramm" für Chiapas an, "damit sich die schmerzhafteste Situation nicht wiederholen kann". Nach Angaben des Präsidenten entspannte der am vergangenen Mittwoch einseitig von der Regierung ausgerufene Waffenstillstand die Lage. In den ersten Tagen des Aufstandes war die Regierungsarmee massiv gegen die Rebellen vorgegangen. Menschenrechtsorganisationen hatten dem Militär dabei schwere Menschenrechtsverletzungen wie Massenhinrichtungen und Folter vorgeworfen. Am Wochenende war ein Massengrab mit rund einem Dutzend verkohlter Leichen entdeckt worden.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Positive Antwort auf Amnestie-Angebot in Mexiko

SAN CRISTOBAL, 18. Januar (AP). Die Indiorebellen in Südmexiko haben nach offiziellen Angaben positiv auf das Amnestieangebot der Regierung reagiert. Der von Präsident Salinas de Gortari berufene Vermittler stellte am Montag eine Antwort der Regierung darauf für die allernächste Zeit in Aussicht. Zugleich wurde bekannt, daß sich die Rebellen an den amerikanischen Präsidenten Clinton gewandt und ihn aufgefordert haben, Mexiko keine Mittel für den Kampf gegen den Aufstand im Staat Chiapas zu gewähren. Der mexikanische Vermittler Camacho Solis sagte am Montag in San Cristobal de las Casas, er dürfe über die von ihm als positiv bewertete Botschaft der Nationalen Befreiungsarmee Zapata (EZLN) keine Angaben machen, um die Verhandlungen nicht zu gefährden. Dies hätten sich die Rebellen ausbedungen. Drei mexikanische Zeitungen berichteten am Montag über einen Brief, den "Unterkommandant Marcos" am 13. Januar "aus den Bergen des süd.stlichen Mexikos" an Präsident Clinton gerichtet habe. Darin hieß es, Hilfe, die Amerika für die Bekämpfung des Rauschgifthandels zur Verfügung stelle, werde für den Kampf gegen die Indios verwendet.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Verachtete Mayas

Octavio Paz' en passant gemachte Bemerkung (sofern die Übersetzung aus dem Spanischen korrekt ist), die Maya seien "prähistorisch" (F.A.Z. vom 10. Januar), enthüllt blitzartig mehr über die Gründe des Indioaufstandes in Chiapas als alle seine sonstigen Bemerkungen. Die Maya prähistorisch? Wann fängt für Paz die Geschichte an? Offensichtlich erst mit der Kolonialisierung Mexikos durch die Spanier. Dabei vollziehen sich Aufstieg und Verfall der Hochkultur der Maya im ersten und Anfang des zweiten Jahrtausends nach Christus, spricht ihre Geschichte durch vielfältige Zeugnisse und Berichte zu uns, trifft nicht einmal die veraltete Auffassung auf die Maya zu, eine schriftlose Kultur sei per definitionem prähistorisch, da die Maya eine Schrift besaßen, auch wenn wir sie noch nicht in allen Einzelheiten verstehen.

Der ladino-spanische Hochmut gegenüber den kulturell so hochstehenden, wenn auch andersartigen Bewohnern des neuen Kontinents (nicht nur in Mexiko) hat - trotz allen Geredes über "la raza" oder die in Mexiko angeblich verschmolzenen "drei Kulturen" - zu der Vernachlässigung, Diskriminierung und Ausbeutung der Indios geführt. Statt die lokalen Behörden in Chiapas oder ausländische Agitatoren für den Aufstand verantwortlich zu machen, sollte Octavio Paz besser die jahrhundertealte Verachtung und Diskriminierung der Indios durch die Kolonialmacht und das unabhängige Mexiko analysieren und sich für eine Umkehr dieser Arroganz, die er offensichtlich teilt, und der fortdauernden Ungerechtigkeiten einsetzen.

Professor Dr. Jürgen H. Wolff, Bochum

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Das Signal von Chiapas

Von Walter Haubrich

In Chiapas schien zunächst alles nach dem bekannten Muster mexikanischer Volksaufstände abzulaufen. Einige hundert Kleinbauern, vorwiegend Indios, verließen ihre armseligen Dörfer, zogen bewaffnet in die Städte der Umgebung, besetzten die Rathäuser und eroberten eine kleine Polizeistation. Die Szenerie wirkte wie übernommen aus den so zahlreichen, episch breiten Filmen, in denen die großen Figuren der mexikanischen Revolution als die Helden eines neuen, gerechteren Vaterlandes gefeiert werden. Die Rhetorik und die Vorliebe für die Geste der Guerrillaführer in Chiapas erinnerten an Emiliano Zapata, Francisco Madero oder Pancho Villa. Selbst die Kampfesrufe wie "Tierra y libertad" waren die gleichen wie bei der Revolution zu Beginn unseres Jahrhunderts.

Die Reaktion der Regierung und der Streitkräfte war zunächst auch die übliche: harte Repression, Erschießung von gefesselten Gefangenen und Bombardierung von ganzen Indiodörfern, in denen Aufständische vermutet wurden. Die Führer von Rebellionen ließ man noch in den sechziger Jahren wie einst Emiliano Zapata von beauftragten Mördern in eine Falle locken und hinterrücks umbringen. Die große Mehrheit der Mexikaner erfuhr erst Jahre später von den blutigen Kämpfen in den abgelegenen Bergen und Wäldern ihres Landes. Die Zeitungen verschwiegen auf Anweisung der Regierung und der mächtigen Regierungspartei die revolutionären Erhebungen im Lande der institutionalisierten Revolution.

Diesmal, in Chiapas, kam es dann doch anders. Mehrere mexikanische Zeitungen berichteten vom ersten Tag an ausführlich über den Aufstand und über die Übergriffe des Militärs. Nach einigen Tagen konnte Präsident Salinas die Soldaten, die er selbst hingeschickt hatte, stoppen. Mexikos Regierung bangte um ihren Ruf. Ihr großzügiges Angebot - Amnestie für alle Aufständischen, schnelle und umfassende Hilfe für Chiapas - zeigt, wie kritisch für Salinas die Situation im Süden des Landes ist, aber wohl auch, daß er es mit der von allen mexikanischen Präsidenten immer wieder versprochenen Demokratisierung ernster meint als seine Vorgänger. Immerhin hat er den rebellierenden Campesinos und Indios versprochen, sie in die

Verhandlungen um wirtschaftliche und soziale Reformen einzubeziehen, und den bei der armen Landbevölkerung geschätzten Bischof Ruiz zum Vermittler berufen. Der bewaffnete Aufstand in Chiapas hat Dinge deutlich gemacht, die nicht auf Mexiko beschränkt sind, und dazu zwei für ganz Lateinamerika wichtige Fragen aufgeworfen. Einmal: Wurde die im Prinzip zweifellos richtige wirtschaftliche Liberalisierung vielleicht zu schnell und mit zu wenig Rücksicht auf die soziale Belastbarkeit großer Bevölkerungsgruppen durchgesetzt? Und dann: Hat in Chiapas eine auf den ganzen Kontinent übergreifende Bewegung der indianischen Bevölkerung, ein gemeinsamer Aufstand der seit 500 Jahren benachteiligten Indios begonnen? Die Indioorganisationen in den iberoamerikanischen Ländern haben in den vergangenen Jahren ihre Aktivität koordiniert. Weiße Anthropologen und politisch leichtfertige einheimische Künstler und Intellektuelle unterstützen offen die auch rassistisch geprägten Forderungen radikaler Indioführer, etwa die Ausweisung der nichtindianischen Bevölkerung, also die Annullierung von 500 Jahren Geschichte. Doch findet solches Verlangen bei der indianischen Bevölkerung nur wenig Zustimmung. Der den ganzen Kontinent erfassende bewaffnete Kampf wird abgelehnt, zumal da die einzige Organisation, die damit begonnen hat, der Leuchtende Pfad in Peru, von Weißen und Mestizen geführt wird und bei "Strafaktionen" in den Anden vorwiegend Indios umbringt.

Auf der anderen Seite haben die populistischen und linksgerichteten Parteien, die sich gern als Sprecher der Indios ausgeben, in mehreren Ländern deren Vertrauen verloren, während die rein indianischen Parteien auch nur von Bruchteilen der Indios gewählt werden. Nur wenige Regierungen - die von Bolivien und Ekuador - haben sich in den vergangenen Jahren eingehend mit den Indiogemeinden beschäftigt, denen fast alles, was sie einst hatten, weggenommen wurde.

Seit einigen Jahren erleben die meisten Länder Lateinamerikas einen langsamen, doch stetigen wirtschaftlichen Aufschwung. Beachtliche Teile der Bevölkerung haben jedoch nicht von dem Wachstum profitiert. Die Ärmsten haben beim Abbau von Subventionen und bei der Schließung unrentabler Staatsunternehmen viele Arbeitsplätze verloren. Den Campesinos im Süden Mexikos wurden mit dem Freihandelsabkommen (Nafta) garantierte Mindestpreise für ihre Erzeugnisse genommen. Das Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten und Kanada ist sicher ein großer Erfolg der mexikanischen Regierung und dürfte die wirtschaftliche Entwicklung des Landes beschleunigen. Es hat allerdings auch die krassen

Unterschiede zwischen dem sich schnell modernisierenden, wohlhabenderen Norden und dem zurückgebliebenen, nur mit einigen Ländern Zentralamerikas zu vergleichenden Süden deutlich gemacht.

Viele Mexikaner glaubten, sie könnten mit einem großen Sprung aus der Dritten in die Erste Welt gelangen. Das war ein Irrtum. Die Verantwortlichen in Lateinamerika, auch die Regierungen der wohlhabenderen Länder wie Argentinien, Chile, Venezuela oder auch Mexiko, sollten nicht vergessen, daß große Teile ihrer Völker noch in tiefer Rückständigkeit leben. Trotzdem muß man die Bemühungen zahlreicher Regierungen, den Rückstand aufzuholen, anerkennen.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Offenbar beginnen bald Verhandlungen in Mexiko

SAN CRISTOBAL DE LAS CASAS, 19. Januar (AFP). Der Beginn von Friedensverhandlungen zwischen der mexikanischen Regierung und den Indianer-Rebellen in Chiapas steht offenbar bevor. Der Vermittler der Regierung, Manuel Camacho, reagierte am Dienstag positiv auf eine Botschaft des Zapatistischen Nationalen Befreiungsheeres (EZLN). Camacho teilte in San Cristobal de las Casas mit, als Antwort auf einen von der Regierung verhängten Waffenstillstand hätten die Guerrilleros seit dem 12. Januar alle Kämpfe eingestellt. Dies und die "Suche nach dem Dialog" werde zu einer politischen Lösung des Konflikts führen. Die Rebellen verlangen, daß der bei der indianischen Bevölkerung in hohem Ansehen stehende Bischof Ruiz die Rolle des Vermittlers übernimmt. Camacho stellte klar, daß die Regierung bereits eine Vermittler-Funktion des Bischofs akzeptiert habe. Unterdessen ist der Interims-Gouverneur von Chiapas, Elmer Setzer Marseille, wegen des Aufstands zurückgetreten.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Mexiko ruft Soldaten aus den Städten im Süden zurück

MEXIKO-STADT, 21. Januar (Reuter). Die mexikanische Regierung hat ihre Truppen aus den Städten des südlichen Bundesstaates Chiapas zurückgerufen, wo vor drei Wochen ein Indianer-Aufstand begonnen hatte. Der von Präsident Salinas de Gortari eingesetzte Unterhändler Camacho sagte, der Schritt solle zum Abbau der Spannungen beitragen. Die mexikanischen Soldaten würden in die Umgebung der Städte zurückgezogen, wo sie Nahrungsmittel und Medikamente verteilen sollten.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf
www.fazrechte.de

Nicht nur lokal

ba. Im süd mexikanischen Chiapas bahnen sich offenbar Verhandlungen zwischen den geheimnisvollen indianischen Rebellen und dem aufgeschreckten Regierungsapparat der seit mehr als einem halben Jahrhundert herrschenden ehemals revolutionären Partei an. Die äußerst mißtrauischen Rebellen werden sich, das ist aus ihrem bisherigen Verhalten zu schließen, nicht mit einigen vordergründigen Konzessionen und wohlklingenden Versprechungen abspeisen lassen, aus denen dann nichts wird, wenn sie erst die Waffen niedergelegt haben. Zugeständnisse der Regierung aber, die so weit gehen, daß die Rebellen sich darauf einlassen, ihren Kombattantenstatus aufzugeben, hätten wohl nicht nur lokale Wirkung, sondern würden über die Grenzen von Chiapas hinaus ausstrahlen. Auch in anderen Teilen Mexikos, wo die Mißstände weniger kraß sind, würde es schwieriger, die eingespielte Verfilzung von politischer und wirtschaftlicher Macht zu Lasten einer ziemlich rechtlosen Unterschicht unangefochten beizubehalten. Aber auch von jenem wirtschaftspolitischen Modernisierungskurs, der Mexiko zum Partner seiner nördlichen Nachbarn in einer gemeinsamen Freihandelszone gemacht hat, könnten Abstriche erforderlich werden, um sozialer Unruhe vorzubeugen.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Redselige Stipendiaten

Schreiben die Schriftsteller zu viel über den Indio-Aufstand?

CHIAPAS, 24. Januar

Die Chefredakteure der großen Zeitungen in Mexiko wie in Spanien bitten inzwischen händeringend die Schriftsteller ihrer Länder um eine Einsendepause: "Schickt uns keine Artikel mehr über Chiapas!" Sie wissen nicht mehr, wohin mit dem vielen unaufgefordert eingesandten Papier, auf dem prominente Autoren ihre Ansichten und Reflexionen über den Indioaufstand in dem südlichsten Staat Mexikos niedergelegt haben. Selten haben sich in so kurzer Zeit so viele bekannte Literaten zu Wort gemeldet, um das Ergebnis ihres Nachdenkens oder auch ihre vorgefaßte Meinung möglichst vielen Menschen auf der Welt mitzuteilen.

Begonnen hatte, wie es sich gehört, der Nobelpreisträger Octavio Paz. Er schreibt seit vielen Jahren Kluges und meistens auch Richtiges über aktuelle politische Ereignisse und ihre Bedeutung für die Zukunft. In seinem Artikel "Die Schlinge von Chiapas" (vgl. F.A.Z. vom 10. Januar) spürt man jetzt allerdings eine doppelte Angst: Die Angst des modernen entwickelten Mexiko, zu dem Paz gehört, vor einer Wiederkehr fast überall gescheiterter revolutionärer Projekte und die Angst der Anhänger des Präsidenten Salinas, der Aufstand könne dessen von so vielen Mexikanern begrüßte Liberalisierungspolitik in Gefahr bringen.

Paz wird vorgeworfen, die Rolle von ausländischen Linksextremisten bei der Vorbereitung des Aufstandes zu übertreiben und dabei Befreiungstheologen, Maoisten und die brutalen Terroristen vom "Leuchtenden Pfad" in einen Topf geworfen zu haben. Die Verantwortung für Unruhen im eigenen Land auf ausländische Provokateure und Agenten zu lenken - das ist ein bei vielen Regierungen, diktatorischen, aber auch demokratischen, beliebter Trick. Das Bemühen, die mexikanische Zentralregierung zu schonen, verleitet Octavio Paz zu einer bei ihm ungewohnt leichtfertigen Argumentation in einem Artikel, in dem auch manche klarsichtigen Erkenntnisse und unbestreitbare Wahrheiten stehen.

Carlos Fuentes, der neben Paz international bekannteste Schriftsteller Mexikos,

macht immerhin, wenn auch in sehr vorsichtiger Form, die Zentralregierung mitverantwortlich. Schließlich war der bis vor einigen Tagen amtierende Innenminister von Salinas mehrere Jahre lang Gouverneur von Chiapas gewesen und damit der Chef jener lokalen Behörden, die jetzt von allen, auch von Paz und Fuentes beschuldigt werden, die Campesinos zugunsten der Grundbesitzer und des politischen Apparates betrogen, ja brutal unterdrückt zu haben. Fuentes, in der Vergangenheit häufig der linke Antipode von Paz, billigt ebenfalls die Politik der Regierung in ihren Grundzügen und hält Salinas de Gortari für einen der besten Präsidenten in der Geschichte Mexikos.

Schärfer noch als Paz und die übrigen Autoren aus der Gruppe um die Zeitschrift "Vuelta" (Gabriel Zaid, Enrique Krauze) verurteilt Héctor Aguilar Camín, der einige erfolgreiche Romane mit politischem Hintergrund veröffentlicht hat, die Erhebung von Chiapas und deren Anführer; ihre Erklärungen seien "im Delirium entstanden, könnten bestenfalls als Anachronismen und ideologische Versteinerungen" betrachtet werden. Aguilar Camín ist der Herausgeber der einflußreichen Zeitschrift "Nexos", die früher einmal viel weiter links als "Vuelta" stand, inzwischen aber ebenso wie Paz und seine Freunde die derzeitige Regierung, wenn auch bisweilen kritisch, unterstützt.

Es gibt gute Gründe für Intellektuelle, die gegen korrupte oder diktatorische Präsidenten wie López Portillo oder Díaz Ordaz kämpften, die Politik von Salinas gutzuheißen. Allerdings ist es selten einem politischen Regime so gut gelungen, demokratisch gesonnene Intellektuelle und Künstler an sich zu binden. Dabei ist das immer von derselben Partei regierte Mexiko gewiß kein demokratisches Musterland. In Mexiko gibt es zwar keine Zensur, die Regierung übt keinen direkten Druck auf die Intellektuellen aus - doch indirekt ist das kulturelle Leben sehr stark abhängig von der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), die seit knapp sieben Jahrzehnten an der Macht ist.

Mexikos Kulturzeitschriften können sich im intellektuellen Niveau, in der Universalität der Themen wie auch in ihrer Aufmachung mit den besten Journalen der Welt messen; finanziell sind sie - ob Octavio Paz' "Vuelta" oder Aguilar Camíns "Nexos" - auf die Werbung der staatlichen Institutionen und der großen Staatsunternehmen angewiesen. Diese Unternehmen werden so gut wie ausnahmslos von Leuten der Regierungspartei PRI geleitet. Der Staat und die Regierung zeigen sich großzügig gegenüber anerkannten Intellektuellen und Künstlern, sie verteilen viele Stipendien

auf Lebenszeit. Selbst der Nobelpreisträger García Márquez, obwohl Ausländer, erhielt ein solches Stipendium; er gab es, ebenso wie Carlos Fuentes, an jüngere Schriftsteller weiter. Berühmte und sehr wohlhabende Architekten erhalten Staatszuschüsse, immerhin einige tausend Mark im Monat.

Der mächtige und reiche Fernsehsender "Televisa", der Regierung eng verbunden, übernimmt gern die kulturelle Mäzenatenrolle - vielleicht, weil man meint, damit die intellektuelle und künstlerische Dürftigkeit des Programms zu kompensieren. Mit dem lange so gut funktionierenden Förderungssystem will sich der mexikanische Staat sicher nicht nur Schriftsteller und Künstler gefügig machen; der gute Wille der Regierung, die Kultur des Landes zu unterstützen, läßt sich nicht bestreiten. Doch die Geförderten müssen sich gegen den Verdacht wehren, die Regierung in schwierigen Situationen, wie jetzt beim Aufstand von Chiapas, aus eigenen und vielleicht sogar materiellen Interessen zu verteidigen.

Octavio Paz reagierte entsprechend gereizt auf die Kritik an seinem Artikel "Die Schlange von Chiapas". Die Kritiker könnten offensichtlich nicht richtig lesen; ideologische Verbohrtheit und ein verschwunden geglaubter politischer Dogmatismus hätten sie unfähig gemacht, mit Vernunft zu argumentieren und objektiv zu urteilen. Er, Octavio Paz, habe schließlich nur die Gewalt verurteilt, zum Dialog aufgefordert und die anachronistischen Ziele der zapatistischen Guerilla zurückgewiesen.

Dieses teils utopische, teils marxistisch-doktrinäre Programm des "Zapatistischen Befreiungsheeres" weisen auch Kritiker von Paz wie der Essayist Carlos Monsiváis zurück; Paz und einige andere bekannte Schriftsteller hätten allerdings die ethnische Komponente des Aufstandes völlig übersehen. Den wahrscheinlich weißen und ideologisch rückständigen Führern der Rebellion seien große Massen von Indios gefolgt, sicher nicht wegen deren politischer Parolen. "Die Anhänger des Präsidenten Salinas sind einfach irritiert darüber, daß ein Teil des mexikanischen Volkes - für sie ideologisch in der Vergangenheit lebend - die politische Stabilität der vergangenen Jahre in Gefahr bringen kann", meint der Schriftsteller Roger Bartra.

Im Gegensatz zu Paz und auch klarer als Fuentes gehen Autoren wie der gerade ins Deutsche übersetzte Juan Villoro oder der angesehene Professor Lorenzo Meyer mit dem politischen System Mexikos und der derzeitigen Regierung ins Gericht. Sie schieben die politische Verantwortung nicht ausschließlich auf die lokalen Behörden in Chiapas ab. Lorenzo Meyer von der einst durch spanische Republikaner gegründeten Elitehochschule "Colegio de México" schreibt: "Die Hauptverantwortung

tragen die, welche seit 65 Jahren die Macht monopolisieren, ohne etwas für eine demokratische Alternative zu tun."

In Mexiko, auch in Spanien, wo der Schriftsteller Manuel Vizen - in politischen Fragen ebenso grobschlächtig wie ignorant - Octavio Paz und die "mexikanischen Regierungstechnokraten" mit einer Schimpfkanonade belegte, melden sich viele Schriftsteller zu Wort, die von Chiapas, den sozialen und ethnischen Problemen in Südmexiko kaum etwas wissen, sich aber flugs eine Meinung zurechtgelegt haben. Chiapas hat wieder einmal in den hispanischen Ländern die Frage aufgeworfen, ob Schriftsteller und Intellektuelle sich denn unbedingt zu allen politischen Ereignissen äußern sollten. Mehr noch als in anderen romanischen Ländern werden Intellektuelle ernst genommen, wenn sie zu politischen oder wirtschaftlichen Fragen Stellung nehmen. In vielen Fällen tun sie das mit Sachkenntnis und tragen mit einer profunderen Analyse oder einer Betrachtung von distanzierten Ausgangspunkten her zum besseren Verständnis bei.

Doch zunehmend nützen Schriftsteller den Platz, den ihnen Zeitungen so freigiebig zur Verfügung stellen, aus, um sehr dezidiert ihre Meinung über komplizierte Sachverhalte, von denen sie wenig wissen, vorzutragen. Oder sie geben etwa, wie der international erfolgreiche Romancier Vázquez Montalbán, die Abfallprodukte ihres Schreibens der sonst auf Qualität bedachten Tageszeitung "El País" zur Veröffentlichung. Die Spalte auf der letzten Seite der Madrider Zeitung ist ein gutes Beispiel für das Risiko, bekannte Schriftsteller zu schlechthin allem sich verbreiten zu lassen. Sachkenntnisse und Präzision zeigen da eigentlich nur Autoren, die, wie etwa Rosa Montero, selbst lange Zeit journalistisch gearbeitet haben.

Für manche ist der wöchentlich oder vierzehntägig über eine internationale Agentur oder eine große Zeitung verbreitete Meinungsartikel ein schöner Nebenverdienst. Doch die Last, immer wieder schnell über etwas schreiben zu müssen und pünktlich den vertraglich ausgemachten und schon bezahlten Artikel abgeben zu müssen, beeinträchtigt sogar den Stil sonst brillanter Autoren. Chiapas liefert wiederum Beispiele: Mario Vargas Llosa etwa benutzt die Ereignisse im Süden Mexikos, um seine alte These, die freie Marktwirtschaft sei die wichtigste, ja einzige Quelle aller Freiheiten, wieder einmal auszubreiten. Nebenbei kann er dabei noch einer seiner Lieblingsbeschäftigungen nachgehen: der Verteufelung der mexikanischen Regierungspartei. Schriftsteller sollten über politische Ereignisse schreiben. Aber nur, wenn sie sich ein wenig auskennen und etwas Wichtiges zu sagen haben. Oder

zumindest etwas Interessantes. WALTER HAUBRICH

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Demonstration gegen Bischof Ruiz

SAN CRISTÓBAL, 26. Januar (AFP). Rund 3000 Menschen haben in San Cristóbal de las Casas gegen Bischof Ruiz demonstriert, der als Vermittler im Konflikt mit den aufständischen Indianern im Bundesstaat Chiapas aktiv ist. An der Protestkundgebung, auf der wiederholt der Einsatz der Armee gefordert wurde, beteiligten sich unter anderem Geschäftsleute, Taxifahrer und Polizisten. Aufgerufen zu der Protestaktion hatten auch lokale Vertreter der Regierungspartei von Präsident Salinas, der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI). Salinas ist unterdessen selbst nach Chiapas gereist, um die Bedeutung des Dialoges zwischen Regierung und Rebellen zu zeigen, wie es aus dem Präsidialamt in Mexiko-Stadt hieß. Bischof Ruiz beging am Dienstag sein vierunddreißigjähriges Dienstjubiläum als Bischof in der mit 80 000 Einwohnern zweitgrößten Stadt des Bundesstaates Chiapas. Eine Messe zu Ehren von Ruiz, die zur selben Zeit wie die Demonstration stattfinden sollte, war aus Sicherheitsgründen mehrere Stunden vorverlegt worden. Der Bischof habe San Cristóbal verlassen. Die Demonstranten verlangten eine erhebliche Verstärkung der Armeepräsenz in San Cristóbal, um die Sicherheit wiederherzustellen, wie es hieß. Sie bezeichneten Ruiz als "Guerrilla-Anführer". San Cristóbal war zu Beginn des Jahres von Kämpfern des "Nationalen Zapatistischen Befreiungsheeres" (EZLN) vorübergehend besetzt worden. Bischof Ruiz hatte die Armee bei ihrem Einsatz gegen die Rebellen schwerer Menschenrechtsverletzungen, wie der Hinrichtung von Gefangenen und der Folter, beschuldigt. Die Militäreinheiten hatten sich nach der Verkündung eines einseitigen Waffenstillstandes durch die Regierung weitgehend aus San Cristóbal zurückgezogen.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Fairer in Mexiko

ba. In Mexiko, wo im August ein neuer Präsident gewählt wird, haben sich die Dauer-Regierungspartei PRI und andere Parteien über Grundsätze verständigt, die einen fairen Wahlkampf und Wahlablauf gewährleisten sollen. Daß alles, was jetzt als Absichtserklärung auf dem Papier steht, sogleich politische Wirklichkeit wird, ist angesichts eines in Jahrzehnten eingespielten Systems der Herrschaftssicherung bei Wahrung des demokratischen Verfahrens nicht zu erwarten. Aber es war auch nicht nur zum Schein, daß sich die Spitze der Regierungspartei auf Verpflichtungen eingelassen hat, die ihre bisherige Wahlsiegarantie annagen. Denn von zwei Seiten her steht das eigentümliche politische System Mexikos derzeit unter Druck, transparenter und demokratischer zu werden. Das ist einmal eine Nebenfolge einer Wirtschaftspolitik, die Mexiko zum Vollmitglied im Klub moderner westlicher Industriestaaten machen will; anrüchige Wahlen und undurchsichtige Verfilzung von Politik und Wirtschaft passen da nicht mehr so recht, könnten sich handelshemmend auswirken. Und der Gefahr, daß die unter anderem gegen politische Kungelei gerichtete Rebellion in Chiapas sich ausbreitet, muß entgegengewirkt werden.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Mutmaßliche Zapatistas freigelassen

Unterhändler Camacho: Guerrilla soll sich politisch organisieren

TUXTLA GUTIÉRREZ, 30. Januar (AFP). Die Regierung des süd mexikanischen Bundesstaates Chiapas hat am Wochenende die vorläufige Freilassung 38 mutmaßlicher Mitglieder des Zapatistischen Nationalen Befreiungsheeres (EZLN) angeordnet. Ein Regierungssprecher sagte in der Provinzhauptstadt Tuxtla Gutiérrez, die Entscheidung stehe nicht in Zusammenhang mit dem vom Parlament in Mexiko-Stadt verabschiedeten Amnestiegesetz, sondern habe "rein juristische Gründe". In Tuxtla Gutiérrez soll es noch weitere 32 Gefangene geben, die am bewaffneten Aufstand der Zapatistas zu Beginn des Jahres beteiligt gewesen sein sollen.

Die Generalstaatsanwaltschaft des mexikanischen Militärs ordnete die Untersuchung von Beschuldigungen an, nach denen Soldaten fünf gefangene Aufständische in der Ortschaft Ocosingo in Chiapas hingerichtet haben sollen. Wie die Nationale Menschenrechtskommission (CNDH) mitteilte, erhielt sie ein entsprechendes Schreiben der Militärjustiz. Neben der CNDH hatten mehrere Menschenrechtsorganisationen wie auch die katholische Kirche dem Militär vorgeworfen, bei der Niederschlagung des Aufstandes Gefangene gefoltert oder bei Massenhinrichtungen getötet zu haben.

Am Wochenende verstärkten sich die Hinweise, daß es in absehbarer Zeit zu direkten Gesprächen zwischen Regierung und Zapatistas kommen könne. In San Cristóbal de las Casas sagte der von Präsident Salinas eingesetzte Sonderbeauftragte Camacho, es bestehe Einigkeit über die von der EZLN vorgeschlagene Tagesordnung für die Verhandlungen. Die Bedingungen für den Dialog seien gegeben. Das EZLN wolle nicht nur über ein Ende der Gefechte, sondern auch über politische und wirtschaftliche Reformen sowie die Verbesserung der sozialen Lage der Indiobevölkerung verhandeln. Camacho appellierte an die Guerrilla, sich als politische Kraft zu konstituieren.

In Mexiko hatten sich zuvor Regierung und acht politische Parteien auf eine Reform des Wahlrechts verständigt. Innenminister Carpizo gab die Unterzeichnung des entsprechenden Abkommens bekannt. Darin werde zu unabhängigen Wahlämtern,

Abschaffung der Verwendung von Regierungsmitteln für politische Parteien sowie die Einrichtung einer Kontrollinstanz zur strafrechtlichen Verfolgung von Wahlbetrug aufgerufen. Um die Reformen in Gesetzesform zu bringen, würden gegebenenfalls Sondersitzungen des Parlaments einberufen. Aufgerufen wird in der Vereinbarung, die auch von der regierenden Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) unterzeichnet wurde, ferner zur unparteiischen Berichterstattung der mexikanischen Presse über alle politischen Parteien.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

"Berufsmäßige Kämpfer"

F.A.Z. FRANKFURT, 7. Januar. Das mexikanische Innenministerium hat zum ersten Mal offiziell zu den Ereignissen Stellung genommen. Es bestreitet, daß es sich um eine Erhebung der indianischen Bevölkerung handle, und begründet dies damit, daß verschiedene Zusammenschlüsse der Indigenas und Campesinos im Süden des Landes "eindeutig" gegen die bewaffneten Kämpfer der "Zapatistischen Befreiungsfront" (EZLN) Stellung bezogen hätten: "Es handelt sich um einen Aufstand berufsmäßiger Kämpfer, die sich gegen die Bevölkerungsgruppen, die sie zu vertreten vorgeben, wendet." Die "radikale Leitung" setze sich aus "gut ausgebildeten Fachleuten" zusammen, die wü.ten, wie man Gewalt- und Terrorakte beginge und deren Herkunft "national sowie international" sei. Ihnen zur Seite stünden eine Gruppe von Indigenas und Kleinbauern, deren Mehrheit nicht älter als 15 Jahre sei und nur über "primitive Waffen" verfüge.

In dem Kommuniqué wird zugegeben, daß die mexikanische Regierung "seit Mitte 1993" Kenntnis gehabt habe von der Existenz "verschiedener bewaffneter Gruppen in einigen Flüchtlingslagern" in Chiapas. So seien schon im Mai jenes Jahres bei einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen Einheiten des mexikanischen Heeres und "radikalen Gruppen" drei Soldaten getötet worden. Auf Bitten verschiedener regierungsunabhängiger Organisationen hätten sich die Streitkräfte damals aus dem Gebiet zurückgezogen, sie hätten allerdings die Überwachung verstärkt. Gleichzeitig habe die Regierung, so das Kommuniqué, den Dialog mit den Indigena-Gruppen und Kleinbauern verstärkt.

Die Regierung habe schon seit geraumer Zeit die wirtschaftliche Unterstützung für die Region "in einem noch nie dagewesenen Ausmaß" erhöht: allein in den letzten Monaten habe man über 8000 Hektar Land an verschiedene Indigena-Gruppen verteilt. In den letzten fünf Jahren seien die Ausgaben der Regierung für den Sozialfonds des Bundesstaates Chiapas verzehnfacht worden. Seit August letzten Jahres gebe es außerdem einen Spezialfonds für die Grenzregion mit Guatemala. In dem Kommuniqué bekräftigt die Regierung, alles unternommen zu haben, um eine Ausweitung der Kämpfe zu verhindern. Erst als eine Kaserne angegriffen worden sei,

habe das Heer die Angreifer zurückgeschlagen. Die Aufständischen hätten systematisch einen Teil der Einrichtungen der Infrastruktur wie Schulen, Hospitäler, Straßen, Elektrizitäts- und Wasserversorgung zerstört. Mit gefangenen Aufständischen werde, so das Kommuniqué, nicht willkürlich verfahren, sondern sie würden den zuständigen Justizbehörden übergeben. Es wird auf den Aufruf der katholischen und evangelischen Bischöfe in Chiapas verwiesen. Diese hätten die sofortige Freilassung aller Gefangenen der Aufständischen, das Ende der bewaffneten Konfrontation, den Respekt vor dem Gesetz und einen offenen Dialog zwischen allen Gruppen gefordert. Dem schließt sich die Regierung an, heißt es in dem Kommuniqué.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Der Zorn der Indios

P.S. Der Aufstand der Indios aus dem Süden Mexikos hat die Regierung in der Hauptstadt überrascht. Dabei ist die Unruhe unter der Urbevölkerung seit langem bekannt. Im Erinnerungsjahr der Entdeckung Amerikas 1992 war aus Chiapas ein Marsch der "Indigenas" in die Hauptstadt aufgebrochen, und ständig machen Indio-Gruppen auf wichtigen Plätzen in Mexiko-Stadt auf ihre mißliche Lage aufmerksam. Die Regierung hat den Unmut und die wachsende Radikalität unterschätzt. Sie war damit beschäftigt, das mittelamerikanische Land als Industriestaat zu fördern und mit dem Freihandelsabkommen Nafta an den nordamerikanischen Nachbarn heranzuführen. Der unbestreitbare Erfolg Präsident Salinas' verschleierte die Versäumnisse bei der Umgestaltung des Landes. Die Landreform, die immer wieder gefordert wurde, ist kaum vorangekommen und berücksichtigt nicht die Interessen der alteingesessenen Landbevölkerung. Die Indios blieben bitterarm, ihr Elend vergrößert sich noch. Ihr Zorn, der sich jetzt in Gewaltakten Luft macht, enthüllt die Mängel der Regierungspolitik und zeigt, wie labil der soziale Frieden im modernen Mexiko ist, das die Schwelle zum Industriestaat noch nicht überschritten hat.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Indios erheben sich gegen die mexikanische Regierung

Mehr als fünfzig Tote bei Kämpfen / Sozialer Mißstand beklagt / Land und Freiheit gefordert

SAN CRISTÓBAL DE LAS CASAS, 3. Januar (Reuter/AP/AFP). Bei den bewaffneten Auseinandersetzungen im Süden Mexikos sind nach Angaben der Behörden 57 Menschen getötet worden. Wie die Streitkräfte mitteilten, kamen bei den Gefechten um einen Armee-Stützpunkt bei San Cristóbal und bei Unruhen in Ocosingo am Sonntag 24 Indio-Bauern und sechs Soldaten um. Am Vortag wurden nach amtlichen Angaben 27 Personen getötet, als die überwiegend indianischen Bauern in sechs Städte des Bundesstaates Chiapas eindrangten. Durch San Cristóbal patrouillierten am Sonntag abend 200 Soldaten. Sie riefen die Einwohner auf, in den Häusern zu bleiben. Die Rebellen wollten mit ihrem Aufstand gegen die soziale Misere der Indianer in Chiapas und gegen Übergriffe der Behörden auf die Rechte der zu den Maya gehörenden Lakandonen protestieren.

Die Aufständischen, die sich nach dem Nationalhelden und Bauernführer Emiliano Zapata "Zapatistisches Nationales Befreiungsheer" nennen, besetzten am Neujahrstag sechs Städte im Bundesstaat Chiapas an der Grenze zu Guatemala. Von San Cristóbal aus zogen die Bauern am Sonntag zum zehn Kilometer entfernt liegenden Armeestützpunkt Rancho Nuevo. Dort kam es zu besonders blutigen Auseinandersetzungen ebenso wie nach Augenzeugenberichten in Ocosingo, wo sich Indios und Sicherheitskräfte heftige Straßenkämpfe lieferten.

Beobachter berichteten, die Aufständischen hätten in den Ortschaften Geschäfte geplündert, Büros der Regierung gestürmt und verwüstet und auf den Straßen Akten verbrannt. Ein Sprecher des Staatspräsidenten Salinas de Gortari sagte, es solle keine Gewalt angewendet werden. Dem Militär in Chiapas sei befohlen worden, in den Kasernen zu bleiben. Die katholischen Bischöfe der Diözesen Tuxtla Gutierrez und Tapachula riefen zur sofortigen Beendigung der Gewalttätigkeiten auf. Sie versprachen, innerhalb von 48 Stunden nach einer Lösung der von den Indios vorgebrachten Beschwerden zu suchen. Da Informationen über den weiteren Fortgang der Unruhen in der Region rar sind, gibt es Gerüchte über einen

bevorstehenden neuen Angriff. Offenbar in Zusammenhang mit dem Aufstand wurden in der Nähe von Comitán der

frühere Gouverneur von Chiapas Absalon Castellanos Domínguez sowie zwei Verwandte entführt. Die mexikanische Nachrichtenagentur Notimex schrieb, etwa 40 bewaffnete Indios hätten die drei in ihre Gewalt gebracht. Castellanos war von 1982 bis 1988 Gouverneur des süd-mexikanischen Bundesstaates.

In Verlautbarungen äußerten die Aufständischen, ihre Rebellion richte sich gegen die Regierung in Mexiko-Stadt. Diese kümmere sich nicht darum, "daß wir absolut nichts besitzen, keine Wohnung, kein Land, keine Arbeit, keine Bildungseinrichtung", hieß es in Verlautbarungen. Sie wollen nach eigenen Angaben Ortschaften mit einer Indianerbevölkerung "befreien" und schließlich bis in die Hauptstadt Mexikos vorrücken. Dem Militär hatten sie am Samstag "den Krieg erklärt", weil es zur Erhaltung der "Diktatur" des Präsidenten Salinas beitrage. (Fortsetzung Seite 2.)

Die Zahl der Kämpfer wurde von der Regierung des Bundesstaates mit etwa 200 angegeben, von örtlichen Beobachtern aber auf tausend bis zu 2000 geschätzt. Sie verfügen nach Augenzeugenberichten über ein ganzes Arsenal von Waffen, darunter Maschinengewehre und Handgranaten. Über die Herkunft dieser Waffen und mögliche Verbindungen zu anderen Guerrillagruppen ist bisher nichts bekannt. Es liegt jedoch nahe, Verbindungen zur guatemaltekenischen Guerrilla zu vermuten, die im angrenzenden Norden des Nachbarlandes operiert. Die Regierung in Mexiko-Stadt hat dies immer bestritten.

Chiapas gilt als eine der ärmsten Regionen Mexikos, wo Kleinbauern und Landarbeiter indianischer Abstammung seit Jahrzehnten über die Unterdrückung durch reiche Großgrundbesitzer und das Militär klagen. In der Vergangenheit ist es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den Indios und der Regierung gekommen, bei denen es meist um Landrechte ging. Nach amtlichen Angaben sind etwa ein Drittel der drei Millionen Einwohner dort Analphabeten. Jeder vierte spricht eine Indiosprache, für deren Anerkennung sie eintreten. Eine weitere Sorge der Indianer ist die Abholzung des Regenwalds, die ihren Lebensraum zerstört.

Angesichts der jüngsten Vorfälle verurteilten mexikanische Intellektuelle und Geistliche zwar die Anwendung von Gewalt. Sie äußerten aber ihr Verständnis dafür, daß sich die Indigenas gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Vernachlässigung auflehnten. Der Schriftsteller Carlos Montemayor sagte, die Aktionen seien "das Resultat der Armut und des Hungers" der Eingeborenen.

Der von Dschungel und Bergen geprägte Bundesstaat, der an Guatemala grenzt, ist in den letzten Jahren zunehmend auch Ziel von Touristen aus aller Welt geworden. Nach Schätzungen deutscher Reiseveranstalter halten sich dort zur Zeit rund 3000 Urlauber aus der Bundesrepublik auf. Nach Bekanntwerden der Guerrilla-Offensive fragten am Montag beim Staatlichen Mexikanischen Verkehrsamt in Frankfurt am Main Reisewillige nach näheren Informationen über die Sicherheitslage. Das Verkehrsamt habe jedoch noch keine offiziellen Informationen über die Lage in dem Land. Abwartend äußerten sich auch andere Reiseveranstalter.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Warnung vor Reisen nach Südmexiko

Vermutlich weit mehr Tote als bisher offiziell eingestanden

BONN, 4. Januar (Reuter/dpa). Das Auswärtige Amt in Bonn hat Touristen empfohlen, die von den Kämpfen betroffenen Gebiete Mexikos zu meiden. Ein Sprecher sagte am Dienstag, besonders die Stadt San Cristóbal de las Casas und die Hochländer von Chiapas sollten nicht besucht werden. Wie viele Deutsche sich in den Krisenregionen aufhielten, sei nicht bekannt. In San Cristóbal waren nach Angaben des Auswärtigen Amtes Busse bereitgestellt worden, um Touristen aus der Region zu bringen.

Beim Aufstand der indianischen Bauern sind vermutlich weit mehr Menschen getötet worden als die bislang offiziell bestätigten 86 Personen. Ein Regierungsvertreter in Tuxtla Gutiérrez sagte, daß möglicherweise allein 150 Soldaten umgekommen seien. Die Indios zogen sich unterdessen aus zwei der sechs am Neujahrstag besetzten Städte zurück, doch dauerten die Kämpfe an. Die Regierung vermutet, daß die Aufständischen Kontakte zu anderen lateinamerikanischen Rebellenorganisationen haben. Die Indio-Bauern behaupteten indes, sie seien sämtlich Mexikaner und hätten keine Verbindungen ins Ausland.

Mexikos Präsident Salinas de Gortari sagte in seiner ersten öffentlichen Stellungnahme seit Beginn des Aufstands, die Gewalt in Chiapas verhindere eine Lösung der Schwierigkeiten. Er wisse, daß Ungleichheit existiere. Wohlstand und gleiche Chancen gebe es nicht für alle Mexikaner.

Unterdessen hat der SPD-Politiker Holtz die Bundesregierung aufgefordert, ihre bislang praktizierte Zurückhaltung in Fragen von Ureinwohnern aufzugeben und sich "mit Augenmaß" zu engagieren. Holtz, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, wies am Dienstag in Bonn darauf hin, daß es von Amerika über Indien bis Australien insgesamt 300 Millionen Ureinwohner gebe, die häufig benachteiligt oder unterdrückt würden.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf

Besitzlose rebellieren in Mexiko

"Zapatistische" Landarbeiter besetzen Rathäuser - Mindestens sechs Tote

Mexiko-Stadt - Mindestens sechs Todesopfer forderten am Wochenende Unruhen im Süden Mexikos. Hunderte mit Gewehren, Messern, Macheten und Stöcken bewaffnete Landarbeiter indianischer Abstammung besetzten im Bundesstaat Chiapas die Rathäuser in der Stadt San Cristóbal de las Casas und drei kleineren Orten.

Nach amtlichen Angaben aus Chiapas sind rund 200 Personen an den Aktionen unweit der Grenze zu Guatemala beteiligt. In anderen Informationen ist die Rede von 400 bis 600 Rebellen, die sich als Angehörige der bisher unbekannten "Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee" - nach dem mexikanischen Revolutionshelden und Bauernführer Emiliano Zapata (1879-1919) - bezeichnen.

Die rebellierenden Indios steckten öffentliche Gebäude in Brand und errichteten Straßenbarrikaden. Über einen besetzten Radiosender erklärten sie dem Militär den Krieg und riefen die Indianerbevolkerung auf, nach Mexiko-Stadt vorzurücken.

Im Bundesstaat Chiapas, einer der ärmsten und politisch unruhigsten Regionen Mexikos, haben sich in den vergangenen Jahren mehrmals bewaffnete

Auseinandersetzungen zwischen besitzlosen Campesinos und dem Militär ereignet. Die Ureinwohner klagen, sie würden von den reichen Großgrundbesitzern mit Hilfe der Streitkräfte systematisch unterdrückt. (dpa)

Revolte der Ärmsten für eine Bodenreform

Katholische Bischöfe in Mexiko bieten ihre Vermittlung an

Standard-Mitarbeiter

Ralf Leonhard aus Managua

Vor wenigen Wochen noch hatte die mexikanische Regierung geleugnet, daß es die "Zapatistische Befreiungsarmee" ("Ejercito Zapatista de Liberacion Nacional", EZLN) überhaupt gibt, die am Neujahrstag vier Gemeinden im südlichen Bundesstaat Chiapas besetzte und ein Gefängnis gestürmt hatte. Jetzt ordnete sie einen brutalen Großeinsatz der Armee gegen diese indianische Guerilla an. Mehr als 50 Tote und verwüstete Amtsstuben in den Rathäusern von San Cristobal de las Casas und drei weiteren Gemeinden blieben nach offiziellen Angaben auf der Strecke, bevor die Armee die Lage unter Kontrolle brachte.

Allein ein Gefecht beim Militärstützpunkt Rancho Nuevo soll mehr als 25 Opfer gefordert haben. Die Mehrzahl der mehrheitlich mit alten Flinten ausgerüsteten Guerilleros konnte im Schutz der Nacht entkommen. Die Armee erwartete nach eigenen Angaben weitere Angriffe.

Verständnis

Die erste bewaffnete Widerstandsbewegung nach fast zwei Jahrzehnten entstand nicht zufällig in Chiapas, dem ärmsten und am wenigsten entwickelten Bundesstaat Mexikos, 700 km südlich der Hauptstadt gelegen. Der Wirtschaftsboom der letzten Jahre ist an dieser Region spurlos vorübergegangen. Kein Wunder, daß die spektakuläre Aktion bei der Bevölkerung der betroffenen Gemeinden auf großes Verständnis stieß.

Die auf mehrere tausend Mann geschätzten Aufständischen verkündeten, sie hätten der Regierung des "diktatorischen" Präsidenten Carlos Salinas de Gortari wegen Verbrechen an der indianischen Urbevölkerung den Krieg erklärt und seien zu einem Marsch gegen die Hauptstadt entschlossen. Zudem forderten sie eine Bodenreform sowie eine neue Regierung.

Die Guerilleros dürften mehrheitlich den Mayavölkern angehören, die seit Jahren vergebens für die Anerkennung ihrer Autonomierechte, den Schutz ihres Lebensraumes und gegen die Diskriminierung der indianischen Bauern ankämpfen.

Ein Regierungssprecher erklärte, man wolle den Konflikt möglichst ohne weiteres Blutvergießen beenden. Dem Militär in Chiapas sei befohlen worden, in den Kasernen zu bleiben. Die katholischen Bischöfe der Diözesen Tuxtla, Gutierrez und Tapachula boten ihre Vermittlung an.

Durch die Abholzung des Tropenwaldes und die Ansiedlung von Bauern aus dem Norden auf den gerodeten Parzellen werden die indianischen Völker zunehmend in ihrer Existenz bedroht. Der mit Jahresbeginn in Kraft getretene Freihandelsvertrag (NAFTA) zwischen Mexiko, den USA und Kanada, der den transnationalen Unternehmen Tür und Tor öffnet, droht jetzt die letzten Refugien der Minderheiten den Gesetzen des Marktes auszuliefern.

WISSEN

E. Zapata

Emiliano Zapata war neben Pancho Villa und dem bis zum Präsidenten aufgestiegenen Revolutionsführer Francisco Madero Anfang dieses Jahrhunderts einer der Führer der mexikanischen Bauern-Revolution, der ersten großen sozialen Erhebung dieses Jahrhunderts überhaupt. Zapata, ein 1879 geborener Bauer, führte ab 1910 den Bauernaufstand im Bundesstaat Morelos südlich von Mexiko-Stadt. Unter dem Schlachtruf "Land und Freiheit" forderte er eine Bodenreform.

Am 10. Dezember 1914 zog Zapata mit Pancho Villa im Triumph in die mexikanische Hauptstadt ein. Beide Gruppen einigten sich 1917 auf eine neue Verfassung, bei deren Ausarbeitung jedoch die Anhänger der beiden nicht beteiligt wurden und sich schließlich bekämpften.

Zapata wurde 1919 im Regierungsauftrag ermordet. (red)

Zapatisten wollen weiterkämpfen

Mexiko: Opferanzahl unklar - Friedensnobelpreisträgerin appelliert an Regierung

San Cristobal - Bei der Revolte indianischer Bauern im Süden Mexikos sind vermutlich weit mehr Menschen getötet worden als die bisher offiziell bestätigten 86 Personen. Ein Regierungsvertreter in Tuxtla Gutierrez, der Hauptstadt der Region Chiapas, sagte am Montag, daß möglicherweise allein bis zu 150 Soldaten umgekommen seien. Die Indios zogen sich unterdessen aus zwei der sechs am Neujahrstag besetzten Städte zurück, doch dauerten die Kämpfe an.

Der angebliche Führer der "**Zapatistischen** Nationalen Befreiungsarmee" (EZNL), "Comandante Marcos", erklärte vor Journalisten, der Kampf seiner Bewegung werde erst mit der Befreiung des mexikanischen Volkes und der Eroberung der Hauptstadt enden. Die Regierung von Präsident Carlos Salinas de Gortari hat 12.000 Soldaten in Marsch gesetzt, um den Aufstand niederzuwerfen.

Die Stärke der überwiegend aus Indios bestehenden und teilweise mit Schnellfeuergewehren ausgerüsteten **Zapatisten** wird unterschiedlich auf 600 bis 3000 Mann geschätzt. Die nach dem Revolutionshelden Emiliano **Zapata** benannten Guerrilleros hatten zu Neujahr überfallsartig sechs Orte im Raum der Stadt San Cristobal de las Casas besetzt und dort stationierten Soldaten blutige Gefechte geliefert. Die **Zapatisten** errichteten zahlreiche Straßensperren, an denen sie von

vorbeifahrenden Autofahrern eine "Kriegssteuer" von umgerechnet 200 Schilling verlangten.

Der mexikanische Staatspräsident Carlos Salinas räumte in einer ersten Stellungnahme zu den Ereignissen ein, daß einer der Gründe für den Aufstand die soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Region sei.

Ausländische Hilfe?

Unterdessen verlautete aus mexikanischen Regierungskreisen, es gebe Hinweise auf zentralamerikanische Elemente und bewaffnete Gruppen, vor allem aus Guatemala, die in engem Kontakt zu den Aufständischen stünden.

Rund 40.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Nachbarland Guatemala leben in Lagern in Chiapas. Seit 32 Jahren kämpfen linke Guerrilleros gegen die Regierung Guatemalas. Die **Zapatisten** betonten dagegen, sie seien Mexikaner und hätten keine Auslands-Verbindungen.

Die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchu rief am Dienstag zu einer "friedlichen und politischen Lösung" des Indio-Aufstands in Chaipas auf. Die guatemaltekeische Menschenrechtlerin forderte Mexikos Regierung auf, den sozialen, politischen und kulturellen Problemen der Indios mehr Aufmerksamkeit zu schenken. (Reuter/AP)

Rebellen weitgehend geschlagen

Mexiko: Mit Luftwaffe und Panzern wurden die besetzten Dörfer zurückerobert

San Cristobal de las Casas - Der Aufstand indianischer Bauern im Süden Mexikos ist nach massivem Militäreinsatz offenbar weitgehend gescheitert. Rund 12.000 Soldaten gingen am Mittwoch unterstützt von Kampfflugzeugen und Panzern gegen die Rebellen vor, die am Neujahrstag eine Reihe von Städten im Bundesstaat Chiapas an der Grenze zu Guatemala besetzt hatten. Dennoch leisten die Indio-Rebellen an einigen Orten weiter heftigen Widerstand, wie auch das Verteidigungsministerium zugab.

Regierungsvertreter Eloy Cantu Segovia erklärte, die Angehörigen der nach dem Bauernführer Emiliano Zapata benannten Nationalen Befreiungsarmee Zapatista (EZLN), die schätzungsweise ein- bis zweitausend Mann umfaßt, zögen sich in die unbewohnten Berge zurück. Ob dies bloße Taktik sei, könne er nicht beurteilen. Einzelne Gruppen setzten aber ihre Angriffe auf die Armee fort.

Ein Hubschrauber, der Truppenverstärkungen in die Kampfzone bringen sollte, wurde nach Angaben des Verteidigungsministeriums vom Feuer der EZLN-Kämpfer getroffen und zur Notlandung auf einer Basis nahe San Cristobal de las Casas gezwungen. Jedoch gelang es der Armee, auch die letzte von fünf besetzten größeren Ortschaften, Ocosingo, von den Rebellen zurückzuerobern.

Die Armee ging mit schwerem Gerät gegen die Rebellen vor, die sich als Nachfahren der Maya-Indianer bezeichnen. Kampfflugzeuge warfen Bomben auf Stellungen der Guerrilleros nahe San Cristobal und feuerten Raketen ab. Reporter berichteten, zudem seien Panzer in Marsch gesetzt worden, die von Kampfhubschraubern aus der Luft unterstützt worden seien. Das Militär bombardierte nach Berichten von Korrespondenten neben Positionen der Rebellen auch zivile Objekte.

Über die Zahl der Opfer liegt noch keine Übersicht vor. Nach Augenzeugenberichten wurden allein beim Kampf um Ocosingo über hundert Menschen getötet. Ein AFP-Korrespondent berichtete, die Straßen seien mit Leichen übersät. Der Bischof von San Cristobal, Samuel Ruiz, hatte dem Militär die Hinrichtung von gefangenen Guerrilleros vorgeworfen. In einer Bilanz der Regierung war von insgesamt 95 Toten die Rede, die Kirche in San Cristobal sprach jedoch von bereits über 400 Toten.

Unterdessen häuften sich die Berichte über Menschenrechtsverstöße durch die Militärs. Die Regierung sicherte zu, die Verantwortlichen zu ermitteln.

Erstmals räumte die mexikanische Regierung ein, daß sie schon seit Mai des Vorjahres von der Existenz einer Rebellengruppe in Chiapas gewußt habe. Auch Guatemalteken sollen der Gruppe angehören. Allerdings wurden "unbestreitbare soziale Rückständigkeiten" in Chiapas eingeräumt. (Reuter/AFP/AP)

Mit Zuckerbrot und Peitsche

Mexikos Regierung startet Offensive und verspricht Verbesserungen

San Cristobal - Die Regierung Mexikos will dem Aufstand der Indios im Süden des Landes offenbar mit einer Doppelstrategie ein Ende setzen. Sie versprach der Landbevölkerung, neue Schulen und Krankenhäuser zu errichten sowie die Straßen im Staat Chiapas auszubauen.

Gleichzeitig startete das Militär in der Nacht auf Freitag eine neue Offensive gegen die Guerilleros, die sich in die Bergwälder zurückgezogen haben. Die Rebellen drohten unterdessen der Regierung damit, ihren Kampf für wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung auf das ganze Land auszuweiten. Mit der Sprengung von Hochspannungsmasten in zwei anderen Bundesstaaten haben die Rebellen am Freitag auch erstmals in andere Gebieten zugeschlagen. Der Aufstand der Indios hat nach inoffiziellen Meldungen bereits hunderte Todesopfer gekostet.

Gipfelkonferenz

Für Freitag wurde eine Gipfelkonferenz der Präsidenten Mexikos, El Salvadors, Guatemalas und Nicaraguas nach Mexiko-Stadt einberufen. Mexikos Regierung hatte

wiederholt erklärt, der Aufstand werde auch aus dem Ausland unterstützt, und dabei besonders das an Chiapas grenzende Guatemala genannt.

Neben dem Versprechen, die Infrastruktur in Chiapas zu verbessern, kündigten die Behörden an, daß in den nächsten Tagen 20 Tonnen Reis, Bohnen, Milchpulver und andere Lebensmittel für die verarmten Bewohner des Staates eintreffen würden. Den Rebellen, die sich in Anlehnung an den Revolutionsführer Emiliano Zapata "Nationale Befreiungsarmee Zapata" (EZLN) nennen, soll mit diesen Maßnahmen die Unterstützung durch die Landbevölkerung entzogen werden.

Gegen die Guerilleros wurde weiter mit unverminderter Härte vorgegangen. Laut Augenzeugen wurden von vier Militärflugzeugen aus Raketen auf ein Gebiet südwestlich von San Cristobal abgefeuert. Die Armee habe in der Region Straßensperren errichtet, um Journalisten fernzuhalten.

Der amerikanische Kongreß-Abgeordnete Robert Torricelli hat an den mexikanischen Präsidenten Carlos Salinas de Gortari appelliert, beim Kampf gegen die Rebellen die Menschenrechte zu beachten. In einem Brief an den Staatschef forderte Torricelli, willkürliche Verhaftungen, die Bombardierung bewohnter Gebiete sowie Angriffe auf Journalisten zu

unterlassen. (AP/Reuters)

Ausweitung der Indio-Revolte in Mexiko befürchtet

Standard-Mitarbeiter

Ralf Leonhard

aus San Cristobal

Kurze Zeit nach einem Bombenanschlag in Mexiko-Stadt hat am Samstag ein weiterer Anschlag im Badeort Acapulco für die Befürchtung gesorgt, der Indio-Aufstand im süd mexikanischen Bundesstaat Chiapas könnte sich auf andere Landesteile ausweiten.

Seit dem Neujahrstag liefern sich Rebellen und Regierungstruppen in Chiapas schwere Kämpfe. San Cristo bal de las Casas ist besetzt von mehreren Hundertschaften der mexikanischen Armee, die nachts die zentralen Straßen abriegeln, und von fast ebensoviel Journalisten, die einander überall auf die Füße treten, da ihnen der Zugang zu den Konfliktzonen systematisch verwehrt wird.

Ocosingo, Las Margaritas und andere Gemeinden, die am Neujahrstag von der **Zapatistischen** Befreiungsarmee (EZLIN) eingenommen wurden, sind seit Tagen

abgeriegelt. Doch die offiziellen Berichte, die den Eindruck vermitteln wollen, daß die Situation unter Kontrolle ist, widersprechen einander.

In San Cristobal treffen jeden Tag Flüchtlinge aus den attackierten Gemeinden ein. Sie klagen über das rücksichtslose Vorgehen der Militärs, die in die Häuser eindringen, die Zivilbevölkerung einschüchtern und willkürlich Leute festnehmen. Da keine der staatlichen Behörden den Bauern Gehör schenkt, wenden diese sich an den Bischof Samuel Ruiz oder eine der Menschenrechtsgruppen in San Cristobal.

Bischof Ruiz, der sich seit Jahren für die Anliegen der indianischen Bauern einsetzt, erklärte sich am Samstag bereit, eine Vermittlungsmission zu übernehmen. Die Rebellen hatten ihn, die guate maltekische Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchu und Julio Scherer, den Herausgeber der kritischen Zeitschrift Proceso, als Leute ihres Vertrauens genannt.

Damit der Dialog beginnen kann, muß sich aber erst die Regierung einverstanden erklären. Die hat aber offensichtlich vor, den Aufstand militärisch zu lösen. Mehrere Gefangene wurden von der Armee exekuiert, Dörfer, wo Guerilleros vermutet werden, werden aus der Luft beschossen. Präsident Salinas de Gortari fordert die bedingungslose Kapitulation.

Indios greifen Garnison an

Mexiko: Sohn des Revolutionshelden **Zapata** geht in die Politik

San Cristobal de las Casas - Trotz massiven Militäreinsatzes der Regierung leisten die Rebellen im süd mexikanischen Bundesstaat Chiapas weiter Widerstand. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums wurde ein Angriff der aufständischen **Zapatisten** auf die Armee-Garnison bei San Cristobal am Sonntag zurückgeschlagen.

Unterdessen folgten der Bischof der Stadt, Samuel Ruiz, und die guatemaltekkische Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchu einem Aufruf der Rebellen und erklärten sich zur Vermittlung bereit. Er sehe einen "Hoffnungsschimmer", sagte Bischof Ruiz. Die Regierung bildete deshalb eine eigene Vermittlungskommission.

Den achten Tag hintereinander kam die Garnison bei San Cristobal unter das Feuer des "**Zapatistischen** Nationalen Befreiungsheeres", das nach eigenen Angaben gegen die Unterdrückung der Maya- Abkömmlinge in der von Armut und Unterentwicklung gekennzeichneten Region ins Feld gezogen ist. Auch Regierungstruppen in der Nähe von Ocosingo seien erneut von **Zapatisten** beschossen worden. Offiziell ist von 103 Toten seit Beginn der Kämpfe zu Neujahr die Rede. In Kirchenkreisen geht man von mindestens 400 Toten aus.

Hinrichtungen

Unterdessen ging die Nationale Menschenrechtskommission (NCHR) weiter Berichten über Menschenrechtsverletzungen der Streitkräfte bei ihrem Vorgehen gegen die Guerilleros nach. Den Soldaten wird unter anderem vorgeworfen, sie hätten acht Menschen regelrecht hingerichtet.

Ein Sohn des mexikanischen Revolutionshelden Emiliano Zapata, nach dem sich die Guerillabewegung in Chiapas benannt hat, der 75jährige Mateo Zapata, will sich als Kandidat der linksgerichteten "Partei der Demokratischen Revolution" (PRD) um das Amt des Gouverneurs des Bundesstaates Morelos bewerben. Dies berichtete die mexikanische Tageszeitung La Jornada. Die Kandidatur Zapatas für die Wahl am 6. März soll am Dienstag nach einem Treffen der PRD-Führung bekanntgegeben werden. (Reuter/AP) Seite 19

Mexikos Guerilla fordert Dialog

Präsident Salinas entläßt Innenminister - "Subcomandante Marcos" meldet sich

Standard-Mitarbeiter

Ralf Leonhard aus

San Cristobal de las Casas

An das "Volk von Mexiko, an die Völker und Regierungen der Welt", richtet sich ein Kommuniqué der im südlichen Mexiko operierenden **Zapatistischen** Befreiungsarmee, das am Montag in San Cristobal de las Casas eintraf.

Der Anführer der indianischen Rebellen, der als "Subcomandante Marcos" firmiert, bestreitet darin die Behauptungen der Armee, daß der Angriff auf einen Ambulanzwagen des Roten Kreuzes und der Beschuß eines Fahrzeugs mit Journalisten auf ihr Konto gehe. Er tritt auch Vermutungen entgegen, daß die Guerilla von Ausländern angeführt und beraten würde. "Unsere Armee hat in ihren Rängen und in ihrer Führung keinen einzigen Ausländer. Unsere Militärtaktik haben wir aus Mexikos Geschichte gelernt, von Hidalgo und Guerrero, vom Widerstand gegen die

Intervention der USA und das französische Kaiserreich, von den heldenhaften Widerstandskämpfern Pancho Villa und Emiliano Zapata."

Die Rebellen fordern als Voraussetzung für einen Dialog die Anerkennung als kriegsführende Partei, die Feuereinstellung und den Abzug der Armee aus den indianischen Gemeinden sowie die Bildung einer nationalen Vermittlungskommission. Am Wochenende schlugen sie den Bischof von San Cristobal, Samuel Ruiz, die indianische Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchu und den Herausgeber der kritischen Zeitschrift Proceso, Julio Scherer, als Vermittler vor.

Mexikos Präsident Carlos Salinas de Gortari hat am Montag den Hardliner Patrocinio Gonzales Blanco als Innenminister ab- und den als Mann der Versöhnung bekannten bisherigen Justizminister Jorge Carpizo eingesetzt. Gleichzeitig ernannte er Manuel Camacho zum "Friedens- und Versöhnungskommissär für Chiapas".

In Chiapas ist von der versöhnlichen Linie noch nicht viel zu spüren. Die Panzerfahrzeuge, die zwei Tage lang den Hauptplatz von San Cristobal besetzt gehalten hatten, rückten am Montag in die bis dahin noch nicht militarisierte Zone vor. In Ocosingo, einer der Gemeinden, die am Neujahrstag von den Zapatisten besetzt worden war, kommt es immer noch täglich zu Scharmützeln.

Guerilla-Chef "Marcos": Kampf der Demütigung

Standard: Was sind die Ziele des "Zapatistischen Heeres der nationalen Befreiung"?

Marcos: Freiheit und Demokratie - unter diesen Voraussetzungen können wir Schritte gegen die ernststen sozialen Probleme setzen: die ungleiche Verteilung des Reichtums, die hohen Preise, die niedrigen Löhne. Das prinzipielle Problem Mexikos ist die illegitime Regierung. Sie ist das Produkt eines Wahlbetrugs. Wir wollen eine legitime Übergangsregierung, die keine Entscheidungen über die Köpfe des Volkes hinweg trifft wie die jetzige von Präsident Salinas de Gortari. Die vorrangige Aufgabe dieses neutralen, parteiungebundenen Kabinetts wäre die Ausschreibung freier und demokratischer Wahlen.

Standard: Gibt es für Sie keinen anderen Weg als den der Gewalt?

Marcos: 15.000 Menschen sterben jährlich in Chiapas, so viele wie im salvadorianischen Krieg, auch wenn sie nicht den Kugeln, sondern dem Durchfall und den Masern erliegen. Mir wird kalt, wenn ich an 15.000 Tote wegen Diarrhöe denke. Wann hast du schon davon gehört, daß die Leute an Masern sterben? Aber sie sterben daran. Die Gewalt tötet sie, aber wann spricht man schon davon? Die Demütigung der Indigenas ist allgegenwärtig, und sie akkumuliert sich bis zu dem Punkt, an dem die Menschen nicht mehr können. Das hier ist bisher noch eine Lektion in Noblesse, nicht der Gewalt. Machten das die Spanier auch so, als sie gekommen sind? Wir sind traurig

darüber, daß es so weit gekommen ist, aber wir haben den legalen Weg bestritten, Ansuchen gestellt, demonstriert und Kundgebungen durchgeführt. Wir haben gewählt und Projekte vorgeschlagen. Neben all dem haben wir uns auf den Kampf vorbereitet.

Standard: Wer steckt hinter dem "Wir"?

Marcos: Revolutionären Bewegungen Mexikos wurde immer vorgeworfen, von der kommunistischen Internationale bezahlt zu werden. Nur, den internationalen Kommunismus gibt es nicht mehr. Wir sind Mexikaner, sonst nichts. Die fehlende soziale und politische Gerechtigkeit hat einen kleinen Kern wachsen lassen, wo vieles Platz hat: Marxismus-Leninismus, Sozialdemokratie, **Zapatismus** und anderes.

Standard: Warum wurde der Neujahrstag für den Beginn der Aktion gewählt?

Marcos: Der Preis für die Maschine, die nun zu funktionieren beginnt (Inkrafttreten des Freihandelsvertrages NAFTA, Anm.), ist die Auslöschung der Indigenas als soziale Gruppe. Die übrigbleiben, die Überflüssigen, das sind wir, die Indigenas. (Comandante Marcos ist Mestize, Anm.). Wir wollen leben, wir haben das Recht, Forderungen zu stellen. Schlimmer als das Massaker, das die Regierung bereits angerichtet hat, kann es nicht mehr werden. Sie können uns nicht alle töten - wie sollen sie wissen, ob jemand **Zapatista** ist oder nicht? Auch mit Folterungen werden sie das nicht herausbekommen.

Standard: Wie nahm das Volk eure Aktionen bisher auf?

Marcos: Die Leute sind verunsichert, denn sie sehen eine Sache und hören im Radio von einer anderen. Wir fressen keine Menschen und haben auch nicht Hammer und Sichel in der Brust eingraviert. Wir wollen keine neue Diktatur, wir wollen, daß die Partei gewinnt, die dem Willen des Volkes entspricht. Wie es weitergeht, das wird von der Reaktion des Volkes abhängen. (APIA)

Während Mexikos "Kommissar für Frieden und Versöhnung", Ex-Außenminister Manuel Camacho Solis, seine Arbeit aufnimmt, werden Hintergründe

der Rebellion bekannt. Mit "Comandante Marcos", dem Führer des Guerilla-Heeres EZLN, sprach Helmuth Santler.

Mexikos Armee: "Sucht euch euren Baum aus"

Christena Colclough

Comitan - Mit ruhiger Stimme, den Kopf in die Hände gestützt, berichtet der Indio-Bauer Antonio Mendez Lopez, wie er von Soldaten der mexikanischen Armee sechs Tage lang gefangen gehalten und gefoltert wurde. "Am ersten Tag schlugen mich die Soldaten mit ihren Gewehrkolben. Am nächsten Tag brachten sie alle Gefangenen in die Berge und sagten: ‚Sucht euch den Baum aus, an dem ihr hängen wollt‘", schildert er.

Der Angehörige des Tzeltal- Volks und Vater von sieben Kindern war am 6. Jänner zu Beginn des Aufstands der Indios in dem Bergdorf Chanal von den Soldaten als mutmaßlicher Sympathisant der Rebellen festgenommen worden.

Lopez gehört zu einer Gruppe von Bauern, die nach Darstellung der Regierung Beziehungen zu der Rebellenbewegung **Zapatistische** Nationale Befreiungsarmee (EZLN) haben, die am 1. Jänner den Kampf um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der indianischen Bauern aufnahm. Die Gefechte der 1000 bis 2000 Rebellen vor allem in dem süd mexikanischen Staat Chiapas mit den Regierungstruppen kostete nach offiziellen Angaben 107 Menschen das Leben.

Wie die Menschenrechtskommission der Regierung berichtet, sind von den 231 Menschen, die als vermißt gemeldet wurden, bisher 95 immer noch nicht wieder aufgetaucht. Vermutlich seien viele aus dem Aufstandsgebiet geflohen, sie würden aber wahrscheinlich bald wieder zurückkehren, so die offizielle Darstellung der Regierung. Juan Mendez, Direktor der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch-Americas, erklärte, er untersuche derzeit Vorwürfe gegen die Armee. Erste Erkenntnisse deuteten darauf hin, daß Soldaten Rebellen foltern, sie gruppenweise hinrichteten und wahllos auf Zivilisten schießen. Unter anderem wurde in der Provinzhauptstadt Tuxtla Gutierrez ein Massengrab mit 48 noch nicht identifizierten Leichen gefunden.

In Ocosingo fand man fünf Tote, die mit dem Gesicht auf dem Boden und die Hände auf dem Rücken gefesselt in einer Blutlache lagen. Alle fünf schienen mit Kopfschüssen hingerichtet worden zu sein, so Mendez weiter. Die Menschenrechtskommission der Regierung erklärte dazu, die fünf seien zu verschiedenen Zeiten und zum Teil mit Waffen getötet worden, wie sie von der Armee nicht verwendet würden.

Der Indio Antonio Lopez berichtet, er sei vier Tage lang in einem Armeelager gefoltert worden. Man habe ihn geschlagen und in Tanks mit eiskaltem Wasser gesteckt. "Immer wieder haben sie mich aufgefordert zu sagen, wer die Rebellenführer sind." Erst als Lopez - der nicht lesen kann - ein ihm vorgelegtes Papier unterschrieb, ließ man ihn frei. (AP)

Schmutziger Krieg droht trotz Amnestie

Mexiko-Stadt - Mit der Ankündigung einer Generalamnestie hat der mexikanische Präsident Carlos Salinas am Sonntag einen weiteren Versuch unternommen, den Konflikt mit den indianischen Aufständischen im Bundesstaat Chiapas zu entschärfen.

In einer vom Fernsehen übertragenen "Rede an die Nation" erklärte Salinas, er werde das Parlament zu einer Sondersitzung einberufen und eine entsprechende Gesetzesvorlage einbringen. Ein Führer des **Zapatistischen** Nationalen Befreiungsheeres (EZLN), der sich "Mayor Mario" nannte, betonte dementgegen in einer in der Hauptstadt Mexiko veröffentlichten Erklärung die Entschlossenheit der Guerilla zur Fortsetzung des Kampfes. Die Indianer zögen es vor, "im Kampf zu sterben", statt "an Cholera oder an der Unterdrückung durch Großgrundbesitzer".

Nur Stunden nach Salinas' Amnestieerklärung für alle am Konflikt in Chiapas Beteiligten nahm die Armee dort nach Darstellung von Augenzeugen Zivilisten fest. Ein Mitarbeiter einer Menschenrechtsorganisation sagte, die Vorgänge signalisierten den Beginn eines "schmutzigen Krieges" der Armee gegen die Urbevölkerung. (AFP/Reuters)

Gespräch mit Samuel Ruiz, dem Bischof von San Cristobal de las

Casas

Hunger wartet nicht auf eine passende Gelegenheit

Standard: Welche Gründe haben zum Ausbruch des Konfliktes in Chiapas geführt?

Ruiz: Der Konflikt ist Ausdruck einer schrecklichen Marginalisierung, einer ganzen Reihe von Ungerechtigkeiten, des Fehlens der elementarsten Dinge, wie etwa medizinischer Versorgung, was Epidemien und Todesfälle durch Hunger verursacht.

Standard: Warum ist es gerade jetzt zu diesem Konflikt gekommen, wo in ganz Lateinamerika der bewaffnete Kampf auf dem Rückzug ist?

Ruiz: Wenn jemand Hunger hat, dann wartet er nicht auf einen geeigneten Moment dafür, ihn zu haben; der Hunger ist schon da. Sie haben also gesagt: "Wir haben die Grenze unserer Geduld erreicht." Es mögen viele andere Faktoren eine Rolle gespielt haben, der wichtigste ist aber der, daß sie sagen, es nicht länger auszuhalten, daß sie am Ende ihrer psychischen Belastbarkeit angelangt sind.

Standard: Hat sich während der Regierungszeit von Präsident Salinas de Gortari die Lage verschlechtert?

Ruiz: Es gibt diese Tendenz zur Verschlechterung. Wenn man vom Elend der Indigenas spricht, sollte man verstehen, daß es hinter diesem verallgemeinernden Begriff auch innerhalb dieser unteren Schicht der Gesellschaft unterschiedliche Ausmaße von Armut gibt, angefangen von der untersten Stufe jener, die zuwenig oder gar kein Land besitzen, unter Krankheiten und Hunger leiden, keinen Zugang zu sozialen Diensten, kein Trinkwasser in ihrem Dorf haben. Selbst in dieser Situation gab es noch Verschlechterungen. Daran haben auch die Versuche, sich in Verbraucher- und Transportkooperativen zu organisieren, nichts geändert. In zwei Zonen gibt es sogar Kooperativen für den Export für Kaffee, und ihren Mitgliedern geht es etwas besser als dem Rest der indigenen Bevölkerung. Doch die Armut ist allgegenwärtig.

Standard: Wer ist dieses "Zapatistische Heer der Nationalen Befreiung" (EZLN)?

Ruiz: Vor einigen Jahren gab es eine Bauernbewegung, die den Namen Emiliano Zapatas trug (OCEZ). Aber jetzt bereiteten sie sich unter strengster Geheimhaltung vor. Kurz vor Beginn des Aufstands kam ein sehr bedrückter Campesino zu mir und sagte: "Herr Bischof, ich weiß nicht, was los ist. Mein Sohn gehorcht mir immer, aber jetzt ist er gegangen und sagt, es ist wegen der Befreiung . . ."

Standard: Ist die Guerilla im Volk verwurzelt?

Ruiz: Ja, und sie unterscheidet sich in einem weiteren Punkt von anderen Bewegungen. Sie haben sich nämlich nicht die Machtübernahme zum Ziel gesetzt, sondern eine tiefgreifende Reform des gesamten politischen Systems Mexikos.

Standard: Hat Ihrer Meinung nach das Heer beim Versuch, die Situation unter Kontrolle zu bringen, seine Kompetenzen überschritten?

Ruiz: Es war die Rede von der Ermordung und Hinrichtung von Gefangenen, von Mißhandlungen und direkten Aktionen gegen die Zivilbevölkerung. Es gilt aber noch abzuwarten, daß diese Berichte durch die Menschenrechtsorganisationen bestätigt werden, deren Handlungsmöglichkeiten vom Militär vom ersten Tag des Konflikts an beschränkt worden sind.

Standard: In der Vergangenheit haben Konservative innerhalb der katholischen Kirche Sie derart heftig kritisiert, daß der apostolische Nuntius sie in eine andere Diözese versetzen lassen wollte. Könnte das, was vorgefallen ist, Ihre Lage weiter verschlimmern?

Ruiz: Für derartige Spekulationen blieb neben meiner pastoralen Arbeit kein Platz. Die mexikanische Kirche hat sich nicht gegen mich ausgesprochen. Es gab vielmehr eine im Rahmen des Möglichen solidarische und sehr deutlich zum Ausdruck gebrachte Antwort. Wenn ich, wie andere in anderen Teilen Lateinamerikas, dazu beigetragen habe, daß die Leute sich ihrer historischen Verantwortung bewußt geworden sind und sich für gesellschaftliche Veränderungen entschieden haben, dann habe ich dagegen nichts einzuwenden. Wir führen nicht darüber Buch, wie viele Katecheten Mitglieder der Regierungspartei sind und wie viele sich in anderen Bewegungen engagieren. Diese Entscheidung trifft jeder auf der Grundlage seines Glaubens und seiner Überzeugungen selbst. Kommentar Seite 24

Als ihm im November wegen

seines Eintretens für Mexikos Ureinwohner

die Versetzung drohte, unterzeichneten 20.000 Campesinos eine Petition an den Papst. Jetzt gehört Bischof Ruiz zu den Vermittlern zwischen den aufständischen Indios von

Chipas und der Regierung. Mit ihm sprach

Standard-Mitarbeiter Leo Gabriel.

Indianer drohen mit Selbstmord

Brasilien: Richter ordnete Vertreibung an

Rio de Janeiro - Rund 250 Indianer vom Stamm der Guarani haben mit Selbstmord gedroht, wenn sie Ende Jänner gewaltsam aus ihrer Siedlung vertrieben werden, die auf einer Plantage liegt. Ein Sprecher der brasilianischen Indianer-Behörde FUNAI erklärte, das Land gehöre den Indianern. Er fürchte, daß diese ihre Drohung wahr machten, da unter den Guarani die Selbstmordrate extrem hoch sei. Seit 1986 haben sich nach seinen Angaben 124 Mitglieder des Stammes das Leben genommen. Die Katholische Kirche Brasiliens machte in einem Bericht den Mangel an Land für die Selbstmorde verantwortlich.

Im November hatte ein Bundesrichter im Staat Matto Grosso do Sul der Klage des Plantagenbesitzers stattgegeben, der Besitzansprüche auf die Indianer-Siedlung angemeldet hatte. Die Indianer wurden verurteilt, bis zum 29. Jänner ihr Dorf zu räumen. Der Stamm war bereits 1990 von dem Land vertrieben worden. (Reuter)

Mexiko: Indioschutz

ohne einen **Zapata**

Mexiko-Stadt - Die mexikanische Regierung hat eine Kommission ins Leben gerufen, die für den Schutz der Menschenrechte und für die Respektierung der Sitten und Traditionen der Indianer sorgen soll. Vor zweieinhalb Wochen hat im süd mexikanischen Bundesstaat Chiapas ein Aufstand der Indios begonnen, die sich auf den 1919 ermordeten Revolutionär Emiliano Zapata beriefen.

Die linksgerichtete mexikanische "Partei der Demokratischen Revolution" (PRD) hat Mateo Zapata, einen 77jährigen Sohn des Revolutionshelden, als Kandidaten für das Amt des Gouverneurs des Bundesstaates Morelos abgewiesen. Mateo habe jahrzehntelang eine Naheverhältnis zur Regierungspartei PRI gehabt. (AFP)